KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



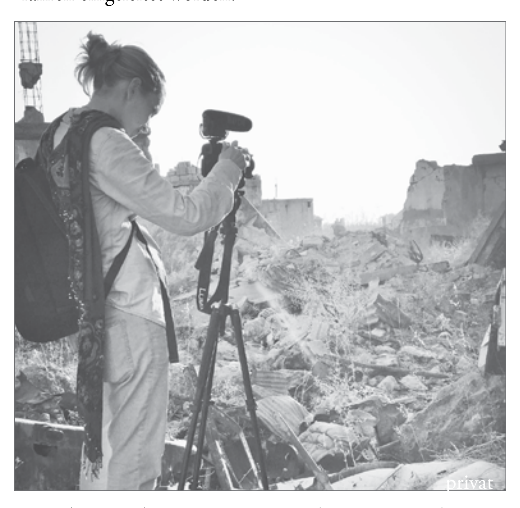
Nr. 215 Mai / Juni 2021 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 215 Mai/Juni 2021



Zigtausende Menschen feiern am 4. April den Geburtstag von Abdullah Öcalan und gehen für seine Freiheit auf die Straße.


Solidarität mit der HDP ist notwendig. Gegen die Demokratische Partei der Völker ist in der Türkei ein Verbotsverfahren eingeleitet worden.


»Es gibt eine Alternative zum Kapitalismus, Rojava hat uns gezeigt, dass es möglich ist. Deshalb ist es wichtig, dies zu verteidigen«, so die Filmemacherin Benedetta Argentieri.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Entwicklungen der letzten Monate haben die immense Polarisierung zwischen demokratischen und unterdrückerischen Kräften in Kurdistan und im Mittleren Osten nochmals klar zum Ausdruck gebracht. Nach dem militärischen Fiasko der türkischen Armee im Februar gegen die Guerillaeinheiten der Volksverteidigungskräfte (HPG) in den südkurdischen Medya-Verteidigungsgebieten setzt der Staat seine Kriegs- und Eskalationspolitik unvermindert fort. Jüngste Ziele dieser Repressionsmaschinerie waren nun die Istanbul-Konvention und die Demokratische Partei der Völker (HDP). Mit dem Austritt aus dem Frauenschutz-Abkommen hat Erdoğans Türkei seinen patriarchalen und sexistischen Charakter erneut klar demonstriert. Parallel zu diesem Angriff auf die Errungenschaften der Frauenbewegung in der Türkei und Kurdistan ist die linke pluralistische HDP wieder in den politischen Fokus gerückt. Mit dem eingeleiteten Verbotsverfahren soll der kurdischen Gesellschaft und den demokratischen Kräften in der Türkei einmal mehr die Möglichkeit zur demokratischen Politik genommen werden. Der jüngste Versuch der Parteischließung reiht sich ein in die aggressive Politik gegen Kurdinnen und Kurden. Bereits Mitte Februar wurden in einer Repressionswelle über 700 Menschen festgenommen – darunter zahlreiche Mitglieder und kommunale Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der HDP. Das kurdische Neujahrsfest Newroz wurde neben diesen Angriffen auf die Demokratie auch von Gerüchten in den sozialen Medien über den Gesundheitszustand Abdullah Öcalans überschattet. Massiver Protest ermöglichte daraufhin am 25. März ein kurzes Telefongespräch zwischen ihm und seinem Bruder Mehmet. Es wurde nach wenigen Minuten plötzlich unterbrochen. Seitdem gestellte Dringlichkeitsanträge werden von den türkischen Behörden ebenso ignoriert wie reguläre Besuchsanfragen.

Die Menschen ließen diese Angriffe auf ihren politischen Willen und ihre Würde nicht unbeantwortet. Trotz brutaler staatlicher Repression und anhaltender Corona-Pandemie taten Millionen ihren Protest kund. In Kurdistan wurde am Weltfrauentag für Frauenbefreiung und gegen Feminizid demonstriert. Die Frauenproteste in Kurdistan und der Türkei am 8. März waren die größten in der Region. Auch am 21. März feierten Millionen Kurdinnen und Kurden auf der ganzen Welt das Newroz-Fest und protestierten gleichzeitig unter dem Motto »Schluss mit Isolation, Faschismus und Besatzung – Zeit für Freiheit!« – in gewissem Maße auch ein Referendum für die Politik der kurdischen Freiheitsbewegung.

EU und Bundesregierung halten hingegen weiter an ihrer Appeasement-Politik fest. Das Treffen der EU-Spitzen mit dem türkischen Präsidenten Erdoğan Anfang April war in diesem Sinne ein Schlag ins Gesicht für alle Demokratinnen und Demokraten, die auf einen Einsatz für Menschenrechte und Demokratie gehofft hatten. Die andauernde Unterstützung für das türkische Regime vor allem durch die deutsche Bundesregierung trotz Menschenrechtsverletzungen, politischer Verfolgung der Opposition und völkerrechtswidriger Angriffskriege stellt jedoch nicht nur ein Problem für die kurdische Gesellschaft dar. Auch die internationale demokratische Gemeinschaft und vor allem die deutsche Zivilgesellschaft stehen in der Verantwortung, gegen ein menschenverachtendes Regime offen Haltung zu zeigen – durch eine noch stärkere internationale Solidarität mit den demokratischen Kräften in Kurdistan und der Türkei.

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Offensive im Kampf der Paradigmen

Arîf Rhein, Mitarbeiter von Civaka Azad

Wir stehen mittlerweile mitten im Jahr 2021 und können uns nun daran wagen, einige grundlegende Tendenzen dieses Jahres zu verstehen. Jede politische Phase hat ihre eigene Dynamik. Akteure, Themen und Orte treten in den Vordergrund, während zuvor noch spektakulär erscheinende Aspekte in Vergessenheit geraten. Aus Sicht von uns – den demokratischen Kräften dieser Welt – ist es daher umso wichtiger, die aktuelle Phase in ihrer Eigenheit zu verstehen und zugleich grundlegende historische Dynamiken nicht aus dem Blick zu verlieren. Je besser uns das gelingt, desto mehr werden wir uns von der Agenda der kapitalistischen Moderne im Allgemeinen und ihrer jeweiligen nationalstaatlichen Vertreter im Besonderen unabhängig machen können. Denn unser Ziel ist und bleibt es, die Agenda der Gesellschaften, der Völker und Nationen zu verfolgen und voranzutreiben. Angesichts der weltweiten Kriege, der verstärkten Angriffe auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Umweltzerstörung eine umso drängendere Aufgabe.

Eine multipolare Welt und ihre Konflikte

Die Phase des weltweiten Umbruchs, die nach dem Zerfall der Sowjetunion Anfang der 90er Jahre begann, dauert an und hat konkrete Auswirkungen auf die aktuelle politische Dynamik. Nach Jahrzehnten des Konfliktes zweier Blöcke und einer kurzen Phase siegestrunkener Alleinherrschaft der USA entstehen heute immer deutlicher verschiedene Machtzentren auf der Welt. Das Gerüst der kapitalistischen Moderne – ihre Institutionen, Zentren und ihr Paradigma – wackelt, worauf die USA, Großbritannien, die EU, China, Japan und Russland reagieren. Diese zentralen nationalstaatlichen Akteure der kapitalistischen Moderne unternehmen in immer höherem Tempo mal eigenständig, mal in Absprache miteinander Offensiven, um sich eine möglichst günstige Stellung in der neu entstehenden multipolaren Welt zu sichern. So entschied sich London für den Ausstieg aus der EU, unterzeichnete in den letzten Monaten Freihandelsabkommen mit Ländern in allen Teilen der Welt und verabschiedete eine umfassende neue Militärstrategie. Diese Neupositionierung führte zuletzt immer wieder zu politischen und wirtschaftlichen Konflikten mit der EU. Die EU selbst arbeitet intensiv an der praktischen Umsetzung ihrer wirtschaftlichen und militärischen Autonomie – trotz unübersehbarer Widersprüche zwischen Deutschland und Frankreich, Nord- und Südeuropa, aber auch mit den um Polen versammelten Staaten Osteuropas. Zentrale europäische Rüstungsprojekte werden weiter vorangetrieben, ein militärischer EU-Schattenhaushalt wird eingerichtet und trotz allen Widerstands einzelner Länder die wirtschaftliche Integration der EU vorangetrieben. Der medial begleitete Konflikt um Corona-Impfstoffdosen sowohl innerhalb der EU als auch mit Russland, China oder den USA verdeutlicht die erbitterte Rivalität zwischen den Staaten dieser Welt. Die Biden-Administration hat im In- und Ausland viele Versprechungen gemacht und dadurch versucht, das Potential gesellschaftlichen Widerstands einzuhegen. Doch überwiegen bisher vor allem in der Außenpolitik sehr deutlich die Kontinuitäten der Trump-Politik: wirtschaftliche Isolation und militärische Provokationen in Richtung Russland und China, Instabilität und Allianzen mit Diktatoren im Mittleren Osten und eine klar feindliche Haltung gegen ernstzunehmende gesellschaftliche Widerstandsbewegungen von Südamerika bis zum Mittleren Osten. China baut seinen weltweiten Einfluss weiter aus und hat zuletzt mit dem 25-Jahres-Abkommen[1] mit dem Iran eine deutliche Offensive in Richtung Mittelost unternommen. Das China-Modell aus massiver Digitalisierung aller Lebensbereiche, schier grenzenloser Urbanisierung und Industrialisierung und der Unterdrückung gesellschaftlicher Rechte erscheint aus Sicht der kapitalistischen Moderne wie eine willkommene Energiespritze für das System.

1 Der Iran und China wollen in den nächsten 25 Jahren strategisch eng kooperieren. Das Abkommen bezieht sich auf eine Zusammenarbeit bei Handel, Wirtschaft und Transport und soll zur Vertiefung der chinesisch-iranischen Beziehungen beitragen.

Soziozid und Genozid als Politik von Staat und Macht

Wer die aktuelle politische Lage analysiert, kommt um Corona nicht herum. Neben den biologischen und medizinischen Aspekten dieser Pandemie drängt sich die Frage auf, wie diese Krankheit politisch genutzt wurde. Diese Debatte mag schon früh von leeren Diskursen wie dem der »Querdenker« in Deutschland verfälscht worden sein. Für die Gesellschaften, insbesondere in den schwer betroffenen kapitalistischen Zentren, ist es aber umso wichtiger zu verstehen, wie das System der kapitalistischen Moderne weltweit und die Nationalstaaten lokal diese schwere Pandemie genutzt haben. Während es selbstverständlich ist, dem Schutz menschlicher Gesundheit einen hohen Wert beizumessen, scheinen viele Maßnahmen wie monatelange Kontaktverbote, Ausgangssperren, die Schließung kultureller und sozialer Einrichtungen oder die Einschränkung des Demonstrationsrechts einen sehr zerstörerischen Einfluss auf die Gesellschaft als Ganzes genommen zu haben. Gerade die mediale Berichterstattung hat einen großen Teil dazu beigetragen, dass Angst und Verunsicherung das Leben des Einzelnen dominieren und somit gesellschaftliches Zusammenleben in den Hintergrund rücken lassen. Online-Arbeitstreffen, Online-Veranstaltungen und Online-Streamingdienste haben die Selbstverständlichkeiten sozialen Miteinanders, menschliche Wärme und Zusammenhalt nicht ersetzen können. Die kapitalistische Moderne macht mithilfe ihrer sehr einflussreichen Medienorgane wie BBC, CNN, Netflix, Twitter etc. den Gesellschaften dieser Welt ein nur wenig attraktives Angebot: ein neues, sicheres, allzeit kontrolliertes Miteinander durch die Digitalisierung aller Lebensbereiche. Was die globalen Macht- und Kapitalmonopole als aufregenden Neuanfang für die Post-Covid-Phase präsentieren, können wir auch als ein neues Stadium des Soziozids verstehen. In seinem Buch »Soziologie der Freiheit« warnt Abdullah Öcalan vor den zerstörerischen Folgen dieser Entwicklung: »Die Hegemonialmächte verfügen nicht nur stets über die effektivsten Waffen im wörtlichen Sinne, sondern sie herrschen auch über die Waffe der Medien. Da sie die Medien wie eine zweite analytische Intelligenz einsetzen, gelingt ihnen die Neutralisierung der gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit. Mithilfe dieser Waffe wird eine virtuelle Gesellschaft konstruiert. Die virtuelle Gesellschaft stellt eine weitere Form des Soziozids dar. Auch der Nationalstaat zählt zu den Formen des Soziozids. In beiden Fällen wird die Gesellschaft ihrer Gesellschaftlichkeit beraubt und in ein Werkzeug des sie lenkenden Monopols verwandelt. Die Unterschätzung der gesellschaftlichen Natur ist äußerst gefährlich; der Raub ihrer Gesellschaftlichkeit setzt die Gesellschaft unbegrenzten Gefahren aus. Wie das Zeitalter des Finanzkapitals kann auch das des virtuellen Monopols nur mit einer Gesellschaft koexistieren, die aufgehört hat, sie selbst zu sein. Das gleichzeitige Entstehen dieser beiden Phänomene ist kein Zufall, da sie miteinander verbunden sind. Die Gesellschaft, die der Nationalstaat ihrer Gesellschaftlichkeit beraubte (damit sie sich für den Nationalstaat hält), sowie die von den Medien verführte Gesellschaft sind im wahrsten Sinne des Wortes besiegte Gesellschaften, aus deren Trümmern man andere Sachen konstruiert. Es steht außer Zweifel, dass wir eine solche gesellschaftliche Ära erleben.«[2] Um den gesellschaftlichen Widerstand zu zerschlagen, der in der Peripherie und den Zentren immer stärker wird, sind die Kräfte der kapitalistischen Moderne zur Vernichtung ganzer Völker und der rücksichtslosen Zerschlagung gesellschaftlichen Zusammenhalts bereit. Die Genozidstrategie bekommen insbesondere die ältesten Völker dieser Welt im Mittleren Osten und Afrika in aller Intensität tagtäglich zu spüren. In der Corona-Phase hat sich nun auch der Soziozid in den Zentren der kapitalistischen Moderne massiv beschleunigt.

Europa und Deutschland: Eine kapitalistische Führungsmacht geht ihrer Agenda nach

Der deutsche Nationalstaat ist eine der führenden Mächte der kapitalistischen Moderne. Seine wirtschaftliche Macht, sein politisches Machtstreben und sein von Jahr zu Jahr wachsendes militärisches Gewicht erlauben es ihm sowohl in Europa als auch weltweit, immer aggressiver eigene Interessen durchzusetzen. Die Corona-Phase hat Deutschland genutzt, um seinen politischen Führungsanspruch in Europa zu zementieren und den wirtschaftlichen Vorsprung gegenüber den anderen EU-Mitgliedern weiter auszubauen. Im Inneren wurde der Druck auf die demokratischen Kräfte stark erhöht: ökologischer Widerstand in Form von Waldbesetzungen wird mit militärisch auftretenden Polizeikommandos geräumt, selbstverwalteten Räumen in den Metropolen ein Ende bereitet und große jugendliche Protestbewegungen wie Fridays for Future werden durch die massive Einschränkung demokratischer Grundrechte wie Demonstrationen und Versammlungen vorerst gelähmt. Neben dem Druck auf die Kräfte gesellschaftlichen Widerstands bilden die Aufrüstung von Polizei und Militär sowie eine immer stärker werdende faschistische Organisierung in Form von Reichsbürgern, Polizei- und Soldatennetzwerken oder türkischen Faschisten die Grundlage dafür, die Politik »neuer deutscher Verantwortung« nach innen abzusichern. Aktuell scheint der Staat auf eine Neuausrichtung zuzusteuern: nach 16 Jahren trockenen Nationalismus, radikaler Neoliberalisierung der Wirtschaft und kalter globaler Machtprojektion bedarf es eines neuen Auftretens in der Welt. Ökologisch, weltoffen und um Menschenrechte bemüht wird der deutsche Staat ab Herbst 2021 wahrscheinlich versuchen, den wachsenden gesellschaftlichen Unmut einzufangen und seine

2 Abdullah Öcalan, Soziologie der Freiheit, Unrast-Verlag, Münster, 2020, S. 128-129

globalen Machtansprüche reibungsloser durchzusetzen. Die neue Rhetorik wird nichts an der staatlichen Strategie ändern: möglichst hoher Druck nach innen, um die Profitmargen des deutschen Kapitals noch weiter zu steigern und gesellschaftlichen Widerstand dagegen zu unterdrücken bzw. zu verzerren. Und im Rahmen des Slogans »neue deutsche Verantwortung« die aggressive Ausweitung profitabler Unternehmungen deutschen Kapitals in allen Teilen dieser Welt. Mit den Grünen steht die geeignete Partei dafür in den Startlöchern und darf auch aufgrund der medialen Demontage der CDU/CSU in den letzten Monaten auf ein sehr starkes Wahlergebnis hoffen. Eine ähnliche staatliche Neuausrichtung konnten wir zuletzt in den USA verfolgen. Die Führungsmächte der kapitalistischen Moderne stellen sich also neu auf, um alle ihre Kraft für die absehbare Vertiefung ihrer inneren und äußeren Widersprüche zu sammeln. Ein von den Grünen (mit)regiertes Deutschland wird auch in Zukunft darauf setzen, die von Berlin dominierte EU zu einem globalen Hegemon zu entwickeln. Eine zunehmende Verwicklung in politische und militärische Konflikte mit all ihren moralischen, menschlichen und materiellen Schäden für die Gesellschaft Deutschlands ist dementsprechend abzusehen.

Mittlerer Osten und Kurdistan: Ein vielversprechendes Jahr 2021

Deutschland ist als NATO- und EU-Mitglied einer der zentralen Akteure im Mittleren Osten. Im Zuge der jüngsten NATO-Entscheidung, den Einsatz in Afghanistan ggf. nicht zu beenden und die Truppenpräsenz im Irak von 500 auf 4.000 NATO-Soldaten zu vergrößern, ist mit einer noch stärkeren Rolle Deutschlands in der Region zu rechnen. Gerade die Ankündigung der NATO, den Irak-Einsatz auf weite Teile des Landes – wahrscheinlicher Schwerpunkt: Südkurdistan – auszuweiten, lässt aufhorchen. Auch der Zeitpunkt dieser NATO-Entscheidung: kurz nach der schweren Niederlage der Türkei gegen die Volksverteidigungskräfte HPG in der südkurdischen Region Gare. In Afghanistan ist ein beachtliches Kontingent türkischer Soldaten im Rahmen des NATO-Einsatzes stationiert. Soll nun also mithilfe eines NATO-Mandats dem türkischen Bündnispartner bei der Besetzung Südkurdistans geholfen werden? Diese Entwicklungen sollten wir sehr aufmerksam verfolgen.

Das krachende Scheitern der türkischen Operation in Gare im Februar hat in der Region wie ein Erdbeben gewirkt. Die Wirkung des Sieges der HPG in Gare geht weit über die PKK und die kurdische Bevölkerung selbst hinaus. Kollaborierende Kräfte wie die südkurdische Demokratische Partei Kurdistans PDK, der sogenannte kurdische Nationalrat ENKS oder ihre Ablegerparteien in Nordkurdistan haben erkennen müssen, dass ihre Strategie, sich zu Anhängseln der Türkei zu machen, keine Erfolgsgarantie mit sich bringt. Auch die arabische Nation und die Regierungen verschiedener mehrheitlich arabischer Länder haben den hastigen Abzug der türkischen Truppen nach nur vier Tagen in Gare sehr aufmerksam und mit großem Wohlwollen verfolgt. Nicht ohne Grund erfuhr der irakische Premierminister Mustafa al-Kadhimi in Bezug auf Şengal starke Unterstützung von Ländern wie Saudi-Arabien, Ägypten, aber auch dem Iran, um den türkischen Druck für eine Zerschlagung der êzîdischen Selbstverwaltung vor Ort abzuwehren. Wichtig ist zu verstehen, dass Gare keine Operation zur Befreiung von Kriegsgefangenen war. Sieht man von diesem Ablenkungsmanöver der AKP-MHP-Regierung ab, lässt sich schnell erkennen, dass der Angriff auf Gare ein strategischer Schritt zur Umsetzung der Besatzung Südkurdistans (einschließlich Mossul und Kerkûk) werden sollte. Auch der Einsatz von Giftgas durch die türkische Armee konnte nicht verhindern, dass der türkische Mîsâk-i Millî (»Nationalpakt«, sieht türkisches Staatsgebiet inklusive Nordsyrien und Nordirak vor) in Gare einen herben Rückschlag erlitten hat. Ausschlaggebend dafür war vor allem der beispiellose, viertägige Widerstand von sechs HPG-Guerillakämpfern, die mit der Bewachung und Versorgung der in einem aufwendig angelegten Höhlenkomplex lebenden Kriegsgefangenen beauftragt waren.

Das politische Nachbeben in der Türkei dauert weiter an. Sicher ist, dass der türkische Staat nach der strategischen Niederlage in Gare gezwungen sein wird, sich neu aufzustellen. Die Diskussion um ein Verbot der Demokratischen Partei der Völker (HDP), ein politisches Betätigungsverbot für ca. 700 aktive HDP-Mitglieder, die Schließung des Verfassungsgerichts und Neuwahlen müssen in diesem Kontext verstanden werden. Die türkische Staatsstrategie besteht weiterhin in der maximalen Konzentration aller wirtschaftlichen, militärischen und politischen Mittel – also der Stabilisierung und Ausweitung des Faschismus. Ohne HDP und Verfassungsgericht wäre ein weiterer großer Schritt auf dem Weg zur vollständigen Machtkonzentration in den Händen einiger weniger Staatskader und ihrer Repräsentanten getan. Der bisherige Verlauf dieser Bemühungen zeigt aber, dass die HDP – also die gesammelte Kraft der demokratischen Kräfte in der Türkei – entschlossen und durchaus in der Lage ist, dem faschistischen Erdoğan-Bahçeli-Regime die Stirn zu bieten. Die schwachen Reaktionen internationaler Mächte zeigen, dass die wichtigsten Partner der Türkei – EU und USA – prinzipiell kein Problem mit einem faschistischen System in dem Land haben. Sie stören sich nur daran, dass das AKP-MHP-Regime eigene Machtinteressen im Mittelmeer oder in Nordafrika verfolgt, die westliche Macht und Profite behindern. Dementsprechend bewarb die deutsche Bundesregierung eine »Positivagenda« in Form von Visaerleichterungen, einer erweiterten Zollunion und einem neuen »Flüchtlingsdeal« mit der Türkei. Dahinter steht

– mehr schlecht als recht verborgen – die Absicht Deutschlands, mit vereintem europäisch-amerikanischem Druck den türkischen Faschismus auf Linie zu bringen und zugleich vor dem endgültigen Zerfall zu bewahren. Deutschland erfüllt damit seine Führungsrolle, die ihm seit Mitte der 80er Jahre von der NATO zugewiesen wurde, um den türkischen Staat – unabhängig von seinen wechselnden Regierungen – im Kampf gegen die kurdische Freiheitsbewegung und generell alle demokratischen Kräfte des Landes zu unterstützen.

Entsprechend konsequent wird auch das internationale İmralı-System – also die Totalisolation Abdullah Öcalans und seiner Mitgefangenen – aufrechterhalten. Nachdem ein Abgeordneter der faschistischen MHP kurz vor Newroz widersprüchliche Meldungen zu Abdullah Öcalans Gesundheit verbreitet hatte, kam es überall in Kurdistan und der kurdischen Diaspora zu starken Protesten. Gerade Nord- und Ostsyrien nahmen hier wieder einmal eine Führungsrolle ein, insbesondere durch die Großdemonstrationen in mehrheitlich arabischen Städten wie Minbic und Raqqa. Klar ist, dass diese Proteste anhalten werden, bis Abdullah Öcalan frei gelassen wird. Die Völker des Mittleren Ostens und ihre internationalistischen Freundinnen und Freunde haben mittlerweile genug von der Hinhaltepolitik der Türkei. Kurze Telefongespräche oder unregelmäßige Besuche seiner Anwältinnen und Anwälte bieten keine Grundlage dafür, dass Abdullah Öcalan seine wichtige Rolle für die Demokratisierung der Region spielen kann. Dabei zeigt sich, dass der geballte Druck der stetig wachsenden internationalen Kampagne für die Freiheit Abdullah Öcalans, der lokalen Proteste der Bevölkerung, der kritischen Stimmen in den Parlamenten und des Widerstandes der Guerilla in den Bergen Kurdistans und den Städten der Türkei eine riesige Wirkung entfalten. Je stärker und vereinter all diese Stimmen arbeiten, desto früher wird Abdullah Öcalan İmralı verlassen können.

Der Iran hat seit Beginn des Jahres hunderte Kurdinnen und Kurden festgenommen und dutzende weitere hingerichtet. Vereinzelt kam es zu Gefechten mit den Kräften der HRK-Guerilla Ostkurdistans. In Belutschistan wurde ein großer Volksaufstand brutal niedergeschlagen. Obwohl ein Ende der internationalen Boykottpolitik abzusehen ist – z. B. in Form des 400 Milliarden schweren Abkommens mit China –, wird das Land selbst immer instabiler. Selbst wenn der Iran dem internationalen Druck nachgibt und sich stärker in das System der kapitalistischen Moderne integrieren lässt, werden die



Zum Geburtstag von Abdullah Öcalans wurden auch in diesem Jahr an vielen Orten der Welt Feiern, Kundgebungen und Demonstrationen fürseine Freiheit organisiert, hier in Berlin. Foto: anf

gesellschaftlichen Widersprüche weiter zunehmen. Kulturell-ethnische Identitäten wie Kurden oder Belutschen, aber auch Frauen sind der treibende Motor des Widerstandes im Iran. Ohne eine Demokratisierung ist das Land nicht davor geschützt, von innen heraus zu zerbrechen.

Der Papstbesuch im Irak wurde in der Region selbst z. T. sehr kritisch gesehen. Gerade in Südkurdistan fragten sich viele Menschen, wie ehrlich und praktisch wirkungsvoll die Friedensbotschaft des Papstes war. Entsprechend schnell war nach seinem Besuch von der frohen Botschaft Roms in der Region selbst nicht mehr viel zu spüren. Zuletzt rückte Şengal – eine Region, die der Papst wissent aussparte – erneut in den Vordergrund. Der amerikanisch-türkische Druck auf die irakische Regierung führte dazu, dass diese sich mehrmals dazu gezwungen sah, der êzîdischen Selbstverwaltung ein Ultimatum zu stellen. Doch auch das 1.-April-Ultimatum verstrich folgenlos. Grund dafür ist der starke und ununterbrochene Widerstand der êzîdischen Zivilbevölkerung, ihrer Selbstverwaltungsstrukturen und Widerstandseinheiten YBŞ/YJŞ. Seit über vier Monaten wird mit einem Protestzelt im Zentrum der Stadt Şengal mit regelmäßigen Großdemonstrationen und offiziellen Erklärungen der verschiedensten Teile der Gesellschaft Şengals eindrucksvoll unter Beweis gestellt, wie schnell die êzîdische Bevölkerung ihre demokratische Kultur wiedergewonnen hat. Nach Jahrzehnten von Zerstörung und Vertreibung unter Saddam Hussein, der darauf folgenden Vetternwirtschaft der PDK und zuletzt dem Genozid durch den von der Türkei gelenkten Islamischen Staat (IS) hat Şengal seit 2014/15 einen demokratischen Aufbruch erlebt. Auch wenn man vor Ort noch weit von dem Ziel einer vollständig selbstverwalteten Gesellschaft entfernt sein mag, der Widerstand der vergangenen Monate gegen das PDK-Bagdad-Abkommen vom 9. Oktober 2020 hat eindrucksvoll gezeigt, wie viel Mut, Würde und demokratische Leidenschaft die Menschen Şengals in den vergangenen Jahren gewonnen haben. Daran werden sich die NATO-Generäle in den Brüsseler Büros samt ihrer türkischen und irakischen Gehilfen weiter die Zähne ausbeißen. Hinzu kommt, dass auch der Iran mit seinen Haschd-al-Schaabi-Milizen in Şengal ist und wenig Interesse daran hat, diese strategisch wichtige Verbindungsroute zwischen Syrien und dem Irak zu verlieren. Entsprechend offen haben Kommandeure dieser Milizen zuletzt der Türkei mit Krieg gedroht, falls sie in Şengal einmarschieren sollte.

In Rojava und der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien dauert der militärische und politische Widerstand an. Die Besatzung von Efrîn, Serêkaniyê und Girê Spî belastet die Herzen und Köpfe der Menschen weiterhin schwer. Tagtäglich finden Gefechte insbesondere entlang der im Oktober 2019 neu entstandenen Front um Ain Issa und Til Temir statt. Arabische, assyrische, armenische und kurdische Kämpferinnen und Kämpfer leisten dort einen beeindruckenden Widerstand gegen die türkische NATO-Armee und deren islamistische Söldner. Auch in Efrîn waren die Befreiungskräfte Efrîns (HRE) im Frühling wieder stärker aktiv und konnten zahlreiche erfolgreiche Aktionen gegen die türkischen und islamistischen Besatzer durchführen. Politisch gesehen arbeitet der Demokratische Syrienrat (MSD) aktiv daran, die gesamte demokratische Opposition Syriens zu vernetzen und damit die Grundlage für eine Befriedung des Landes zu schaffen. Auch die Selbstverwaltung in der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien selbst war in den vergangenen Monaten stark darum bemüht, Probleme in ihren Strukturen zu beheben und der Kritik aus einigen Regionen entgegenzukommen. So wurde ein ganz neues System aus Regionen und Räten für Deir ez-Zor entwickelt. Die Menschen vor Ort sind sich bewusst, dass sie politisch, militärisch, wirtschaftlich und ideologisch permanenten Angriffen ausgesetzt sind und dem nur begegnen werden können, wenn es ihnen gelingt, ihre Strukturen der Selbstverwaltung und Selbstverteidigung immer wieder gemäß den Erfordernissen so anzupassen, dass die große gesellschaftliche Kraft der Völker Nord- und Ostsyriens organisiert und mobilisiert wird. Auch die internationale Unterstützung in Form von Öffentlichkeitsarbeit, Protesten, Delegationen, Partnerschaftsprojekten, Infrastrukturprojekten oder dem längeren Aufenthalt vor Ort bleibt weiterhin ein zentraler Bestandteil der Selbstverteidigungsstrategie der Revolution Nord- und Ostsyriens.

Demokratische Kräfte: Verantwortung und offensive Politik

Während der Corona-Pandemie gingen Kriege, Ausbeutung oder Umweltzerstörung weiter. Und auch die Völker, Frauen und Jugendlichen dieser Welt haben in den vergangenen Monaten auf allen Kontinenten bewiesen, dass demokratischer Widerstand eine Grundvoraussetzung gesellschaftlichen Lebens ist. In Indien läuft seit Monaten ein beeindruckender Bauernprotest, der es der Regierung sichtlich schwer gemacht hat, die Neoliberalisierung eines weiteren überlebenswichtigen Lebensbereichs durchzusetzen. Die Bäuerinnen und Bauern Indiens verteidigen nicht nur ihre eigene Lebensgrundlage, sondern die demokratisch-moralischen Strukturen dörflichen Lebens und die politische Handlungsfähigkeit kommunaler Gemeinschaften. In Myanmar gehen seit vielen Wochen die Menschen auf die Straße, um ihr Recht auf ein demokratisches und freies Leben zu verteidigen. Gegen einen rücksichtslosen, brutal vorgehenden Staatsapparat beweisen sie tagtäglich großen Mut. Das kulturell so vielfältige Myanmar passt nicht in das nationalstaatliche Korsett und ist von dementsprechend schweren Widersprüchen zwischen Gesellschaft und Staat geprägt. Zugleich tragen die NATO und China in dem mili-

tärisch und wirtschaftlich strategisch günstig gelegenen Land einen Machtkampf miteinander aus. Umso mehr sind die dortigen demokratischen Kräfte gefordert, auf Grundlage demokratischer Politik und Selbstverteidigung die Gesellschaft dabei zu unterstützen, innere Widersprüche zu überwinden und äußere Interventionsversuche abzuwehren.

In Russland ließen zuletzt die Demonstrationen für den vom Westen unterstützten Oppositionspolitiker Nawalny aufhorchen. Nawalny selbst stützt sich auf die Hilfestellung zentraler NATO-Mitglieder in Form von medialem Dauerfeuer z. B. auf BBC oder von politischen Beratern aus Deutschland. Trotzdem ist es Ausdruck eines großen Wunsches nach demokratischer Veränderung, wenn Tausende im ganzen Land dem riesigen staatlichen Repressionsapparat trotzen. Das Problem in Russland scheint nicht in der Bereitschaft für Proteste, sondern in der Schwäche organisierter demokratischer Kräfte zu liegen.

Von Südamerika, den USA über die Türkei und Kurdistan bis London hat sich in den letzten Monaten immer wieder gezeigt, dass Frauen in diesem Jahrhundert den dynamischsten und entschlossensten Widerstand leisten. Auch wenn Morde, Vergewaltigungen, häusliche Gewalt und alltäglicher Sexismus in ihrer Wucht und Verachtung erschütternd sind, haben Frauen, Feministinnen und ihre Unterstützer in den letzten Monaten bewiesen, dass sie Trauer in Wut verwandeln können. Die täglichen Morde an Frauen in Mexiko, der Ausstieg der Türkei aus der Istanbul-Konvention oder die Gewalt des britischen Staates gegen protestierende Frauen in London sind nur wenige Beispiele der immer stärker werdenden Verachtung der kapitalistischen Moderne für Frauen. Feministische Bündnisse wie in Polen, Tage des Widerstandes wie der 8. März oder die organisierte Selbstverteidigung wie in Form der Frauenguerilla YJA-STAR in Kurdistan zeigen, dass es nicht an wirkungsvollen Selbstorganisierungsformen mangelt. Der Widerstand gegen die steigende Gewalt und den Sexismus gegen Frauen im Zuge der strukturellen Krise der kapitalistischen Moderne wird weiter wachsen. Je besser es diesem Widerstand gelingt, liberale Lebensgewohnheiten zu überwinden, sich demokratisch zu organisieren und international zu vernetzen, desto schneller wird er dem sexistischen Staats- und Machtsystem ein Ende bereiten.

Ähnlich kraftvoll wie der Widerstand der Frauen wurde in den letzten Monaten auch der Kampf für eine ökologische Welt fortgesetzt. Das unterstreicht zugleich die Dringlichkeit des Problems. Die Waldbesetzungen und damit verbundene Aktionen in Deutschland haben bewiesen, dass Selbstlosigkeit, Kommunalität und Kreativität die zentralen Merkmale wirkungsvollen Widerstandes sind. Jede Besetzungsaktion war ein Erfolg, ob sie geräumt wurde oder nicht. Denn durch den Widerstand wurde Entschlossenheit und Kraft bewiesen und damit in vielen Menschen Lust auf mehr geweckt. Es gilt, diese Aktionsform in allen Teilen Deutschlands zu verbreiten, noch stärker in der Bevölkerung vor Ort zu verankern und mit anderen Kämpfen in Deutschland und international zu verbinden.

Für die Völker Kurdistans und des Mittleren Ostens haben der Erfolg von Gare und die riesige Beteiligung am 8. März und Newroz ein Jahr voller Hoffnung eingeläutet. Die Guerilla hat in Gare bewiesen, dass menschliche Kreativität und Entschlossenheit das NATO-Waffenarsenal brechen können. Das hat allen demokratischen Kräften und Völkern der Region neuen Mut und Zuversicht geschenkt. Die zentrale Bedeutung der Guerilla in den Bergen und von Organisationen wie der zivilen Selbstverteidigung YPS/YPS-JIN und der Vereinten Revolutionären Kräfte der Völker HBDH in den Städten Nordkurdistans und der Türkei wird auch in diesem Jahr anhalten. Die Verbindung von militärischer Selbstverteidigung, politischen Bündnissen der demokratischen Kräfte und nationaler Einheit aller kurdischen politischen Parteien bleibt in diesem Jahr die Hauptstrategie für den antifaschistischen Kampf gegen das Erdoğan-Bahçeli-Regime.

Überall auf der Welt steigt der Unmut über die massive Beschränkung politischer Grundrechte und gesellschaftlichen Zusammenlebens im Zuge der Corona-Pandemie. In den vergangenen Monaten kam es z. B. in Holland, Brüssel oder Deutschland immer wieder zu Protesten gegen Ausgangssperren und andere Einschränkungen. Für die demokratischen Kräfte wird es in der kommenden Zeit wichtig sein, politisch und strategisch an diese große gesellschaftliche Krise heranzugehen. Wenn das Staats- und Machtsystem sich anmaßt, eine Krankheit zu instrumentalisieren, um die sowieso schon stark geschwächten gesellschaftlichen Strukturen weiter aufzulösen, dann bedarf das einer entschlossenen und konsequenten Antwort: mehr Kommunalität und mehr Politik. Gerade jetzt bedarf es der strategischen Vernetzung aller demokratischen Kräfte, um gemeinsam demokratische Politik zu betreiben. Wenn es gelingt, demokratische Politik im Alltag auszuweiten – durch Bündnisse, Kommunen, Kooperativen, Akademien –, werden die Staaten gezwungen sein, einen anderen Umgang mit der Pandemie zu finden. Demokratische Politik ist der Garant dafür, dass die riesige Kraft der Gesellschaft sich entfaltet und für die Lösung gesellschaftlicher Probleme und Projekte zum Einsatz kommt. Sie schafft Raum dafür, dass die gesellschaftliche Agenda ins Zentrum des Lebens rückt. Je mehr dies geschieht, desto weniger werden wir im Jahr 2021 von Kriegen, Ausbeutung und Umweltzerstörung hören. Durch die Ausweitung demokratischer Politik wird uns in diesem Jahr die so dringend notwendige Offensive für das Paradigma der demokratischen Moderne gelingen. Gare, der 8. März und Newroz haben den Beginn dieser Phase eingeläutet. ♦

Über die Situation Abdullah Öcalans und des türkischen Staates und die HDP

Europa verhält sich heuchlerisch und opportunistisch

Sabri Ok, Mitglied des Exekutivrats der KCK, im TV-Interview

Sabri Ok hat sich als Mitglied des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) im Programm »Rojeva Welat« bei Stêrk TV zu aktuellen politischen Themen geäußert. Wir veröffentlichen Ausschnitte aus dem Interview, in dem er die Situation des kurdischen Vordenkers Abdullah Öcalan, die türkische Staatspolitik und die Reaktionen in der Türkei und in Europa, insbesondere der deutschen Bundesregierung, auf das Verbotsverfahren der Demokratischen Partei der Völker (HDP) bewertet.

Am 25. März wurde das Telefongespräch mit der kurdischen Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan abgebrochen. Bei den Newroz-Feierlichkeiten machte die AKP-Regierung keine Schwierigkeiten. Mit welcher Absicht? Wie bewerten Sie die Haltung von Abdullah Öcalan und wie die Haltung der kurdischen Gesellschaft bei den Newroz-Feiern?

Newroz war immer ein sehr besonderer und wichtiger Tag für die kurdische Gesellschaft. Warum hat der türkische Besatzerstaat zu Newroz keine Probleme bereitet? Natürlich nicht, um das Newroz-Fest im Herzen der Menschen zu feiern, sondern weil er einen Plan hatte. Seit sechs Jahren werden gegen Abdullah Öcalan Isolation und Repression praktiziert. Seit sechs Jahren wird ununterbrochen ein schmutziger Krieg geführt. Der türkische Besatzerstaat hat in dem Kontext gedacht, dass der Wille unserer Gesellschaft gebrochen sei und sie sich von Abdullah Öcalan und der PKK entfernt habe. Davon wollte er profitieren. Newroz wird jedes Jahr von Millionen Menschen gefeiert, er rechnete damit, dass es diesmal nur eine kleine und marginale Gruppe sein würde. Der türkische Staat wollte daraus Gegenpropaganda machen und die Botschaft verbreiten, dass die Gesellschaft sich von der PKK getrennt habe, keiner mehr Newroz feiere und die Menschen nur unter dem Druck der PKK feiern würden. Doch diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Dass unsere Gesellschaft unter starkem Druck steht, das stimmt, aber sie hat auf den Plätzen beim Newroz-Fest ihren Willen kundgetan und der türkischen Regierung eine Ohrfeige verpasst. Die AKP-MHP-Regierung hatte nicht erwartet, dass die kurdische Gesellschaft auf diese Weise revoltieren würde. Millionen Menschen in den vier Teilen Kurdistans und in der Diaspora haben das Newroz-Fest unter dem Motto »Die Zeit ist reif für die Freiheit« gefeiert. Die Besatzer haben gesehen, dass sie den Willen des kurdischen Volkes nicht brechen können, selbst wenn sie diesen schmutzigen Krieg sechs oder sechzig Jahre lang fortsetzen würden.

In den sozialen Medien wurde verbreitet, dass Abdullah Öcalan sein Leben auf İmralı verloren habe. Der türkische Staat teilt jede Information bezüglich unserer Führungspersönlichkeit mit einem gewissen Ziel. Auch in der Vergangenheit wurden solche Nachrichten verbreitet. Damit wollen sie die bestehende Situation weiter normalisieren. Doch sowohl unsere Bewegung als auch die Gesellschaft hat eine starke Reaktion gezeigt. Der Staat war daraufhin gezwungen, ein Telefongespräch zuzulassen, was in der Mitte abgebrochen wurde. Die Äußerungen von Abdullah Öcalan sind sehr bedeutend. Seine wichtige Rolle für die Zukunft der kurdischen Gesellschaft und für die Völker in der Türkei ist dem türkischen Staat bewusst.

Willkürliche und rechtswidrige Herangehensweisen sind inakzeptabel. Auch Abdullah Öcalan hat dies nicht akzeptiert und gesehen, dass es auf der einen Seite eine anhaltende genozidale Politik gegen unsere Gesellschaft gibt und auf der anderen Seite seiner Person keine Rechte zugestanden werden. Das Telefongespräch wurde abgebrochen, als er diese Situation zu kritisieren begann. Sie fürchten seine Ideen, seine Philosophie, seine Gedanken.

Abdullah Öcalan leistet nun seit 23 Jahren Widerstand an einem Ort wie der Gefängnisinsel İmralı. Weil der türkische Staat sich vor diesem Widerstand fürchtet, werden alle Gesetze missachtet und jegliche Form von Folter wird angewandt.

Auch wenn das Antifolterkomitee des Europarats (CPT) eine scheinheilige Position fährt, hat es zuletzt auf die Isolation und Folter auf İmralı aufmerksam gemacht und deren Ende gefordert. Der Europarat hat ebenfalls Erklärungen in diese Richtung abgegeben. Die Proteste der kurdischen Gesellschaft gegen die Isolation dauern hingegen weiterhin unvermindert an. Trotz alldem erlaubt der türkische Staat keine Gespräche und lässt nur willkürlich ein Telefonat zu, das er dann mittendrin wieder abbricht. All dies sind Spezialkriegstechniken.

Ohne die Freiheit Abdullah Öcalans sind die Befreiung der kurdischen Gesellschaft und die Demokratisierung der Türkei nicht möglich. Der türkische Staat ist sich dessen bewusst. Der Grund für die gegenwärtigen Krisen und die Situation der Völker in der Türkei, die angesichts des AKP-MHP-Faschismus keine Luft zum Atmen mehr haben, ist der Umgang mit Abdullah Öcalan. Solange er nicht frei und die kurdische Frage nicht gelöst ist, werden diese Probleme weiter andauern.

Der türkische Staatspräsident Erdoğan hat vor sechs Jahren die İmralı-Friedensgespräche abgebrochen und den Verhandlungstisch verlassen. In was für einer Situation steckt der türkische Staat nach diesen sechs Jahren? Wie hat Ihre Bewegung diese Jahre erlebt?

Die sechs Jahre sind sehr intensiv vergangen. Unser Kampf verläuft im Grunde seit Beginn an so. Weder ist der Feind ein normaler Feind, noch ist die Situation der kurdischen Gesellschaft eine normale, noch ist unser Kampf ein normaler. Wir haben immer einen Kampf unter Ausnahmebedingungen geführt. Viele Opfer wurden gebracht, um die jetzige Situation zu erreichen. Die letzten sechs Jahre waren sowohl für unsere Gesellschaft, unsere Bewegung als auch für die besatzerische AKP-MHP-Regierung sehr bedeutend. Die letzten sechs Jahre unserer fünfzigjährigen Geschichte haben wir mit einem großen, ununterbrochenen Krieg durchlebt. Alle Vorbereitungen der AKP/MHP waren darauf ausgerichtet, den Willen der kurdischen Gesellschaft zu brechen und unsere Bewegung zu liquidieren. Sie haben daher alles mobilisiert und dafür allen Staaten Zugeständnisse gemacht.

Unsere Gesellschaft und unsere Bewegung haben in diesem Bewusstsein noch stärker Widerstand geleistet und dieser dauert auch weiterhin an. Wir haben ohne Zweifel große Opfer gebracht gegenüber diesen brutalen Angriffen. Wir haben mit dem Willen der Guerilla und der Philosophie von Abdullah Öcalan Widerstand geleistet. Wenn wir die letzte sechsjährige Phase des türkischen Staates und des AKP-MHP-Faschismus betrachten, haben wir sie arg in Bedrängnis gebracht. Wäre der Widerstand der PKK nicht gewesen, dann ist nicht abzuschätzen, wie der AKP-MHP-Faschismus sich weiter entwickelt hätte. Denn sie hatten kein Hindernis vor sich. Der Widerstand und Kampf der PKK hat einen Erfolg der genozidalen Politik verhindert. Infolge dieses Widerstands und Kampfes wird darüber gesprochen, wann der AKP-MHP-Faschismus enden wird.

Seit Jahren propagieren sie das Ende unserer Bewegung. Sie hatten dafür sogar schon Termine genannt. Trotzdem steht die Bewegung weiterhin und leistet mit großer Moral und Kraft Widerstand. Es haben Dutzende Minister- und Staatspräsidenten sowie Generalstabschefs des türkischen Staates gewechselt, aber die PKK ist immer noch auf den Beinen.

Wie Sie bereits anmerkten, steckt die AKP-MHP-Regierung in einer großen Krise. Im April haben pensionierte Admiräle eine Erklärung veröffentlicht. Was war der Auslöser dafür?

Der Staat kann sich zurzeit nur schwer behaupten. Die politische und die wirtschaftliche Situation sind offensichtlich. Die Gesellschaft ist in einer hilflosen und hoffnungslosen Situation. Es gibt auch außerhalb von AKP und MHP bestimmte Kreise, die erklären »dieser Staat ist unser Staat« und ihre Stimme erheben. Die Admiräle sind solch ein Kreis. Außer ihnen gibt es noch andere, die beunruhigt sind über die Situation des Staates, in welche die AKP-MHP-Regierung ihn manövriert hat. Man kann sie im Allgemeinen als staatliche bzw. etatistische Kreise definieren. Die staatlichen kemalistischen Kreise wollen keinen Staat, der unter dem Einfluss bestimmter Orden und religiöser Gruppen steht.

Unter den jetzigen Bedingungen ist auch die AKP in großer Panik und weiß, dass sie bei einer Wahl verlieren würde. Ihr Ziel ist es, wieder etwas an Kraft zu gewinnen. Gestützt auf alte Erfahrungen versuchen sie nun mit Orden und religiösen Gruppen Beziehungen zu knüpfen. Daneben gibt es die klassischen staatstreuen Kreise, die den Staat in seiner alten Form und einer von religiösen Orden dominierten Struktur beibehalten wollen. Auf dieser Basis reagieren sie unterschiedlich. Sie stellen eine bestimmte Kraft dar. Es sind nicht nur die pensionierten Admiräle, sondern auch in der Armee gibt es diesen Einfluss. Die AKP hat mit der militärischen Struktur gespielt. Es gibt nicht mehr die alte türkische Militärstruktur, sondern es ist nun eine Struktur, in der verschiedene Gemeinschaften ihren Einfluss haben.

Aus diesem Grund haben die pensionierten Admiräle diese Erklärung veröffentlicht und ihre Reaktion kundgetan. Ihre Sorge gilt nicht der Demokratie. Sie gilt nicht dem Demokratieproblem und den rechtsstaatlichen Problemen in der Türkei. AKP und MHP haben das Land zusammen mit den Orden

und Gemeinden in ein Familienunternehmen verwandelt. Das einzige Ziel der pensionierten Admiräle ist es, die klassische Staatsstruktur zu erhalten. Dies zeigt uns eine Zunahme der Widersprüche und Konflikte innerhalb des Staates, innerhalb der AKP, der Armee und der verschiedenen staatlichen Kreise.

Im Grunde sind alle mit dem bestehenden faschistischen Regime in Konflikt. Jeder sagt, dass diese Situation so nicht weitergehen kann. Bislang hat die AKP ihre ganze Strategie und Politik darauf ausgerichtet, unsere Bewegung zu zerschlagen. Ihre Außenpolitik, Wirtschaft und Innenpolitik sind darauf ausgerichtet. Als sie ihre Ziele nicht erreichen konnten, hat sich dies negativ auf sie ausgewirkt. Nun wollen sie sich mit verschiedenen Initiativen auf internationaler Ebene behaupten. Im Zusammenhang mit dem Vertrag von Montreux[1] wollen sie sich bei den USA einschmeicheln, also Zugeständnisse machen. Die pensionierten Admiräle erklären, dass es ein Vertrag zu Gunsten der USA sei, und sind daher auch besorgt, dass es Probleme mit Russland geben könnte. Es geht in dieser Erklärung nicht um die Demokratie, Freiheit oder Menschenrechte in der Türkei. Mit anderen Worten, diese Situation zeigt uns nur, dass innerstaatliche Widersprüche und Konflikte zunehmen.

Nach dieser Erklärung versucht die türkische Regierung nun wieder mit einer Taktik, sich in eine Opferrolle zu begeben, die Gesellschaft auf ihre Seite zu ziehen. Das ist eine große Lüge, denn es gibt keine Opferposition. Es gibt auch keinen Putsch, wie sie erklärten. Doch die Widersprüche zwischen ihnen sind sehr intensiv. Es ist schwer vorherzusagen, wann zwischen ihnen was passieren wird. Weil die AKP-MHP-Regierung den Staat ganz im Einklang mit ihren eigenen Ambitionen und Interessen nutzt. Auch ein Putsch ist möglich. Aber es ist schwer zu sagen, wann und in welcher Form. Die Widersprüche drehen sich darum, wer wie lange an der Macht sein wird. Momentan kann nicht mehr von einer ernsthaften Staatlichkeit die Rede sein. Sie haben Recht, Gerechtigkeit und politische Prinzipien auf das Abstellgleis geschoben.

Dass keine ernsthafte Staatlichkeit mehr übrig geblieben ist, zeigt das Verhältnis des MHP-Vorsitzenden zum Mafiaboss Alaattin Çakıcı. Diese Beziehung, die offenen Treffen und seine illegale Freilassung bringen die Situation des Staates gut zum Ausdruck. Die vom Staat gestärkten Mafiosi bedrohen offen die Politiker. Dieses faschistische AKP-MHP-Regime kann nicht länger so weitermachen. Auch außenpolitisch haben sie keine Referenz mehr. In der letzten Entscheidung zum Libyen-Konflikt hieß es, dass sich alle Kräfte aus Libyen zurückziehen sollen. Was hat der türkische Staat mit seiner Offensive in Libyen gewonnen? Nichts. Werden Kräfte wie England, Frankreich und die USA die Initiative der Türkei überlassen? Werden die USA und Russland dem türkischen Staat in Syrien erlauben sich zu bewegen, wie er will? Jetzt versuchen sie mit einigen Vorstößen in Südkurdistan und ihrer NATO-Mitgliedschaft die Tagesordnung zu bestimmen. Aber auch bei diesen Themen bleibt ihnen nicht mehr viel Handlungsspielraum.

Wie bewerten Sie die Reaktionen der türkischen Opposition und internationaler Institutionen auf das Schließungsverfahren gegen die HDP?

Die wesentliche Opposition in der Türkei ist die HDP. Sie betreibt wirkliche demokratische Opposition und vertritt die Rechte und Forderungen der Frauen, der Jugend und der anderen gesellschaftlichen Gruppen. Das weiß auch das faschistische Regime von AKP und MHP. Aus diesem Grund greift es die HDP unentwegt an. Wenn die anderen Parteien, die CHP und die İyi-Partei, wirklich oppositionelle Politik machen würden, wäre die Regierung keinen Tag länger an der Macht. Würden alle politischen Parteien zusammenkommen und auf einer Pressekonferenz erklären, dass AKP und MHP das Land wie einen Bauernhof regierten und nur ihre eigenen Interessen verträten, wäre es vorbei mit der Regierung. Das tun sie jedoch nicht, weil es in ihrer politischen Tradition keine demokratische Kultur gibt.

Vor allem in der kurdischen Frage und beim Thema Demokratisierung der Türkei sind sie feige. Die HDP hingegen agiert an diesem Punkt verantwortungsbewusst und mutig. Das ist der Grund, warum sie auf allen Ebenen angegriffen wird. Zum Beispiel wurde zuletzt Ömer Faruk Gergerlioğlu verhaftet. Er ist ein Mensch mit Würde, der die Menschenrechte unter allen Umständen verteidigt. Er wurde brutal von einem Polizisten aus seiner Wohnung geholt, den er zuvor als Folterer auf die Tagesordnung gebracht hatte. Dieser Fakt steht sinnbildlich für diesen Staat. Kein Mensch soll ein einziges Wort gegen die Regierung aussprechen dürfen. Alle sollen in einen stummen und willenlosen Zustand versetzt werden. Die HDP steht den Machthabenden dabei im Weg. Wenn sie beiseitegeschafft wird, ist die Bahn frei. Der Widerstand und die Haltung der HDP sind in dieser Hinsicht sehr ehrenhaft und wichtig. Sie sollte sich selbst vertrauen und diese Haltung bewahren.

Wenn CHP und İyi-Partei nicht für wirkliche Demokratie kämpfen, werden sie nicht über ihren Ist-Zustand hinauskommen. Sie werden niemals an die Regierung kommen. Wenn sie wirklich eine Veränderung wollen, müssen sie ein Bündnis mit der HDP eingehen. Gelingt ihnen das nicht, ist ihre Politik eine einzige Lüge. Das weiß inzwischen auch die Gesellschaft in der Türkei.

1 Das Schifffahrtsabkommen von 1936 regelt die Durchfahrt im Bosporus und in den Dardanellen und garantiert u. a. zivilen Schiffen die Durchfahrt in Kriegs- und Friedenszeiten. Die Admiräle hatten sich in ihrer Erklärung dazu bekannt und Erdoğans dortiges Großprojekt »Kanal Istanbul« kritisiert.

Die HDP befindet sich in einer Schlüsselposition. Weil das allgemein bekannt ist, wurde ein Verbotsverfahren eingeleitet. Hunderten Politikerinnen und Politikern soll ein politisches Betätigungsverbot erteilt werden. Finanzielle Zuwendungen sollen eingestellt werden, damit die HDP ihren Einfluss verliert. Die Angriffe auf sie werden weitergehen, das sollte sowohl die HDP als auch das kurdische Volk wissen.



Gegen die Zwangsverwaltungen der HDP-Kommunen durch den türkischen Staat ist eine »Demokratie Wacht initiiert worden«, die mit der Losung »Stell unseren Willen nicht in Frage« auf den Straßen Präsenz zeigt. Foto: anf

Dass die HDP verboten wird, ist wahrscheinlich. So wie zuletzt im Fall Gergerlioğlu wird versucht werden, alle ihre Politikerinnen und Politiker ins Gefängnis zu bringen und Angst zu verbreiten. Ihr Wille soll gebrochen werden. Die HDP diskutiert natürlich intern darüber, welche Alternative möglich ist. Letztendlich wird ihr der politische Weg immer offen stehen, denn sie ist aus einer politischen Tradition hervorgegangen, hinter der Millionen Menschen stehen. Sie wird ihren eigenen Weg finden. Bisher hat sie Widerstand geleistet; diese würdevolle Haltung sollte sie beibehalten. Das Ausmaß des Widerstands ist ausschlaggebend für die Auswirkungen der stattfindenden Angriffe. Auf internationaler Ebene gibt es Proteste von Institutionen und Personen. Diese Solidarität ist wichtig.

Die Reaktion der Staaten ist unterschiedlich. Beispielsweise hat der deutsche Staat vor kurzem in einer Erklärung dem türkischen Staat nach dem Mund geredet: Die HDP solle sich von der PKK distanzieren. Warum macht Deutschland das? Es ist genau das, was die AKP täglich wiederholt. Im Wesentlichen muss man die Bundesregierung und die europäischen Staaten fragen: Wo sind die von Millionen Menschen gewählten Politikerinnen und Politiker jetzt? Warum werden sie ins Gefängnis gesteckt? Alle HDP-geführten Rathäuser sind usurpiert worden, überall wurden Zwangsverwalter eingesetzt. Bis hin zu den Ortsvorstehern werden von Millionen Menschen gewählte Personen des Amtes enthoben und ins Gefängnis geworfen. Danach sollte die EU die Türkei fragen. Sie sollte nachfragen, wo diese Menschen sind. Waren das alles Terroristen? Europa verhält sich in dieser Hinsicht heuchlerisch und opportunistisch.

Nach allem, was passiert ist, wird von der HDP tatsächlich eine Distanzierung von der PKK gefordert. Dahinter stehen ausschließlich schmutzige Eigeninteressen. Zu Beginn des Bürgerkriegs in Syrien hat Erdoğan auf gerissene Weise erklärt: »Wir haben gemäß der osmanischen Tradition die Tore geöffnet, alle Menschen können zu uns flüchten.« Durch diesen Aufruf sind Millionen Schutzsuchende in die Türkei gekommen. Diese Menschen werden jetzt maßlos und unmoralisch als Trumpf gegen Europa ausgespielt. Bei der kleinsten Unstimmigkeit wird damit gedroht, die Grenzen zu öffnen und alle nach Europa zu schicken. Die EU und vor allem Deutschland machen angesichts dieser Drohung alle erdenklichen Zugeständnisse. Ihre Politik wird von gegenseitigen schmutzigen Interessen bestimmt.

Diese heuchlerische und opportunistische Politik hat mit demokratischen Werten nichts mehr zu tun. Es ist ja nicht so, dass Deutschland oder die EU an die Politik oder den Verlautbarungen der AKP glauben würden. Sie machen Zugeständnisse für ihre eigenen Interessen. In dieser Hinsicht sehen wir den Ansatz Deutschlands und der EU als unehrliche Politik mit zwei Gesichtern. Darüber hinaus gibt es jedoch viele Reaktionen von Institutionen und Personen in Europa, die wir sehr positiv und wertvoll finden. Die HDP sollte ihre diplomatische Arbeit intensiv fortsetzen. Noch wichtiger ist es, dass unser Volk sich selbst vertraut und seinen gerechtfertigten Kampf weiterführt. Wir sprechen hier von einer jahrzehntelangen Erfahrung und Tradition. Ohne die HDP sieht die Zukunft der Türkei finster aus. In diesem Bewusstsein sollte gehandelt werden. Die Zukunft gehört unserem Volk und der HDP. Eine andere Alternative gibt es nicht. ♦

Eine Chance im politischen Kampf für Demokratie

Nach Gare

Cafer Tar, Journalist

In der militärischen und politischen Geschichte von Ländern gibt es Ereignisse, die einen Wendepunkt darstellen. Ereignisse dieser Qualität bestimmen sowohl die Innenpolitik als auch die internationalen Beziehungen eines Landes. Die Operation des türkischen Militärs vom 10. Februar 2021 gegen die Guerilla im Gebiet Gare in Südkurdistan wird wohl die Innenpolitik und die internationalen Beziehungen der Türkei eine lange Zeit bestimmen. Diese Operation wurde von 41 türkischen Kampfflugzeugen und einer Vielzahl von Drohnen und Helikoptern begleitet. Angesichts des Widerstands der Guerilla musste sich die türkische Armee am 14. Februar zurückziehen.

Der faschistische Block von AKP und MHP ist aufgrund der Armut im Inland und der aggressiven Politik im Ausland regional isoliert. Mit der Invasion in Gare versuchten sie mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Wäre die Operation erfolgreich gewesen, dann wäre sowohl der politische Druck im Inland überwunden als auch den mit der Türkei zerstrittenen Ländern eine Botschaft vermittelt worden. Doch beides ist nicht geschehen. Der Plan von Erdoğan und Bahçeli ist mit der militärischen Niederlage nach hinten losgegangen. Im Inland hat das Vertrauen in beide einen Rückschlag erfahren. Die Nachbarstaaten haben begonnen, die Türkei von nun an weniger ernst zu nehmen.

Die aktive russische Unterstützung in Syrien und das grüne Licht der USA für die Interventionen haben die Türkei zu einer offenen Bedrohung für die Länder rund um das östliche Mittelmeer gemacht. Die Türkei war am Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Berg-Karabach an der Seite Aserbaidschans mit Drohnen und Militärberatern beteiligt. Diese aggressive Politik wollte sie in Gare auf die Spitze treiben.

Berg-Karabach ist eine Region, in der Armenier, Aserbaidschaner, Kurden und die anderen Völker seit langem gemeinsam leben. Die seit vielen Jahren geschwisterlich zusammenlebenden Völker in der Region wurden von diversen Kräften einander zu Feinden gemacht. In Konflikten, von denen niemand profitiert, haben tausende Menschen in der Region ihr Leben verloren und ihre Heimat verlassen müssen. Die Türkei und andere Länder der Region heizten immer wieder den Krieg in Berg-Karabach an, anstatt Frieden zu predigen. Sie haben die Völker in der Region auf Krieg und Konflikt vorbereitet. Zuletzt stachelte die Türkei Aserbaidschan zu einem Krieg gegen Armenien in Berg-Karabach an. Russland, das mit der gegenwärtigen Regierung in Armenien Probleme hat, hat all diese politischen Entwicklungen und die menschliche Tragödie beobachtet. Die Türkei hingegen verwandelte die Gefechte in Berg-Karabach in eine Show für ihre produzierten Drohnen, um sie auf dem internationalen Markt verkaufen zu können.

Die türkischen Medien propagierten nach dem Krieg, anstatt von der Zerstörung und dem Trauma des Krieges zu berichten, die Effektivität der türkischen Drohnen. Die Invasion in Gare ist genau an diesem Punkt von solcher Bedeutung. Diese aggressive Politik, die in Syrien begann und in Libyen, im östlichen Mittelmeer und in Berg-Karabach fortgesetzt wurde, sollte in Gare verstetigt werden.

Selbst die Unterstützer des Regimes können nichts Positives über die Zukunft der Türkei sagen. In einer Felduntersuchung eines Meinungsforschungsunternehmens wurde ermittelt, dass die Hälfte der in der Türkei lebenden Bevölkerung die Türkei verlassen möchte. Außer Krieg und falschen Siegesmeldungen kann das Regime den Menschen nichts mehr bieten. Seine gesellschaftliche Basis bröckelt mit jedem Tag.

Die Türkei, die in der Vergangenheit als wichtigstes Land für die regionale Stabilität galt und daher internationale Unterstützung erhielt, ist nun zur größten Bedrohung für den Frieden in der Region geworden. Die deutsche Bundesregierung hat jahrelang all diese negativen Entwicklungen ignoriert und die Erdoğan-Regierung geschützt. Trotz dieser antidemokratischen Position gab es eine Rechtfertigung: »Die wichtigsten europäischen Länder, darunter auch Deutschland, haben jah-



Guerillaeinheiten der HPG und YJA Star feiern Newroz in den freien Bergen Kurditans. Foto: anf

relang gehofft, dass die Türkei die Flüchtlingswelle aus Asien stoppt, und sie daher unterstützt!«

Doch Erdoğan hat die Türkei in eine solche Instabilität hineinmanövriert, dass, wenn dies weiter andauert, die Menschen in der Türkei selbst flüchten werden. Dort herrscht ein unglaublicher Trend zur Verarmung, der in eine gesellschaftliche Explosion münden kann. Um den gesellschaftlichen Absturz, den das Regime selbst geschaffen hat, abzuwenden, übernimmt es mithilfe von Gewalt die Initiative, um die Aufmerksamkeit zu zerstreuen und die Phase zu militarisieren.

Die Niederlage in Gare ist so offensichtlich, dass Erdoğan zum ersten Mal gezwungen war zu erklären »Wir haben es nicht geschafft!«. Die Operation war im Vorfeld penibel geplant worden. Verteidigungsminister Hulusi Akar und der Chef des *[Inlandsnachrichtendienstes]* MİT, Hakan Fidan, hatten die Regionalstaaten zur diplomatischen und militärischen Vorbereitung bereist.

Erdoğan und Bahçeli wollten eine erfolgreiche Operation in Gare gegen die kurdische Guerilla in politischen Profit ummünzen und für die kommenden Wahlen ausnutzen. Der Widerstand der Guerilla hat die Pläne des Regimes ins Leere laufen lassen. Ein Erfolg in Gare hätte eine Fortsetzung dessen aggressiver Haltung im östlichen Mittelmeer, in Syrien, im Irak, im Kaukasus und innerhalb der Türkei bedeutet. Doch die kurdische Guerilla hat die Pläne des Faschismus durchkreuzt und damit auch den Frieden in der Region geschützt. Nach Gare haben die demokratischen Kräfte die moralische Dominanz in einem bedeutenden Maße gewonnen. Die progressiven Kräfte müssen diese Chance nutzen und ihren Widerstand gegen das Regime verstärken. Sonst wird es mit einem neuen Angriff die Initiative zu übernehmen versuchen. Dies darf der Kampf um Demokratie auf keinen Fall erlauben. ♦

Die HDP und die PKK

Wenn möglich, dann friedlich

Fayik Yağızay, Vertreter der HDP im Europarat

In den Mainstream-Medien wurde der Beschluss der türkischen Regierung, die »Demokratische Partei der Völker« (HDP) zu verbieten, äußerst intensiv diskutiert. Insbesondere in Anbetracht der schweren Niederlage, die der türkische Staat kurz zuvor gegen die »Arbeiterpartei Kurdistan« (PKK) in Gare, einem Gebirge im Nordirak, erlitten hatte.

In diesen Diskussionen – die sich zu einer politischen Lynch-Kampagne entwickelt haben – wird behauptet, dass die HDP den politischen Arm der PKK darstelle, und dass sie jene nicht ausreichend verurteile. Auf den Plattformen, auf denen diese Diskussionen geführt werden, wird der HDP nie die Möglichkeit gegeben, sich selbst zu repräsentieren oder sich in irgendeiner Weise an den Diskussionen zu beteiligen. Diese so geführte Kampagne ist also Teil einer außergerichtlichen Verurteilung unserer Partei.

Die HDP wurde auf Basis des geltenden Rechts der Republik Türkei gegründet. Sie organisiert sich landesweit und nimmt an allen demokratischen Wahlen teil. Bei der letzten Parlamentswahl erhielt sie fast sechs Millionen Stimmen und wurde somit die zweitgrößte Oppositionspartei in der Großen Nationalversammlung. Die HDP beleuchtet die Probleme innerhalb des türkischen Staates aus einer anderen Perspektive als die anderen Parteien und spricht sich für andere Lösungen aus. Sie betrachtet die ultranationalistische, um nicht zu sagen rassistische Struktur der Türkei als ein grundlegendes Problem, welches die Verhältnisse nur verschlimmert.

Im Mittelpunkt steht dabei die »kurdische Frage«. Die HDP vertritt die Meinung, dass die Leugnung der kurdischen Identität und die seit Gründung der Republik Türkei praktizierte Politik der Zwangsassimilation unvertretbar waren! Die HDP argumentiert, dass der Staat KurdInnen als eine andere ethnische Gruppe, als ein anderes Volk mit einer anderen Identität akzeptieren müsse; folglich erhält die Partei von den KurdInnen breite Unterstützung. Das setzt sie dem ständigen Druck des Staatsapparates aus, bis hin zu den aktuellen Forderungen nach einem totalen Verbot. Das Argument zur Rechtfertigung dieser Angriffe sind seit jeher die Beziehungen der HDP zur PKK.

So wie die HDP in der »kurdischen Frage« einen anderen Ansatz verfolgt, so hat sie auch einen anderen Blickwinkel auf die PKK als andere Parteien. Anders als der türkische Staat, die Europäische Union und die Vereinigten Staaten sieht die HDP die PKK nicht als terroristische Organisation an und sie begrüßt das Urteil des höchsten belgischen Gerichts, dass die Organisation als Partei in einem nicht internationalen bewaffneten Konflikt betrachtet werden sollte. Die HDP vertritt die Meinung, dass die PKK als Folge der falschen Politik der türkischen Republik und der internationalen Mächte entstanden ist. So ist sie des Weiteren davon überzeugt, dass es eine PKK oder eine ähnliche Organisation geben wird, solange sich diese Politik nicht ändert.

Jeder Akt der Unterdrückung der kurdischen parlamentarischen Politik ist ein Rekrutierungsfaktor für die PKK. Solange nichts unternommen wird, um die »kurdische Frage« anzugehen, werden viele, die auf Grund ihrer kurdischen Identität verfolgt werden, der Maxime der britischen Chartisten des 19. Jahrhunderts folgen: »Friedlich, wenn wir können, gewaltsam, wenn wir müssen.«

Um dies richtig verstehen zu können, ist es hilfreich, in die Geschichte zurückzugehen. Vor der Unterzeichnung des Vertrages von Lausanne im Jahre 1923 unter der Führung Großbritanniens und Frankreichs war Kurdistan 1639 bereits durch das Kasr-ı-Şirin-Abkommen zwischen den Ottomanen und dem iranischen Safawidenstaat zweigeteilt worden. Diesmal wurde es viergeteilt, und diese Aufteilung des Landes des größten staatenlosen Volkes der Welt ist die Hauptursache für die Probleme, mit denen wir uns heute konfrontiert sehen. Die Staaten, die Kurdistan besetzten, haben die Existenz von KurdInnen geleugnet und eine assimilatorische und repressive Politik verfolgt, indem diesen Identität, Sprache und kulturelle Rechte vorenthalten wurden. KurdInnen, die sich dagegen

wehrten und ihre Rechte und Freiheiten verteidigten, wurden verhaftet, verbannt, hingerichtet und massakriert.

Um die Unterstützung des kurdischen Volkes während des Befreiungskrieges der Türkei zu erhalten, versprach Mustafa Kemal, dass der befreite Staat ein Staat sowohl für TürkInnen als auch für KurdInnen sein würde. Doch nach der Gründung der Republik leugnete er die Existenz der KurdInnen und Kurdistans und errichtete ein System, das auf türkischem ethnischem Nationalismus basiert.

In vielen Teilen Kurdistans gab es Aufstände gegen das geschaffene System, doch wurden sie alle durch Massaker niedergeschlagen und ihre AnführerInnen hingerichtet. Die kurdische Sprache, Kultur, Musik – kurz, jeder Aspekt der kurdischen Identität – wurden verboten, und die KurdInnen wurden offiziell als TürkInnen eingestuft. Die Regierung hoffte, sie mit einer Politik der Zwangsassimilation in Vergessenheit geraten lassen zu können. Ähnlich war die Situation in den anderen Teilen Kurdistans – den vom irakischen und vom syrischen Staat besetzten Teilen, die nach dem Rückzug Großbritanniens und Frankreichs gegründet worden waren, und dem vom Iran besetzten Teil.

Vor diesem Hintergrund entstanden die PKK und etliche ähnliche Organisationen. In den 1970er Jahren kamen Dutzende von Organisationen zusammen, die angeführt von StudentInnen versuchten, die Situation mit Hilfe verschiedenster Methoden zu verändern. Die meisten dieser Organisationen wurden durch den Militärputsch von 1980 zerschlagen. In Kurdistan herrschte ein brutaler Staatsterror, vor allem in den Gefängnissen. Der PKK gelang es, einen Teil ihrer KaderInnen aus der Türkei und in die Nachbarländer abzuziehen, wo sie sich reorganisierte, und sie begann 1984 einen Guerillakrieg gegen den türkischen Staat. Obwohl sich seine Ziele, Form und Methoden geändert haben, dauert dieser Krieg noch immer an.

Als die PKK 1978 gegründet wurde, waren ihr Ziel die Befreiung und die Errichtung eines vereinigten, unabhängigen, sozialistischen Kurdistans in den von der Türkei, dem Irak, dem Iran und Syrien besetzten Gebieten. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den frühen neunziger Jahren bewertete die PKK jedoch ihre Ziele neu.

Als Reaktion auf eine Bitte des damaligen Ministerpräsidenten Turgut Özal erklärte die PKK 1993 einen einseitigen Waffenstillstand und kündigte an, bereit zu sein, die »kurdische Frage« im Dialog zu lösen. Während dieses einseitigen Waffenstillstands, als Özal seine neue Annäherung an die KurdInnen vorbereitete, wurde er jedoch durch den türkischen tiefen Staat vergiftet. Sein Tod öffnete einem gewaltsamen Krieg die Tür, der in Nordkurdistan (Osttürkei) zu gewaltigen Zerstörungen führte. Die Bemühungen der PKK, eine Lösung auf der Grundlage eines Dialogs mit dem türkischen Staat zu finden, wurden jedoch immer fortgesetzt.

Seit seiner Inhaftierung als Ergebnis eines internationalen Komplotts im Jahre 1999 hat der Vorreiter der PKK, Abdullah Öcalan, aus seiner Gefängniszelle heraus detaillierte Projekte und Roadmaps für eine politische Lösung vorgelegt. Heute strebt die PKK eine Lösung der »kurdischen Frage« an, die auf einem demokratischen System basiert, welches lokale Autonomie und die Respektierung kultureller Unterschiede innerhalb bestehender Grenzen erlaubt. Die Staaten, die Kurdistan besetzt halten, akzeptieren jedoch keinen Status für KurdInnen



1937 brach der Dersim-Aufstand aus, dessen Anführer Seyîd Riza (Bild Mitte) war. Er war der wichtigste geistliche und tribale Anführer seiner Zeit und wehrte sich gegen die türkische Regierung, gegen die Vertreibungen und den Völkermord an kurdischen Aleviten. Foto: Archiv

und sind zur Fortsetzung ihrer gegenwärtigen Vorgehensweise entschlossen. (Im Irak ist die Situation seit der Gründung der autonomen kurdischen Region eine andere, aber die Entschlossenheit der Türkei, die kurdische Identität zu zerschlagen, wird stärker.)

Seit 1990 wurden in der Türkei viele politische Parteien mit dem Ziel gegründet, eine parlamentarische, gewaltfreie Lösung der »kurdischen Frage« zu finden. Die erste von ihnen, die »Arbeitspartei des Volkes« (HEP), umging die 10%-Wahlhürde des türkischen Staates, indem sie ihre KandidatInnen für die Parlamentswahlen 1991 auf der Liste der »Sozialdemokratischen Volkspartei« (SHP) nominierte und so mit 22 Abgeordneten ins Parlament einzog. Doch diese ParlamentarierInnen waren mit unglaublichen Angriffen konfrontiert. Am ersten Tag, als sie den nationalistischen Eid verlesen musste, sagte Leyla Zana auf Kurdisch: »Ich habe diesen Eid für die Geschwisterlichkeit des kurdischen und des türkischen Volkes verlesen«, und Hatip Dicle fügte hinzu: »Ich verlese diesen Eid unter dem Druck der Verfassung.« Der Parlamentssaal geriet in Aufruhr.

Es wurde ein Verbotsverfahren gegen die Partei eingeleitet, und gegen die meisten Abgeordneten wurden Ermittlungen eingeleitet. Vorsorglich wurde die »Demokratische Partei« (DEP) gegründet und alle Abgeordneten traten in die neue Partei ein. Innerhalb kurzer Zeit wurde die HEP verboten, aber gleichzeitig ein Verbotsverfahren gegen die DEP eingeleitet. Im September 1993 wurde dann bei einem von paramilitärischen Kräften organisierten Anschlag der Abgeordnete von Mêrdîn (Mardin), Mehmet Sincar, getötet und der Abgeordnete von Êlih (Batman), Nizamettin Toğuç, wurde verletzt. Im März 1994 wurde die Immunität für alle DEP-Parlamentsabgeordneten aufgehoben. Einige von ihnen waren einige Tage zuvor nach Europa geflohen, um der Inhaftierung zu entgehen, aber andere blieben zwei oder drei Tage im Parlamentsgebäude in dem Glauben, dass die Polizei nicht ins Parlament eindringen würde, um sie zu verhaften.

Die Polizei kam jedoch in das Parlament, verhaftete alle DEP-Abgeordneten und inhaftierte sie. Hatip Dicle, Orhan Doğan, Leyla Zana und Selim Sadak blieben zehn Jahre lang im Gefängnis. Diejenigen, die nach Europa kamen, sind immer noch hier und, wie tausende HDP-PolitikerInnen auch, müssen Dicle und Sadak nun mit dem Status eines Flüchtlings in Europa leben.

Später wurden andere nach dem gleichen Muster gegründete Parteien vom Verfassungsgericht verboten und ihre Vorstände sowie zahlreiche Mitglieder ins Gefängnis gesteckt. Und jetzt können alle den Druck sehen, dem die HDP aktuell ausgesetzt ist. Die Menschen wählen eine Abgeordnete oder einen Abgeordneten, um sie im Parlament zu vertreten. Und normalerweise genießen ParlamentarierInnen rechtliche Immunität, während sie sprechen, schreiben und Veranstaltungen organisieren, um sich mit den Problemen ihrer WählerInnen zu befassen. Als Mitglied der HDP jedoch wird ihre Immunität durch ein diskriminierendes Urteil aufgehoben, sie werden vor Gericht gestellt und für alles, was sie gesagt oder getan haben, einschließlich der von der parlamentarischen Bühne aus gehaltenen Reden, inhaftiert.

Derzeit befinden sich einige HDP-Abgeordnete, darunter die ehemaligen Ko-Vorsitzenden der Partei, im Gefängnis, die meisten anderen stehen wegen ihrer parlamentarischen Tätigkeit vor Gericht. Die von den Menschen bei den Kommunalwahlen als BürgermeisterInnen gewählten PolitikerInnen werden als Mitglieder der HDP vom Innenminister – ohne Gerichtsbeschluss – ihres Amtes enthoben, kommen ins Gefängnis und an ihrer Stelle wird von der Regierung ein Treuhänder ernannt. So wurden in der letzten Wahlperiode 98 von 103 BürgermeisterInnen aus ihrem Amt entfernt und durch Zwangsverwalter ersetzt, viele von ihnen sind noch immer im Gefängnis oder zu Flüchtlingen im Exil geworden.

Wenn Parteien, die im Einklang mit geltendem türkischem Recht gegründet wurden, so behandelt werden, nachdem sie für die Demokratisierung der Türkei und für die Anerkennung der Grundrechte des kurdischen Volkes eingetreten sind, was für eine Grundlage bleibt dann noch, sich über die Existenz der PKK zu beklagen? Die kurdische Gesellschaft, welche diese Behandlung miterlebt, wird sich zwangsläufig mit verschiedenen Methoden wehren, manchmal auch mit den Methoden, die die PKK jetzt anwendet. Die Türkei kann die PKK weiterhin des Terrorismus beschuldigen und dafür Unterstützung von internationalen Kräften und Organisationen bekommen, aber das wird das zugrunde liegende Problem nicht im Ansatz lösen.

Die HDP betont, dass der türkische Staat und die internationalen Kräfte eine neue Annäherung an die »kurdische Frage« und die Demokratie finden müssen, anstatt die PKK zu verurteilen und als terroristische Organisation zu behandeln. Die HDP hat somit eine klare Botschaft an die türkische Regierung: Ihr könnt all die fortgeschrittenen Waffen dieser Welt gegen die PKK einsetzen und diesen Krieg noch viele weitere Jahre fortsetzen, ihr könnt die HDP verbieten, so wie ihr frühere Parteien verboten habt, aber das wird die Probleme der Türkei nicht lösen können, sondern sie lediglich verschlimmern.

So unterscheidet sich die Herangehensweise der HDP von derjenigen des türkischen Staates und anderer politischer Parteien sowie internationaler Mächte. ♦

Demokratie ist das Recht, nein zu sagen

Ertuğrul Kürkçü, Ehrenvorsitzender der HDP

Vor Jahren fragte mich ein niederländischer Diplomat während eines Gespräches: »Wenn Sie Demokratie in einem Wort ausdrücken müssten, was würden Sie sagen?« Ehrlich gesagt, fand ich zunächst kein einzelnes Wort, das diese Frage hätte beantworten können. Daraufhin antwortete er selbst, indem er »Nein« sagte. Demokratie ist das Recht, nein zu sagen.

Nichts hätte besser aufzeigen können, dass dies keine Rhetorik, sondern eine lebenswichtige Sache ist, wie die Morde an der Şenyaşar-Familie belegen. Am 14. Juni 2018 brachten Leibwächter und Angehörige des AKP-Abgeordneten İbrahim Halil Yıldız in Pirsûs (Suruç) den Einzelhändler Hacı Esvet Şenyaşar und dessen Söhne Adil und Celal um. Mehmet Şah Yıldız, der Bruder der Angreifer von İbrahim Halil Yıldız, starb während der tagelangen Angriffe. Alles begann mit einem Nein. Die Ehefrau Esvet Şenyaşars und Mutter von Adil und Celal, Emine Şenyaşar, erzählt die Geschehnisse wie folgt: »Sie kamen in unser Geschäft und sagten zu meinem Sohn: ›Gebt uns eure Stimme!‹ Mein Sohn fragte sie, ob sie keine Kurden seien? Sie antworteten, dass sie Kurden seien. Daraufhin sagte mein Sohn zu ihnen: ›Ich bin auch Kurde und werde meine Stimme den Kurden geben. Ihr kennt uns, wir geben niemandem anderen als der HDP unsere Stimme.‹ Sie gingen zwar weg, aber setzten meinen Sohn weiterhin unter Druck. So sehr, dass mein Sohn sagte: ›Das sind schlimme Plagen, die werden uns noch Unheil bringen‹, und er hielt das Geschäft zwei Tage geschlossen. Am dritten Tag war der Vortag des Zuckerfestes, daher ging er zum Geschäft, um es zu öffnen. Sie [*der AKP-Abgeordnete und seine Männer*] kamen diesmal mit Waffen und verübten ein Massaker.«

Bei dem Angriff werden Adil und Celal verletzt. Was dann geschieht, hören wir von Emine Şenyaşar: »Ein Freund, der meine Kinder in das Krankenhaus begleitet hat, erzählte mir: ›Ihre Verletzungen waren nicht sehr schwer, es ging ihnen gut, sie konnten sprechen und sie wollten, dass wir sie nicht in das staatliche Krankenhaus in Pirsûs, sondern in ein anderes Krankenhaus in Riha (Urfa) bringen. Die Polizei hat das aber nicht erlaubt. Sie drängten darauf, beide in das besagte Krankenhaus in Pirsûs zu bringen, so dass uns nichts anderes übrig blieb. Wir haben die beiden aus dem Krankenwagen herausgeholt und in das Krankenhaus gebracht. Die Ärzte hatten damit begonnen, die Wunden zu versorgen, als die Angreifer erneut kamen. Sie schlugen mich. Der Arzt forderte mich auf zu flüchten, weil sie mich sonst auch umbringen würden. Ich floh daraufhin aus dem Fenster. Dabei hörte ich Schüsse.‹«

Emine Şenyaşar berichtet auch darüber, wie sie hilflos zusehen musste, als ihr Mann umgebracht wurde: »Ich war zu Hause und als ich die Nachricht über den Überfall bekam, bin ich sofort zum Geschäft gerannt. Doch die Frauen, die mich unterwegs sahen, hielten mich mit den Worten ›Geh nicht, sie haben deine Kinder getötet, sie werden auch dich töten‹ auf, nicht dorthin zu gehen. Ich machte kehrt und sah auf dem Weg meinen Mann, der vom Überfall noch nicht erfahren hatte. Er fragte mich, was mit mir sei. Dann sind wir zusammen zum Geschäft gegangen, aber die Polizei ließ uns nicht in die Nähe. Dann kam der Krankenwagen, sie trugen einen aus dem Geschäft in den Krankenwagen und fuhren davon. Dann kam jemand, der uns mit dem Wagen ebenfalls zum Krankenhaus fuhr. Gerade als wir in das Krankenhaus reingingen, haben uns die Anhänger des AKP-Abgeordneten Yıldız angegriffen. 20 Männer haben meinen Mann eingekreist und mit Infusionsständern auf den Kopf geschlagen. Mein Mann war blutüberströmt. Ich habe versucht, ihn aus diesem Kreis herauszuziehen, habe es aber nicht geschafft. Die Polizei hat sich währenddessen von dort entfernt und ist aus dem Krankenhaus herausgegangen. Nur ein Polizist wartete dort. Ich bin zu ihm hin, habe ihn angeschrien: ›Was seid ihr für ein Staat, sie haben ihn umgebracht.‹ Der Polizist hat sich weder gerührt noch etwas gesagt. Sie haben meinen Mann gelyncht.«

Seit den Morden am Ehemann und den Söhnen von Emine Şenyaşar sind drei Jahre vergangen, aber es haben keinerlei Untersuchungen über dieses Massaker im Krankenhaus stattgefunden. Nicht einmal eine Aussage hat İbrahim Halil Yıldız bisher gemacht. Und als wenn das nicht reicht, wurden 120

Familienangehörige von Yıldız zu Dorfschützern erklärt und vom Staat mit Waffen ausgerüstet.

Seit dem 9. März sitzt Emine Şenyaşar nun vor dem Gerichtsgebäude. Sie fordert die Verurteilung der Mörder ihres Ehemannes und ihrer Söhne. Es mag sein, dass der Staat in Pirsûs Yıldız heißt. Das hindert die Menschenrechtsvereinigungen und Verteidiger der sozialen Gerechtigkeit aber nicht daran, die Akte »Şenyaşar« mit hoher Aufmerksamkeit zu verfolgen und vor der Justiz und Öffentlichkeit zu verteidigen. Die Familie Şenyaşar braucht keine gemeinsamen Bilder vor dem Gerichtsgebäude in Pirsûs. Was sie brauchen, ist die Konfrontation des Staates mit diesen Morden bis ins kleinste Detail. Wer, wenn nicht der Staat, ist würdig genug dafür?

Die Familie Şenyaşar wurde brutal ermordet, weil sie von ihrem Recht Gebrauch machte, nein zur AKP zu sagen – ihre Mörder wurden belohnt. Das ist nicht nur ein rechtliches und politisches Fiasko, sondern auch gleichzeitig eine gesellschaftliche Tragödie. Weil die Şenyaşars »Nein« zum Gutsherren und seinen Leibwächtern gesagt und sein Gutsherrengehabe im Einkaufsviertel in Pirsûs begraben haben, hat sich der in seinem Stolz verletzte İbrahim Halil Yıldız das Recht herausgenommen, drei Menschenleben auszulöschen. Aus diesem Grund bedeutet Solidarität mit der Familie Şenyaşar, gesellschaftliche Gerechtigkeit zu übernehmen.

Die HDP soll genau aus diesem Grund verboten werden. Weil sie die Partei der Şenyaşars ist, weil sie den Unterdrückten Mut gibt, nein zu sagen, weil sie den Kurd*innen die Möglichkeit bietet, eine andere Partei als die der Gutsherren zu wählen, weil sie den vor Unterdrückung Erstickenden, den in ihrer Würde Verletzten und den zur Ausweglosigkeit Verurteilten einen Ausweg bietet. Weil sie den Rebellierenden zeigt, dass sie nicht allein sind, sondern viele und sie nicht vernichtet werden können.

Die HDP hat mit den Entscheidungen auf ihrer Fraktionssitzung am 28. März bewiesen, dass sie der Stimmen dieser Wähler würdig ist. Die Worte des Ko-Vorsitzenden Mithat Sancar sind wegweisend. Die HDP wird ihren Weg weitergehen. Wir werden ein Verbot der HDP nicht zulassen und diesen Versuch ins Leere laufen lassen. Wir werden die HDP stärken und unseren Weg weiter verfolgen. Lug und Trug dieser Regierung sind weit verbreitet. Das bereitet uns keine Sorge. Ihnen sollten unser Widerstand und unser fester Entschluss Sorge bereiten. Die HDP wird weiterleben, denn sie ist das Volk. Es ist jetzt die Zeit, die HDP zu stärken. ♦



»Ich möchte Gerechtigkeit für meinen Mann und meine Kinder, die vor meinen Augen im staatlichen Krankenhaus ermordet wurden«, erklärt Emine Şenyaşar zu ihrem Protest vor dem Gericht in Riha. Foto: anf

Die EU gibt Präsident Erdoğan grünes Licht auf dem Weg in die Diktatur

Zuckerbrot ohne Peitsche

Dr. Elmar Millich

»EU kapituliert vor Erdoğan« kommentierte die taz nach dem Besuch der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und des EU-Ratspräsidenten Charles Michel am 6. April in Ankara. Dem Besuch vorausgegangen war ein Videogipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 24. März. Erklärtes Ziel dieses Gipfels war es, ein »neues Kapitel« in den Beziehungen zur Türkei aufzuschlagen. Seit Jahren hegt die wirtschaftlich angeschlagene Türkei den Wunsch, ihre Wirtschaftsbeziehungen zur EU auszubauen, etwa durch eine Erweiterung der Zollunion und Einreiseerleichterungen für türkische Staatsbürger*innen in die EU. Den Wünschen, diese Themen auf die Agenda zu nehmen, wurde jetzt weitgehend entsprochen.

Noch im Sommer 2018 hatte die EU diese Vorhaben auf Eis gelegt mit dem Hinweis auf anhaltende Rückschritte bei den Themen Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und Meinungsfreiheit. Der jetzige Sinneswandel rührt nun sicher nicht von der Verbesserung der Menschenrechtslage her. Kein Tag vergeht, an dem in der Türkei nicht Dutzende Aktivist*innen aus allen politischen Oppositionsströmungen wegen »Unterstützung des Terrorismus« verhaftet, angeklagt und verurteilt werden. Geradezu demonstrativ verkündete Präsident Erdoğan per Präsidialdekret den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention[1] nur wenige Tage vor dem EU-Videogipfel. Ebenfalls seit März läuft ein Verbotsverfahren gegen die zweitstärkste Oppositionspartei HDP[2]. Ein für die Türkei verbindliches Gerichtsurteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, deren ehemaligen Ko-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş unverzüglich freizulassen, wird von der türkischen Justiz beharrlich ignoriert.

Was hat also zum Sinneswandel der EU geführt? Zum einen das von Präsident Erdoğan meisterhaft beherrschte Spiel »Eskalieren – Deeskalieren – Vorteile herausziehen«. Im letzten Jahr wurde das Verhältnis zwischen der EU und der Türkei beherrscht von dem Streit um die Ausbeutung von Erdgasvorkommen in den Hoheitsgewässern Griechenlands und Zyperns. Erdoğan schickte von türkischen Kriegsschiffen begleitete Bohrschiffe in die umstrittenen Zonen und provozierte damit fast direkte militärische Auseinandersetzungen unter NATO-Mitgliedern. Griechenland – ebenfalls wirtschaftlich angeschlagen – reagierte mit der Bestellung von neuen Waffensystemen in Milliardenhöhe. Die EU verurteilte zwar das aggressive Auftreten, beließ es aber – vor allem aufgrund deutscher Vorbehalte – bei der bloßen Androhung wirtschaftlicher Sanktionen. Ende letzten Jahres lenkte die Türkei dann ein und zog ihre Bohrschiffe zurück. Zudem fanden Gespräche mit Griechenland auf unterer Verwaltungsebene statt.

Ein verbindendes Element ist das 2016 abgeschlossene Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei. Anfang 2020 eskalierte die Situation, als die Türkei das Abkommen de facto kündigte und Zehntausende Flüchtlinge an die Grenze zu Griechenland brachte. Auch wenn es nicht zu den von der Türkei forcierten massenhaften Grenzübertritten kam, ist die EU weder an solchen Bildern interessiert noch an Schlagzeilen über die unter ihrer Verantwortung herrschenden grauenhaften Zustände in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln. Daher wird die Türkei nach wie vor als Türsteher der Festung Europa gebraucht. Die Türkei wiederum ist auf die im Abkommen vereinbarten milliardenschweren Unterstützungsleistungen durch die EU angewiesen. Bei ihrem aktuellen Gipfel beauftragten entsprechend die EU-Staaten die Kommission, einen Vorschlag für weitere Finanzhilfen an die Türkei auszuarbeiten.

Maßgeblich für eine neue Annäherung zwischen der EU und der Türkei sind aber auch geostrategische Gründe. Die Türkei fürchtet vor allem, dass sich die neue US-amerikanische Regierung unter Präsident Joe Biden, der ebenfalls an der EU-Konferenz am 24. März per Video teilnahm, wieder stärker im Mittleren Osten engagieren könnte und dort an eine enge Kooperation mit der Demokratischen Föderation Nord- und

1 »Istanbul-Konvention« ist die Kurzbezeichnung für das »Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt«, das am 1.8.2014 in Kraft trat.

2 Halkların Demokratik Partisi, Demokratische Partei der Völker



In Mannheim und Hannover wurden die Auftaktkundgebungen der Kampagne »Alle zusammen gegen den Faschismus« des ADGB (Bündnis demokratischer Kräfte in Europa) abgehalten. Foto: anf

Ostsyrien unter kurdischer Beteiligung anknüpft. Bei der Ernennung des als kurdenfreundlich geltenden Brett McGurk als Koordinator für Nordafrika und Nahost im Nationalen Sicherheitsrat der USA schrillten in der Türkei die Alarmglocken. Stark umstritten zwischen beiden Ländern ist auch der Erwerb des russischen Flugabwehrsystems S-400 durch die Türkei. EU und USA haben aber beide ein starkes Interesse, eine weitere Annäherung des NATO-Partners an Russland zu verhindern. Dies hat auch unter US-Präsident Biden höchste Priorität, denn bezüglich der Konfrontationspolitik gegenüber Russland unterscheiden sich die beiden großen Parteien in den USA – Republikaner und Demokraten – kaum. Auch wenn Präsident Biden bislang demonstrativ eine Kontaktaufnahme zum türkischen Präsidenten vermieden hat, muss die Türkei daher nicht mit allzu ernsten Konsequenzen rechnen. Die Anfang April vom US-Außenministerium verhängten Sanktionen im Zusammenhang mit den russischen Flugabwehrraketen richten sich nur gegen Einzelpersonen der türkischen Rüstungsindustrie und bleiben eher auf der symbolischen Ebene. Die »Putin-Karte« wird auch weiterhin Erdoğans stärkster Trumpf bleiben, um ernsthafte Kritik oder gar Sanktionen von Seiten der EU wie der USA abzuwehren.

Die Interessen der EU spiegeln auch die Interessen ihrer Einzelstaaten

Die Interessen der EU sind ja bekanntlich auch die Summe bzw. Schnittmenge der Interessen ihrer Einzelstaaten, und die haben je nach Einwohner*innenzahl und ökonomischer Stärke unterschiedliches Gewicht. Deutschland wirkte im Erdgaskonflikt zwischen der Türkei und Griechenland de facto als Anwalt der Türkei innerhalb der EU, mit dem Ziel, ernsthafte ökonomische Sanktionen auf jeden Fall zu verhindern. Zu stark sind die politischen und wirtschaftlichen Interessen der beiden Länder miteinander verbunden, als dass man dort ernsthafte Konflikte in Kauf genommen hätte. Die Türkei ist für Deutschland auch das Sprungbrett zur Umsetzung ihrer geostrategischen Ziele im Mittleren Osten, die sich in den letzten Jahren auch immer mehr auf den Irak ausrichteten. Zu der PDK[3]-geführten kurdischen Autonomieregion im Nordirak unter Barzanî bestehen hervorragende geheimdienstliche Kontakte, und deren Zusammenschluss mit der Türkei gegen die Arbeiterpartei Kurdistans PKK wird eher mit Wohlwollen betrachtet. Wie sehr der Hass auf die kurdische Befreiungsbewegung in der deutschen Ministerialbürokratie verankert ist, zeigt die Reaktion des Auswärtigen Amtes auf das angekündigte Verbot der HDP in der Türkei. Statt Solidarität zu zeigen, forderte die deutsche Regierung im letzten Satz ihrer Erklärung

3 Partiya Demokrata Kurdistanê (Demokratische Partei Kurdistans, auf Deutsch auch oft als KDP abgekürzt)

zu dem Vorgang die HDP zu einer klaren Abgrenzung von der PKK auf und übernahm damit indirekt Erdoğans Verbotsargumentation. Auch in Bezug auf das Flüchtlingsabkommen sieht Deutschland aufgrund der Erfahrungen von 2015 elementare innenpolitische Interessen bedroht und ist zu größeren Zugeständnissen bereit als tendenziell weniger betroffene Staaten.

Frankreich stellte sich im letzten Jahr im Erdgasstreit am entschiedensten hinter Griechenland, forderte empfindliche wirtschaftliche Sanktionen und schickte auch eigene Kriegsschiffe in die Ägäis. Die Türkei reagierte in ihrer gewohnten Art mit wüsten Beschimpfungen und Drohungen gegenüber der französischen Regierung und Bevölkerung. Doch vor dem entscheidenden EU-Gipfel hatten sich nach einem Gespräch zwischen Erdoğan und Macron im März die Wogen anscheinend geglättet. Statt auf dem EU-Gipfel weitergehende Forderungen einzubringen, führte der französische Staat unvermittelt Razzien und Verhaftungen gegen politisch aktive Strukturen in Frankreich durch. In Marseille, Paris und Draguignan kam es zu Durchsuchungen kurdischer Einrichtungen und Festnahmen unter dem Vorwurf der »Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung im Ausland« und »Terrorfinanzierung«. Über den Hintergrund lässt sich nur spekulieren. Nicht auszuschließen ist aber, dass das französische innenpolitische Vorgehen im Zusammenhang mit den neuesten politischen Entwicklungen in Libyen steht. Auch hier standen französische und türkische Interessen über Monate gegeneinander. Während die Türkei die international anerkannte Regierung in Tripolis massiv militärisch aufrüstete, unterstützte Frankreich die in Ost-Libyen beheimateten Oppositionsmilizen unter General Chalifa Haftar. Es kam auch beinahe zur militärischen Konfrontation, als französische Kriegsschiffe zur Durchsetzung des geltenden UN-Embargos unter türkischer Protektion fahrende Handelsschiffe auf Waffenlieferungen hin durchsuchen wollten. Seit Anfang März gibt es in Libyen nun eine Einheitsregierung unter Interims-Regierungschef Abdulhamid Dbeibah. Da dieser den Muslimbrüdern nahestehen soll, sieht nun wahrscheinlich Erdoğan gute Chancen, seinen Einfluss eher politisch als militärisch in Libyen auszuweiten. Dass es bei der Wahl von Abdulhamid Dbeibah zu massiven Bestechungen und Stimmenkauf gekommen sein soll, tut der Freude der internationalen Gemeinschaft keinen Abbruch. Es ist zu vermuten, dass Erdoğan und Macron bei ihrem Gespräch zu einer Einigung gekommen sind, wie sie sich die libysche Beute aufteilen. Augenscheinlich auf Kosten der Kurd*innen in Frankreich.

Unabhängig davon, wie die konkreten Verhandlungen zwischen EU und Türkei bezüglich Zollunion und Visafreiheiten weitergehen, haben der EU-Gipfel und der Auftritt von Ursula van der Leyen und Charles Michel in Ankara ein klares Zeichen gesetzt. Erdoğan hat seitens der EU freie Hand, die Türkei weiter in eine auf ihn zugeschnittene Diktatur zu führen, solange er sich an gewisse Spielregeln hält, welche die Interessen der EU und ihrer Mitgliedsstaaten direkt berühren. Die türkische Opposition hat von der EU und ihren maßgeblichen Einzelstaaten außer gelegentlich geäußerter »Besorgnis« über negative Entwicklungen nichts zu erwarten. Konkrete Sanktionen und Entrüstung sind Russland und China vorbehalten, sei es wegen des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny oder des chinesischen Umgangs mit den Uigur*innen. Am 22. März verhängte die EU gemäß eines neuen, im Dezember letzten Jahres beschlossenen Mechanismus Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen gegen Russland, China, Nordkorea, Südsudan und Eritrea. Auf journalistische Nachfragen an Bundesaußenminister Heiko Maas, warum die Türkei nicht betroffen sei, meinte dieser, dort gebe »es Licht und Schatten«. Wo dort das Licht scheint, bleibt sein Geheimnis.

Selbst Erdoğan schien überrascht zu sein, welch geringe Rolle das Thema Menschenrechte bei den aktuellen Verhandlungen mit der EU spielte. Anfang März überraschte er die Öffentlichkeit mit einem »Aktionsplan für Menschenrechte«, welcher angeblich bis zum hundertjährigen Bestehen der türkischen Republik 2023 umgesetzt werden solle. Der Aktionsplan las sich wie eine Karikatur der aktuellen türkischen Zustände. Von »Stärkung der Rechtsstaatlichkeit« und »Unabhängigkeit der Justiz« war da die Rede. Mangels realen Interesses der EU an den vorgestellten Zielen konnte der Plan rasch wieder in die Schublade gelegt werden.

Für Erdoğan ist Außenpolitik auch immer zugleich Innenpolitik. Ein nicht unwesentliches Prestige bei seinen Anhänger*innen erlangt er dadurch, dass er mit den Großmächten auf Augenhöhe agiert. Insofern sind Protokollfragen für ihn auch keine Nebensächlichkeit. Die Bilder mit dem Führungsduo der EU von der Leyen und Michel, das er in Ankara antanzen lässt, statt sich selbst nach Brüssel zu bemühen, sprechen da Bände und verhöhnen die Menschen, die sich unter großen Opfern in der Türkei nach wie vor für Demokratie einsetzen. Bei der abschließenden Pressekonferenz des EU-Spitzenduos in Ankara, bei der dieses pflichtgemäß die Bedeutung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit herunterleierte, glänzte Erdoğan dann auch konsequent durch Abwesenheit. Anfang des Jahres hatte Ursula von der Leyen noch Verhandlungen mit »Zuckerbrot und Peitsche« angekündigt. Geblieben ist nur das Zuckerbrot.

Beim nächsten EU-Gipfel im Juni dieses Jahres wollen die Staats- und Regierungschefs abschließend beraten, wie es mit der Zusammenarbeit mit der Türkei weitergeht. Bis dahin steht die Türkei angeblich unter Bewährung. Dass dies einen Recep Tayyip Erdoğan beeindruckt, glauben die Verantwortlichen wahrscheinlich selbst nicht. ♦

Über Frauenselbstverteidigung und Fremdbestimmung in Şengal

Die Stärke der Frauen, sich und die Gesellschaft zu schützen

Interview mit Axîn Întîqam, Kommandierende der Şengal-Fraueneinheiten YJŞ

»Es ist für unsere Gesellschaft noch relativ neu, sich daran zu gewöhnen, dass auch Frauen eine Verteidigungseinheit bilden und sich und ihre eigene Gesellschaft unabhängig vom Mann schützen können«, so Axîn Întîqam im Interview mit dem Kurdistan Report über Haltung der êzîdischen Gemeinschaft zu den Frauenverteidigungseinheiten von Şengal.

Vor fünf Jahren wurden die Frauenverteidigungseinheiten in Şengal gegründet. Welche Gründe waren ausschlaggebend für die Gründung autonomer Frauenverteidigungseinheiten?

Der Hauptgrund für die Gründung der YJŞ war der Genozid, der 2014 an der êzîdischen Gesellschaft und Religion verübt wurde. Während des Genozids wurde die Gesellschaft im Stich gelassen, ohne jegliche Chance, sich selbst verteidigen zu können. Sie wurden Opfer des Genozids und haben deshalb, vor allem die Frauen, große Schmerzen erleiden müssen. Vor allem Frauen und Kinder wurden Ziel des Genozids. Deshalb war es vor allem für die Frauen wichtig, sich selbst verteidigen zu können. Das Vertrauen zu fremden Einheiten und vor allem zu Männern war gebrochen worden. Wir êzîdischen Frauen haben erkannt, dass wir nicht nur als Gesellschaft, sondern vor allem als Frauen nur einander vertrauen können.

Ein anderer Grund war natürlich, als êzîdische Frau Rache am IS und an denjenigen zu nehmen, die am Genozid beteiligt waren. Vor allem Rache für die êzîdischen Frauen und Kinder, die vom IS gekidnappt worden sind. Für uns war es wichtig, uns als Frauen zu organisieren, unabhängig von den gesellschaftlich herrschenden Ansichten. Denn wie schon erwähnt, das Vertrauen zu Männern wurde gebrochen. 2015 wurden die Frauenverteidigungseinheiten Şengal (YPJ-Şengal) gegründet. Im Jahr nach der Befreiung der entführten Frauen wurden auf der ersten Konferenz die Şengal-Fraueneinheiten (Yekîneyên Jinên Şengal, YJŞ) offiziell als Frauenverteidigungseinheit gegründet. Nach dieser Konferenz haben die YJŞ an vielen Fronten in Şengal, aber auch in Rojava gekämpft und wurden somit ein Vorbild für viele êzîdische Frauen. Die haben begonnen, an sich selbst zu glauben und sich selbst zu vertrauen.

Welche Haltung hat die êzîdische Glaubensgemeinschaft zu euch als Fraueneinheiten?

Nach der Gründung der YJŞ wurde die Gesellschaft natürlich positiv beeinflusst. Zunächst muss gesagt werden, dass unsere Gesellschaft sehr introvertiert ist, das heißt, eine geschlossene Gesellschaft ist, vor allem, was Religion und Glauben betrifft, und sich gegen Angriffe von außen reflexartig immer in eine Schutzposition begibt. In vielerlei Hinsicht ist sie aber eine recht offene Gesellschaft, konnte dadurch sich selbst und ihren Glauben schützen. Was die Frauen angeht, ist es dasselbe. Sehr in sich verschlossen und gleichzeitig auch sehr offen. Während des letzten Genozids wurden viele Frauen entführt. Die Frage war nun, wie sollten die verbliebenen Frauen geschützt werden? In der Männersicht war es unmöglich sich vorzustellen, dass Frauen sich bewaffnen und sich selbst schützen. So etwas hätten sich die Männer nicht mal in ihren Träumen ausmalen können. Natürlich empfinden auch sie Stolz, wenn sie bewaffnete Frauen sehen, sie würden es sich jedoch für ihre eigene Tochter auch heute noch nicht wünschen, den YJŞ beizutreten. Die Frau als Eigentum und Ehre zu sehen, das ist in der êzîdischen Gesellschaft noch sehr verbreitet. Es ist für unsere Gesellschaft noch relativ neu, sich daran zu gewöhnen, dass auch Frauen eine Verteidigungseinheit bilden und sich und ihre eigene Gesellschaft unabhängig vom Mann schützen können. Für die Frauen natürlich sind wir ein Vorbild, auf das sie stolz sind.

Eure Hauptaufgabe ist die Verteidigung des êzîdischen Siedlungsgebietes. Trägt die Gesellschaft noch andere Anliegen und Bedürfnisse an euch heran?



Zivilgesellschaft und die Fraueneinheiten der YJŞ gehen gemeinsam gegen jegliche Angriffe auf die Straße. Foto: newaja jin

Egal, wo wir gebraucht werden, setzen wir uns für unser Volk ein. Das Hauptanliegen ist, sich selbst zu organisieren und alle Frauen erreichen zu können. Vor allem, nachdem die Philosophie und Ideologie von »Reberî« Abdullah Öcalan die Gesellschaft sehr zum Positiven beeinflusst haben, setzen vor allem die êzîdischen Frauen viel Hoffnung in uns. Das Wichtigste für unsere Frauen ist es, sich selbst organisieren zu können. Selbst Entscheidungen treffen zu können. Genau diese Rolle sehen sie in uns und hoffen dadurch, dass wir nicht nur als eine militärische Einheit, sondern vor allem als eine Organisation, eine Frauenorganisation ein Vorbild sein können und müssen.

Wie bewertet ihr das politische Abkommen zwischen der irakischen Regierung in Bagdad und der PDK? Wie verteidigt ihr euch gegen diese Fremdbestimmung?

Was das Abkommen betrifft und warum der Irak diesen Schritt getan hat, kann man auch so verstehen, dass ihn nach all diesen Jahren das Chaos so erschöpft hat und er einiges ändern will. Doch anstatt sich mit uns zusammenzusetzen, haben sie beschlossen, sich mit der PDK (Demokratischen Partei Kurdistans) zusammenzusetzen. Doch sind in dieser Angelegenheit nicht nur PDK und irakische Regierung beteiligt, sondern auch äußere Kräfte sind mit im Spiel. Auf der einen Seite die Türkei, die unbedingt auf diesem Gebiet ihren Traum vom Osmanischen Reich erfüllen will, und auf der anderen Seite die UN selbst, die dieses Abkommen zu eigenen Zwecken unterstützen.

Geografisch gesehen ist Şengal in einer strategisch interessanten Position. Deshalb ist es für die Nachbarstaaten vor allem wichtig, Şengal unter eigene Kontrolle zu bekommen. Wir alle wissen, dass Şengal ein êzîdisches Gebiet ist und êzîdisch geführt werden sollte, aber diese Auffassung vertreten die Nachbarstaaten und andere Kräfte nicht. Ganz im Gegenteil, die Politik, die hier gegen die Êzîden praktiziert wird, kann auch bei genauerer Betrachtung als Genozid angesehen werden. Denn es wird immer wieder versucht, die Êzîden aus ihren Siedlungsgebieten in europäische Länder zu vertreiben. Dadurch können sie sich in der Fremde weder physisch noch kulturell schützen. Wenn das nicht noch ein Genozid ist, was dann?

Die Parteien, die dieses Abkommen unterstützen und unterschrieben haben, sind der Ansicht, dass kein Platz für Demokratie und Menschenrechte ist. Wir unterstützen nur die Parteien, die auch wirklich demokratische Ansichten vertreten und vor allem die êzîdische Gesellschaft unterstützen, in Şengal zu bleiben.

Für uns ist es wichtig, in erster Linie als Êzîden in unserem Siedlungsgebiet zu bleiben, unsere Selbstorganisierung beizubehalten, vor allem aber unsere Selbstverteidigungseinheiten. Parteien und Staaten mit einer anderen Haltung dazu können wir als Gesellschaft nicht akzeptieren. Wie auch dieses Abkommen, das realisiert worden ist, ohne sich mit uns abzustimmen. Wir Êzîden haben uns gegen Angriffe von außen schützen können und werden uns, vor allem auch, nachdem wir die Ideologie von Abdullah Öcalan kennengelernt haben, genauso gegen diese politischen Angriffe schützen können.

Wenn unsere Existenz in unserem eigenen Gebiet nicht anerkannt wird, werden wir natürlich dagegen ankämpfen. Dieses Abkommen empfinden wir als einen Angriff auf unsere Kultur und Werte.

Vor welchen Herausforderungen steht ihr als Frauenselbstverteidigungseinheiten im Jahr 2021?

Wir sind gerade in einer Phase, in der das Abkommen von Lausanne enden soll. Deshalb versuchen auch internationale Kräfte im Nahen Osten ihre eigenen Grenzgebiete zu schaffen und ihm dadurch eigentlich ein neues Design zu verpassen. Dies passiert in aller Offenheit. Diese Annäherungsweisen hegemonialer Staaten zeugen von keinen humanen und demokratischen Ansichten. Für solche Staaten ist es unwichtig, was mit den Menschen im Nahen Osten passiert. Für sie ist es nur wichtig, rechtzeitig, bevor das Abkommen enden soll, ihre eigenen Grenzgebiete und Gebiete, die dann unter ihrer Kontrolle stehen, zu sichern. Wenn dafür weitere Genozide erfolgen und sich die Menschen bekriegen, ist es für solche Staaten nicht von Belang. Die Absicht des Staates ist nur, Macht zu besitzen und sie auszuweiten. Heute ist die Gesellschaft aufgeklärt und weiß, warum solche Abkommen geschlossen werden.

Unsere Ideologie von Abdullah Öcalan bezweckt das genaue Gegenteil. Wir wollen eine autonome Gesellschaft, in der beide Geschlechter gleichberechtigt sind und die Frau als Vorbild dieser Gesellschaft sich selbst organisiert und anführt. Ich denke, das ist die größte Herausforderung, die uns bevorsteht, tagtäglich. Denn es ist die Hauptaufgabe der Frau, die Gesellschaft aufzuklären und eine Vorbildfunktion zu erfüllen.

Wie hat sich die Gründung der YJŞ auf die Gesellschaft ausgewirkt? Wie auf Frauen und wie auf Männer?

Wie gesagt, sie hatte einen recht positiven Einfluss auf die Gesellschaft. Vor allem für die Frauen wurden wir zum Hoffnungsschimmer. Die êzîdische Frau, die nur Haushalt, Genozid und Unterdrückung kannte, lernte nun, dass sie sich auch selbst gegen diese Männerwelt verteidigen kann.

Für die Männer ist es trotz eines positiven Einflusses dennoch etwas komplizierter. Wie schon erwähnt, empfinden sie Stolz, es fällt ihnen jedoch schwer, uns zu akzeptieren. Denn in ihrer männlichen Sicht sehen sie in uns eigentlich ihre eigene Niederlage. Sie haben erkannt, dass sie »ihre Frauen« nicht schützen konnten, und diese Realität hat ihren Stolz gebrochen. So sehr die Männer von uns auch positiv beeinflusst worden sind und erkannt haben, dass auch Frauen die Stärke und den Mut besitzen, ihre eigene Gesellschaft zu schützen, so empfinden sie aber gleichzeitig eine gewisse Scham. ♦



Am 8. März, dem internationalen Frauenkampftag, erklärt die YJŞ feierlich: Der Ort des Völkermordes wird der Ort der Rechenschaft sein. Foto: anf

Rojava: Aufbau von Hochschulbildung unter Kriegsbedingungen

Sehen, dass es Bereitschaft gibt, uns zu helfen

Gulistan Sido, Universität Rojava

Die Universität Rojava in Qamişlo veröffentlichte im vergangenen Jahr einen Aufruf zur Unterstützung durch die Bereitstellung von Mitteln, den Austausch von Erfahrungen und den Bau von Brücken der Solidarität.[1] Wir interviewten Gulistan Sido (zuständig für die Außenbeziehungen an der Universität Rojava), um mehr von der Geschichte, zukünftigen Projekten und den Herausforderungen zu erfahren, vor denen die Universität derzeit steht.

Kannst du dich kurz vorstellen?

Mein Name ist Gulistan Sido. Ich bin ursprünglich aus Efrîn, jedoch in Aleppo geboren. Dort habe ich studiert, später auch in Frankreich. Zu der Zeit, als die Ereignisse 2011 in Syrien begannen, arbeitete ich in kurdischen Sprachinstituten. Als die Rojava-Revolution am 19. Juli 2012 in Kobanê begann, brachte sie in vielen Bereichen Veränderungen mit sich. Es war eine soziale Revolution, eine Frauenrevolution, aber gleichzeitig auch eine Sprachrevolution.

In anderen Teilen Syriens wurde die Revolution militarisiert und führte zu Chaos, wie auch heute noch zu sehen ist – unter anderem führte dies zur Zerstörung der wichtigsten Infrastrukturen des Landes. Während dieser Zeit arbeitete ich im Kanton Efrîn und gründete 2013 das erste Institut für kurdische Sprache und Literatur »Viyan Amara«. Gezwungen durch die türkische Invasion mussten wir die Region verlassen und ich trat der Universität Rojava in Qamişlo bei, wo ich für die internationalen Beziehungen verantwortlich bin.

Kannst du uns etwas über die Geschichte der Universität Rojava erzählen?

Gegründet wurde die Universität Rojava 2016 in Qamişlo. Sie stellt die zweite Erfahrung innerhalb der Hochschulbildung seit der Revolution dar, da es bereits seit 2015 eine erste Universität in Efrîn gibt. Wir begannen mit wenigen Disziplinen, zunächst hauptsächlich mit der kurdischen Sprache und Literatur, Landwirtschaft und Petrochemie. Nach und nach fügten wir weitere Fächer hinzu und erweiterten das Angebot der Universität. So werden wir bspw. bald eine Abteilung der arabischen Sprache und Literatur eröffnen. Wir haben schriftliche Regelungen und eine interne Charta, in denen die Grundlagen unseres Bildungssystems samt der Werte, auf denen es beruht, festgelegt sind. Wir sind der Ansicht, dass unsere Universität die Frucht der Revolution ist, weswegen wir ihre Grundlage nicht von dem revolutionären Prozess trennen können, der an eben diesem Ort begann. Wir versuchen, unser Bildungssystem zu verbessern, indem wir uns auch mit anderen Universitäten in Verbindung setzen, um herauszufinden, wie sie funktionieren. Allerdings wollen wir uns nicht von unserer lokalen Kultur trennen, denn diese ist uns sehr wichtig.

Auf welche Schwierigkeiten seid ihr gestoßen und wie ist die aktuelle Situation?

Unsere Arbeitsbedingungen waren sehr schwierig, insbesondere aufgrund des Krieges und der damit einhergehenden Sicherheitsprobleme. Doch sind wir nach und nach vorangekommen. Wir nahmen Student*innen aus Efrîn auf, die wegen der Invasion ihr Studium nicht beenden konnten. Aus allen Regionen der autonomen Verwaltung Nord- und Ostsyriens nehmen wir Student*innen auf. Allein seit der Gründung der Universität konnten bisher mehr als 1500 Studierende hierherkommen. Die Anzahl der registrierten Student*innen ändert sich jedes Jahr, natürlich auch je nach Situation. Aufgrund von Anschlägen verlassen leider viele Studierende das Land. Es gestaltet sich schwierig für sie, ihr Studium unter

1 https://anfdeutsch.com/rojava-syrien/rojava-universitaet-konkretisiert-unterstuetzungsaufruf-20537
https://anfdeutsch.com/rojava-syrien/rojava-universitaet-bittet-um-akademische-solidaritaet-20354

diesen Bedingungen weiter fortzusetzen. Aktuell gibt es 250 Absolvent*innen, insbesondere im Bereich der Jineolojî, der Landwirtschaft und der kurdischen Literatur. Wir denken darüber nach, in Zukunft einen Aufbaukurs für Master- und Doktorarbeiten zu eröffnen. Im Moment sind wir nämlich mit einem Mangel an Spezialist*innen konfrontiert, die unterrichten könnten. Auch zahlreiche Professor*innen und Hochschulabsolvent*innen haben aufgrund des Krieges das Land verlassen.

Aus diesem Grund machen wir mit unseren derzeitigen Möglichkeiten höhere Bildung mit Menschen, die in Damaskus und Aleppo studiert haben. Außerdem versuchen wir, Lehrer*innen zu holen, da wir auf dieser Ebene einen echten Mangel erleben.

Wie ist die Universität Rojava organisiert?

Wie in jeder Institution, die nach Beginn der Revolution in Rojava gegründet wurde, arbeiten wir mit verschiedenen Räten und Ausschüssen zusammen. Außerdem halten wir jedes Semester Kongresse und Generalversammlungen ab, in denen wir über die wichtigsten Orientierungen und unsere Lehrmethoden diskutieren. Wir nutzen diese Momente als Möglichkeit, um unser Bildungssystem zu bewerten.

Wir haben einen autonomen Frauenrat, der an der Universität arbeitet. Wir haben unsere getrennten Verfahren und einen Rat, in dem wir Entscheidungen über die Dinge treffen, die uns betreffen, und wo wir auch unsere Probleme in Abwesenheit von Männern diskutieren können. Es gibt auch einen autonomen Studierendenrat, da wir es für notwendig halten, dessen Rolle im Entscheidungsprozess Bedeutung beizumessen. Jede Abteilung hat Studierendenvertreter*innen, die mit den Professor*innen in den Räten sitzen. Auch wenn wir auf akademischer Ebene immer noch Schwierigkeiten und Defizite haben, glauben wir an unser Projekt. Wir glauben, dass es möglich ist, die Mentalität jeder Generation zu ändern. Obwohl wir erst seit vier Jahren existieren, stehen wir dennoch vor einer großen Bandbreite an Herausforderungen.

Inwiefern werden die verschiedenen Sprachen, die in Rojava gesprochen werden, in der universitären Lehre berücksichtigt?

In Rojava gibt es drei Hauptsprachen: Arabisch, Kurdisch und Assyrisch. Im Gesellschaftsvertrag haben wir festgelegt, dass jede ethnische Gruppe in ihrer Muttersprache lernen kann. Ab der Grundschule geben wir den Sprachen eine hohe Priorität. Jedes Kind lernt in seiner Muttersprache. Es gibt aber auch Kurse, in denen Kinder die Sprachen anderer lernen können. All dies war im Bildungssystem des Regimes nicht zulässig.

Im Moment haben wir an der Universität zwei Sprachen, nämlich Arabisch und Kurdisch. Aber wir wollen auch Platz machen für alle anderen Sprachen. Und natürlich stehen assyrischen Freund*innen die Türen offen, wenn sie eine Abteilung



Universität Rojava in Qamişlo Foto: Xeber24

für Sprache und Literatur eröffnen wollen. Wir denken an alle, die Türen stehen allen offen. Wichtig ist es, allen das Recht zu geben, in der Sprache zu lernen, die sie wollen.

Außerdem werden wir ein lokales Folklore-Institut eröffnen, das sich dem Sammeln von Texten, Geschichten, mündlicher Literatur und Liedern jeder Landessprache widmet. In Bezug auf Kultur und Sprache ist dies eine sehr reiche Region und wir müssen ein Institut schaffen, um all diese Vielfalt zu sammeln und zusammenzubringen. Wir denken darüber nach, ein multilinguales und multikulturelles System aufzubauen, welches das Mosaik unserer Region zum Ausdruck bringt. Wir leben seit mehreren tausend Jahren zusammen und dürfen diesen Reichtum nicht vernachlässigen. Es ist ein kulturelles Erbe, das es zu bewahren gilt.

Wie sehen eure Beziehungen zu anderen syrischen Universitäten aus?

In Syrien haben wir keine Verbindung zu den Universitäten von Aleppo und Damaskus, da das Regime unsere Verwaltung auf politischer Ebene nicht anerkennt. Die Baath-Partei behält ihre Mentalität, die auf der Unterdrückung und Leugnung anderer beruht. Für sie gibt es nur eine Nation, eine Flagge, eine Sprache. Unser Paradigma ist ein völlig anderes, weswegen es sich kompliziert gestaltet, Beziehungen zu ihnen herzustellen. Unser Modell ist auf die Bedürfnisse der Gesellschaft zugeschnitten. Die Universitäten in Damaskus und Aleppo sind anerkannt, dennoch hängt die Aufnahme von Beziehungen vom politischen Status Rojavas ab. Da wir aufseiten des syrischen Staates ebenso nicht administrativ anerkannt sind, hat dies zur Folge, dass wir keine Beziehungen zu anderen syrischen Universitäten pflegen. Wir teilen nicht die gleichen Vorstellungen in Bezug auf das Bildungssystem oder Vielfalt. Wir akzeptieren andere, werden aber von anderen nicht akzeptiert.

Führt dies dazu, dass ihr weiter schaut, also auch über die territorialen Grenzen Syriens hinaus?

Wir versuchen, als Bildungseinrichtung Grenzen zu überschreiten. Neue Türen zu öffnen und neue Wege zu finden. Wir wollen Beziehungen zu Universitäten aufbauen, die unsere Werte, Werte der Emanzipation, wie bspw. die Frauenbefreiung, Demokratie, Multikulturalismus und säkulare Bildung teilen. Mit diesen Grundwerten, die wir in unsere Projekte tragen, wollen wir an den Türen anderer Universitäten dieser Welt anklopfen. Die Rojava-Revolution ist seit einigen Jahren bekannt, weil unsere Region sich durch den Widerstand gegen den IS berühmt gemacht hat. Aber es ist auch an der Zeit, die politische Erfahrung von Rojava in all ihren Aspekten und nicht nur durch die militärische Seite zu präsentieren. Die soziale Revolution als auch die Befreiung der Frau sind neben dem Bildungssystem wesentliche Aspekte.

Vor kurzem habt ihr auf internationaler Ebene einen Aufruf zur Unterstützung gestartet, könnt ihr uns mehr dazu sagen?

Am 19. Juli 2020, dem achten Jahrestag der Rojava-Revolution, haben wir eine große internationale Solidaritätskampagne gestartet. Unser Appell richtet sich an alle Menschen in der akademischen Welt, die uns helfen könnten. Die Unterstützung des Widerstands in Rojava bedeutet auch, die Bildung zu unterstützen. Es ist einen Monat her, dass wir diese Kampagne gestartet haben, und wir haben bereits sehr viel Unterstützung erhalten. Es gibt eine sehr starke internationale Solidarität, jede*r will uns helfen. Auch wenn die Weltlage aufgrund von Covid-19 kompliziert ist, was uns sehr wichtig ist, das ist zu sehen, dass es Bereitschaft gibt, uns zu helfen. Das gibt uns große Kraft und ermutigt uns, durchzuhalten. Deshalb nutze ich dieses Interview, um meinen Dank an alle weiterzugeben.

Welche Art von internationaler Solidarität habt ihr erhalten?

In unserem Aufruf erwähnten wir mehrere Möglichkeiten, wie andere uns helfen könnten. Das Erste, woran wir arbeiten, ist eine große Sammlung von Büchern und wissenschaftlichen Artikeln, da wir Referenzen in unserer Bibliothek benötigen. Das Hauptproblem, auf das wir in diesem Bereich stoßen, ist es, all diese Bücher hierherzubringen, weil wir viele Spenden aus der ganzen Welt erhalten haben.

Alle Arten von Inhalten sind willkommen. Viele Akademiker*innen bieten an, Vorträge zu halten und Seminare zu organisieren. Wir stehen auch in Kontakt mit Arbeitsgruppen, um akademische Beratung zu erhalten und unser Bildungssystem zu verbessern. Wir suchen besondere Unterstützung in den Bereichen Sozialwissenschaften und Gender Studies, da wir in Kürze ein Institut eröffnen werden, um diese Disziplinen zu unterrichten. Wir stehen vor einer großen Herausforderung in Bezug auf Sprachen. Obwohl unsere Schüler*innen Fremdsprachen lernen, brauchen wir Übersetzer*innen, um bestimmte pädagogische Inhalte zugänglicher machen zu können. Um die nächsten Schritte zu organisieren, werden wir Arbeitsausschüsse für die verschiedenen Formen der Solidarität einleiten, um die Hilfsmechanismen zu koordinieren. So werden wir bald in der Lage sein, mehr Details über die Möglichkeiten zu geben, wie man uns unterstützen kann. ♦

Rojava: Ein Leuchtfeuer der Hoffnung für alle, die ein freies Leben führen wollen

Eine lebendige Alternative zum Kapitalismus

Benedetta Argentieri, Journalistin und Filmemacherin

Alles ging sehr schnell. Wir stiegen aus dem Auto und gingen zum Flussufer, ein paar hundert Meter entfernt. Es war schwierig, die Nacht war mondlos und der Weg war sehr steil. Ein Mann stand auf, gab mir seine Hand und half mir, in ein hübsches rustikales Boot zu steigen. Weitere sechs Personen stiegen ein, darunter ein paar Kämpfer und einer aus Kanada. Nach ein paar Minuten Bootsfahrt kamen wir auf der anderen Seite an. Wir ließen Südkurdistan hinter uns und kamen in Rojava an.

Es war November 2014. Die Rojava-Revolution war nicht so bekannt wie heute. In den westlichen Ländern hatten nur sehr wenige Menschen außerhalb linker Kreise davon gehört. Die Zeitungen auf der ganzen Welt haben gerade angefangen, über den furchtlosen Widerstand von Kobanê zu sprechen, in dem Frauen und Männer den sogenannten Islamischen Staat (IS) bekämpften, der zu dieser Zeit nicht aufzuhalten schien. Die meisten Artikel ignorierten das politische Projekt hinter diesem Kampf und das, wofür die Kurdinnen und Kurden tatsächlich kämpften.

Es war nicht einfach, nach Rojava zu gelangen, es gab keinen offiziellen Grenzübergang und der IS lauerte überall. Die Angst vor Entführungen veranlasste Medienunternehmen, Artikel von Freiberuflern in der Region abzulehnen, und die meisten internationalen Journalist*innen bevorzugten die Einbettung in die »Freie Syrische Armee« (FSA) im Westen Syriens. Sie alle schienen nicht an den Kurd*innen interessiert zu sein und lobten die demokratischen Forderungen der FSA.

Ich habe mich mit zwei Amerikanern zusammengetan, einem Fotografen und einem Schriftsteller, und gemeinsam haben wir uns für eine Reise dorthin entschieden, weil wir selbst sehen wollten, was in den kurdischen Gebieten im Norden Syriens passiert. Wir wussten, wie in Şengal einige Monate zuvor die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG und YPJ zusammen mit den Volksverteidigungskräften HPG in den Irak eingereist waren, um Tausende von Êzîd*innen vor dem IS zu retten, während die Peşmerga wenige Stunden vor dem Angriff des IS ihre Posten aufgaben. Bis zu 7.000 Frauen und Mädchen wurden entführt und als Sexsklavinnen missbraucht, Tausende wurden massakriert. Wir wussten, wie sich die syrischen Kurd*innen im Rahmen des syrischen Bürgerkriegs für einen »dritten Weg« entschieden hatten, weder für die Seite Assads noch für die der FSA. Sie hatten beschlossen, einem politischen Projekt zu folgen, das Abdullah Öcalan in seinen Gefängnisschriften, auch bekannt als »demokratischer Konföderalismus«, entworfen hatte. Wir wollten die Geschichte erzählen, wie man inmitten eines Krieges eine neue Gesellschaft aufbaut.

Kurz nachdem wir ausgestiegen waren, wechselten wir in ein anderes Auto und fuhren nach Qereçox, der Hauptbasis auf einem Hügel, ein Dutzend Kilometer von unserem Treffpunkt entfernt – dieselbe Basis, die am 24. April 2017 bei einem Überraschungsangriff von der Türkei zerstört wurde. Alex (der Fotograf) und ich wurden von einer YPJ-Kommandantin, Heval Jiyan, begrüßt, und in ein Gebäude für Frauen begleitet. Wir saßen in einem hellblauen Raum mit braunem und rotem Teppich. Vor den Wänden befanden sich dünne hellbraune Matratzen und einige passende Kissen. Ein paar Kalaschnikows lagen in der Ecke, über einem kleinen Fernseher stand das Bild eines lächelnden Öcalan mit Sonnenbrille.

Wir saßen in der Mitte des Raumes, tranken Çay und aßen Snacks. Heval Jiyan begann über die Frauenrevolution zu sprechen, was in Rojava geschah und wie die Frauen sich aus dem Patriarchat befreien wollten. Während sie sprach, verspürte ich eine wachsende tiefe Bewunderung für sie und all die anderen Hevals um sie herum. Als Journalistin habe ich viele Bewegungen in meiner Karriere dokumentiert und verfolgt, aber so etwas habe ich noch nie gesehen. Ich fing an, viele Fragen zu stellen, zu der Zeit schien es unmöglich, dass Frauen besonders im militärischen Kontext so unabhängig von Männern sein konnten. Sie erklärte das politische Projekt, das parallel zum Kampf verfolgt wurde, das Konzept der Selbstverteidigung. Dann nahm sie ihr Funkgerät und organisierte für die folgenden Wochen eine Tour für uns durch Rojava. »Sie wer-

den es selbst sehen«, sagte sie lächelnd. Ich werde Heval Jiyan immer dankbar sein, dass sie in dieser ersten Nacht geduldig auf alle unsere Fragen geantwortet hat, auch auf die albernsten. Sie zeigte Freundlichkeit und Stärke.

Nach dieser Reise folgten viele andere. Zu Beginn schien die Medienbranche nicht besonders daran interessiert zu sein, über die Rojava-Revolution zu sprechen. Obwohl ich mehrere Artikel darüber veröffentlichen konnte, konzentrierte ich mich auf Dokumentarfilme, um einer größeren Öffentlichkeit zu zeigen, was in Rojava geschah.

Der erste Film, »Our War«, der 2016 auf den Filmfestspielen von Venedig vorgestellt wurde, sprach über Internationalisten, die der YPG beitreten. Was mir jedoch wichtig war, war die Frauenrevolution, und dabei zu zeigen, wie diese Bewegung vor langer Zeit in den kurdischen Bergen begann und auch andere Bewegungen im Nahen Osten beeinflusste. Das Ergebnis war »I Am The Revolution«, ein Film, der drei Frauen aus drei verschiedenen Ländern folgt: Rojava, Irak und Afghanistan. Er zeigt die verschiedenen Seiten des Kampfes gegen das Patriarchat. Er ist ein politischer Film, dessen Ziel es war, mit allen Frauen der Welt zu sprechen und ihnen zu zeigen, wie durch die Organisation der Frauen eine echte Veränderung im direkten Umfeld und in der Gesellschaft erreicht werden kann. Natürlich ging es einerseits auch darum, die Ideen und die Ideologie hinter der Revolution so weit wie möglich zu verbreiten. Andererseits ging es aber auch darum, die Mainstream-Medienerzählung zu dekonstruieren, in der Frauen im Nahen Osten entweder als hilflos und ständig hilfsbedürftig beschrieben werden oder einfach nur als schöne Frauen auf dem Schlachtfeld. Der Film wurde 2018 auf dem DOC NYC Filmfestival in New York präsentiert. Ich habe mit einem All-Women-Team vor Ort gearbeitet, Herausgeber des Films ist eine Frau, der Produzent auch. Wir haben einen Film von Frauen für Frauen gemacht.

Einige Monate später beschloss ich erneut, nach Rojava zu fahren. Diesmal wollte ich so lange wie möglich bleiben. Ich kam im Februar 2019 an, der Kampf gegen den Islamischen Staat war gerade in seiner letzten Phase. Ich wollte an einem neuen Film über Frauen arbeiten, die sich dem IS angeschlossen haben. Ich konnte bereits sehen, wie viele Journalist*innen sich diesem Thema näherten und diese Frauen als hilflos einschätzten, die nach Syrien gingen, nur weil sie von ihren Freunden oder Ehemännern betrogen worden seien. Diese Einschätzung passte nicht zur Realität. Ja, natürlich gibt es Frauen, die diese Erfahrung tatsächlich gemacht haben. Aber die Mehrheit derjenigen, die aus al-Baghuz, dem letzten verbliebenen Gebietsteil, herauskamen, waren die radikalsten, die bereit waren, alles zu tun, einschließlich vor den Kameras zu lügen. Ich war in al-Baghuz, als der »Islamische Staat« am 23. März besiegt wurde. Das Projekt hat viel länger gedauert, als ich erwartet hatte. Ich habe den ganzen Sommer über in den Camps gearbeitet (Dieser Film befindet sich noch in der Produktionsphase, ich hoffe, er wird nächstes Jahr fertig sein).

Als die Türkei Nordsyrien angriff, blieb ich, um zu dokumentieren und zu berichten, was geschah. Es war ein sehr schwerer Moment für Rojava und Nord- und Ostsyrien im Allgemeinen. Alle glaubten, dass nach dem Sieg über den IS eine neue friedliche Zeit kommen würde. Es war schwierig, mit dem Leid und der Gewalt umzugehen, die die türkisch unterstützten Milizen erneut in die Region gebracht hatten. Die Invasion in Efrîn im Jahr 2018 war eine schmerzhafte Erinnerung daran, was passieren würde, wenn die Türkei die Kontrolle über ein Gebiet übernimmt. Alle Rechte, für die die Kurdinnen und Kurden gekämpft haben, und nicht nur für sich selbst, sondern für alle Menschen in der Region, würden hinweggefegt werden. Alle politischen Errungenschaften, die Rechte der Frauen, würden beseitigt. Stattdessen würde Gewalt gegen Unschuldige, Entführungen und allgemeine Brutalität zur Normalität werden. Im Oktober 2019 erlangte die Türkei die Kontrolle über Serêkaniyê und Girê Spî. 300.000 Menschen mussten in weniger als einer Woche aus ihren Häusern fliehen. Die UN nannten es ethnische Säuberungen. Hevrîn Xelef (Hevrin Khalaf), die Generalsekretärin der Zukunftspartei Syriens, wurde in einem Hinterhalt brutal ermordet. Die USA, die behaupteten, ein Verbündeter der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) zu sein, gaben grünes Licht dafür.

Trotzdem ging die Revolution weiter. Im Dezember reisten wir nach Raqqa, der ehemaligen Hauptstadt des IS, um die Errungenschaften und Veränderungen zu dokumentieren, die arabische Frauen in ihrer Gesellschaft erreichten. Das Ergebnis ist »Blooming in the Desert«, eine Kurzdokumentation, die anhand der Geschichten von drei Frauen aus Raqqa zeigen will, wie ein politischer Wandel auch außerhalb kurdischer Gebiete möglich ist. Der Film wird ab dem 16. April auf dem London Kurdish Film Festival gezeigt.

Während ich über all diese Jahre der Arbeit nachdenke, erkenne ich zugleich, wie sehr der enge Kontakt mit der Bewegung meine Ansichten und Perspektiven verändert hat. Ich glaube an das politische Projekt, wie so viele andere Frauen auf der ganzen Welt. Rojava ist ein Leuchtfeuer der Hoffnung für alle Menschen, die ein freies Leben führen wollen und an Solidarität und Gleichheit glauben. Radikale Veränderungen und Demokratie können erreicht werden, auch wenn das derzeitige System den Menschen etwas anderes sagt. Es gibt eine Alternative zum Kapitalismus, Rojava hat uns gezeigt, dass es möglich ist. Deshalb ist es wichtig, dies zu verteidigen. ♦

Auswertung der ersten Phase der Kampagne »100 Gründe gegen den Diktator«

Wir haben eine kollektive Kraft aufgebaut

Cenî – Frauenbüro für Frieden

Mit dem 8. März 2021 endete die erste Phase unserer Kampagne »100 Gründe, den Diktator zu verurteilen«: das Sammeln von 100.000 Unterschriften. Es ist Zeit, eine kurze Bilanz zu ziehen, um die nächsten Schritte erfolgreich umsetzen zu können.

Momentan sind wir dabei, die eingegangenen Unterschriften auszuzählen und notariell bestätigen zu lassen. Das dauert eine ganze Weile, da wirklich von allen möglichen Orten dieser Welt Unterschriften eingegangen sind. In Kürze werden wir die offiziell bestätigte Anzahl der Unterschriften bekannt machen, aber wir können schon jetzt sagen, dass wir weit mehr als 100.000 Unterschriften gesammelt haben! Dieses Ziel haben wir nur mit vereinten Kräften erreicht, denn die Unterschriftensammlung fand unter äußerst widrigen Bedingungen statt: Aufgrund der Corona-Pandemie waren Infostände nur unter sehr strengen Auflagen erlaubt, es sind viel weniger Menschen unterwegs und sie halten sich viel kürzer als normalerweise draußen auf. Viele wollen nicht angesprochen werden, trotz ausreichendem Abstand.

Aufbau einer kollektiven Kraft

Dass es uns dennoch gelungen ist, unser gestecktes Ziel zu erreichen, verdanken wir vor allem dem unermüdlichen Einsatz der Frauen auf aller Welt und insbesondere den kurdischen Frauen. Sehr viele Menschen, denen wir von der Kampagne erzählten, hatten schon von der Kampagne gehört oder schon Unterschriftensammelnde getroffen. Denn sie haben einfach überall, wo sie waren – sei es auf der Straße, in der U-Bahn, in der Familie und ihrem Umfeld, auf der Arbeit – Unterschriften gesammelt. Und es ging dabei nicht bloß um eine Unterschrift. Wir hatten dadurch die Möglichkeit, mit Hunderttausenden von Frauen in Kontakt zu kommen und ihnen unser Anliegen darzulegen. Wir konnten ihnen von Angesicht zu Angesicht erzählen, worüber die Medien nicht berichten. Wir konnten sie über die Situation der Frauen in Kurdistan informieren und unseren Schmerz mit ihnen teilen. Wir konnten ihnen von den diktatorischen Zuständen in der Türkei erzählen und warum Erdoğan verurteilt werden muss. Wir konnten mit ihnen darüber sprechen, dass die Regierenden die Menschenrechte und Frauenrechte einfach nicht beachten und wir das so nicht länger hinnehmen werden. Wir konnten mit ihnen über die Morde an Frauen weltweit sprechen und wie wir uns dagegen organisieren. Das wichtigste jedoch war, dass wir ihnen eine Möglichkeit gegeben haben, sich mit ihrer Unterschrift an unserer Kampagne zu beteiligen und damit selbst etwas zu tun. Nicht länger darauf zu warten, dass die Regierenden etwas unternehmen werden, denn für sie werden immer wirtschaftliche und machtpolitische Interessen im Vordergrund stehen. Die Unterzeichnenden konnten sich mit ihrer Unterschrift mit den anderen 99.999 Menschen verbinden, die ebenfalls nicht länger stillschweigend zuschauen, wie immer mehr Frauen Opfer der feminizidalen Politik werden! Sie konnten damit ihre Solidarität mit den kurdischen Frauen zum Ausdruck bringen. Sie konnten sich am Unterschriftensammeln beteiligen. Und sie können nun noch viel mehr tun, indem sie sich in der neuen Phase der Kampagne an den weiteren Arbeiten beteiligen. Auch für uns war das Unterschriftensammeln ein wichtiger erster Schritt der Klarwerdung. Das Sammeln der Unterschriften hat uns dabei unterstützt, innerhalb der kurdischen Frauenbewegung, in unseren Institutionen, in unserer Gesellschaft, ein gemeinsames Bewusstsein aufzubauen und eine gemeinsame Analyse der Lage der Frauen zu entwickeln und die Angriffe gegen uns als systematisch zu verstehen. Wir können heute mit Stolz sagen, dass wir durch unsere Arbeit in der Öffentlichkeit und in den Familien eine kollektive Kraft aufgebaut haben − eine gute Grundlage dafür, um gemeinsam die nächsten Schritte zu gehen.

Internationaler Kampf gegen Feminizide

Mittlerweile haben sich unserer Kampagne auch sehr viele bekannte Organisationen angeschlossen und verbreiten unsere Informationen und Aufrufe über ihre eigenen Kanäle. Insbesondere freut es uns, dass sich sowohl kolumbianische als auch



Informationsstand zur Sammlung von Unterschriften für die Kampagne »100 Gründe, den Diktator zu verurteilen« in Hamburg am 3.2.2021 Foto: anf

tamilische Frauen (https://tfogermany.com/100-reasons/) ein Beispiel an unserer Kampagne genommen und auf ihre jeweils spezifische Situation bezogen eigene Kampagnen gestartet haben. Mit den Frauen in Argentinien und Mexiko, die bereits seit einigen Jahren eine Bewegung aufgebaut haben, um gegen den dort stattfindenden Feminizid vorzugehen, haben wir so eine internationale feministische Kraft geschaffen, die das Potential hat, sich gegen die feminizidale Politik weltweit zu organisieren.

In der kommenden Zeit werden wir unsere durch das Sammeln von Unterschriften, die dabei entstandene Unterstützung und kollektive Energie vor allem darauf lenken, das Thema Feminizid auf internationaler Ebene noch bekannter zu machen und zu bekämpfen. Wir möchten unsere Anstrengungen verstärken, Druck auf die internationalen Institutionen aufzubauen, um den Feminizid als Verbrechen im internationalen Recht zu verankern. Hierfür werden wir mit verschiedenen Frauenorganisationen Veranstaltungen für ein alternatives Gerechtigkeitssystem organisieren, bei denen wir Verbrechen aufdecken, aus unserer Perspektive bewerten, was uns Frauen tagtäglich zustößt und selbstbestimmt Rechenschaft dafür einfordern. Des Weiteren verfolgen wir weiterhin die rechtliche Entwicklung der Fälle der ermordeten Frauen. Wir haben verschiedenste Rechtsanwältinnen zusammengebracht, die von nun an das weitere rechtliche Vorgehen miteinander koordinieren werden. Insbesondere die Hinrichtung der drei kurdischen Revolutionärinnen mitten in Paris steht wieder auf der Tagesordnung, nachdem der ehemalige Leiter der Geheimdienstabteilung des Generalstabs, Ismail Hakkı Pekin, in einer am 16. Februar 2021 bei CNN Türk ausgestrahlten Fernsehsendung einräumte, dass es sich bei den Morden in Paris im Jahr 2013 um einen Auftrag des türkischen Staates gehandelt habe und er mit weiteren Morden in Europa drohte.

Feminizid in Efrîn als einer der nächsten Schwerpunkte

Wir haben zudem beschlossen, im Rahmen der Kampagne einen Schwerpunkt auf die Frauen aus Efrîn zu legen. 20 der für unsere Kampagne ausgewählten Frauen stammten von dort. Die brutale Gewalt, die ihnen widerfahren ist, dauert bis heute an, da Efrîn auch nach drei Jahren noch immer unter Be-

satzung steht. Tagtäglich finden unter der türkischer Besatzung Verbrechen der schlimmsten Art statt. Frauen werden entführt, vergewaltigt, gefoltert und getötet. Bis heute wurden mehr als 200 Frauen nachweislich entführt, von denen über 100 ermordet wurden. Die Dunkelziffer liegt um ein Vielfaches höher. Neben der physischen Gewalt wurden die weitreichenden Errungenschaften, die mit der Revolution gegen das Regime von den Frauen erkämpft wurden, zerstört. Das Ausmaß der politischen Diskriminierung wird beispielsweise deutlich, wenn wir die politische Repräsentation der Frauen betrachten. Während vor der Besatzung autonome Frauenstrukturen in allen Lebensbereichen aufgebaut wurden, eine Geschlechterquote von 40 % und das Prinzip des Ko-Vorsitzes existierte, machen Frauen heute weniger als 10 % der Mitglieder der von der Türkei eingesetzten lokalen »Regierungen« aus. Einige von der Türkei unterstützten Strukturen haben überhaupt keine weiblichen Mitglieder. Keine einzige Frau ist derzeit in einer politischen Führungsposition in Efrîn tätig. Nach Angaben der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zu Syrien haben die Muster der Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen durch die Besatzungsmächte in Efrîn ein »allgegenwärtiges Klima der Angst« geschaffen, das »sie tatsächlich auf ihre Häuser beschränkt hat«. Viele Frauen und ihre Familien sind sogar gerade wegen der Bedrohung durch sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt aus Efrîn geflohen, was darauf hindeutet, dass diese Verbrechen eine Rolle bei der Massenvertreibung und dem erzwungenen demografischen Wandel spielen. Dieser illegale und unmoralische Krieg gegen Frauen darf nicht länger weitergehen. Wir können diese Situation nicht länger hinnehmen und fordern in einem offenen Brief gemeinsam mit weiteren Frauenorganisationen wie awid (Association for Women›s Rights in Development), International Women's Alliance, Deutscher Frauenring, Terre des Femmes, filia.die frauenstiftung, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Kongreya Star, der Dachverband Êzîdischer Frauenräte und die Kurdische Frauenbewegung in Europa TJK-E die internationale Staatengemeinschaft zum Handeln auf.

»Der Feminizid hört nicht auf und wir müssen auf jeden Mord, jeden Versuch, uns zum Schweigen zu bringen, eine Antwort geben, indem wir unsere Organisierung und unseren Kampf verstärken!«

Ein weiterer Arbeitsbereich im Rahmen der Kampagne wird die inhaltliche Auseinandersetzung mit Feminizid sein. Wir werden eine Veranstaltungsreihe organisieren, in der wir die verschiedenen Aspekte des Feminizids aufgreifen, um unsere Perspektive auf und Wissen über den Feminizid gemeinsam zu vertiefen. Wir möchten darin aufzeigen, wie Morde an Frauen aus ihrem nahen Umfeld, politische Morde an Frauen, Genitalverstümmelung, Gewalt an Frauen, Vergewaltigung als Kriegswaffe zusammenhängen und Teil einer systematischen feminizidalen Politik sind. Des Weiteren wollen wir eine Veranstaltung machen, welche die unterschiedlichen und doch sehr ähnlichen Formen von Feminiziden in den unterschiedlichen Regionen unserer Erde, wie etwa in Lateinamerika, Kurdistan und den tamilischen Regionen zur Sprache bringt. Und nicht zuletzt werden wir uns aus aktuellem Anlass mit der Bedeutung der Istanbul-Konvention für unseren Kampf gegen feminizidale Politik auseinandersetzen.

Nicht nur der per Präsidialdekret des Diktator Erdoğans beschlossene Austritt aus der Istanbul-Konvention fällt in die Zeit unserer Kampagne. In der kurzen Zeit, die unsere Kampagne nun läuft, sind bereits mehrere weitere Frauen auf brutale Art und Weise ermordet und misshandelt worden. Nur wenige Tage nach Beginn der Kampagne mussten wir erfahren, dass in Êlih (Batman) eine junge kurdische Frau von mindestens 27 Männern, darunter auch Polizisten und Offiziere, über Monate hinweg systematisch vergewaltigt wurde. Ende Dezember erreichte uns die Nachricht von der Ermordung der Aktivistin Karima Baloch, die unaufhaltsam für ein unabhängiges Belutschistan kämpfte. Am 16. Januar erfuhren wir, dass die Armenierin Alvard Tovmasyan, die im Oktober 2020 entführt wurde, mit abgeschnittenen Händen und Füßen tot aufgefunden wurde. Am 22. Januar 2021 wurden die Ko-Vorsitzende des Zivilrats der Gemeinde Til Sheir, Sada al-Harmoush, und ihre Stellvertreterin, Hind al-Khedr, die gleichzeitig für das Ökonomie-Komitee zuständig war, von IS-Dschihadisten entführt und enthauptet. Während dies vor Jahren noch zu einem weltweiten Aufschrei geführt hätte, wurde in den internationalen Medien nicht darüber berichtet. Darüber hinaus werden tagtäglich Frauen auf der ganzen Welt umgebracht. Auch der politische Vernichtungsfeldzug gegen Aktivistinnen, Journalistinnen und Politikerinnen geht weiter. Am 5. April gab es erneut eine Verhaftungswelle bekannter Aktivistinnen in Amed (Diyarbakır), insbesondere der Frauenverein Rosa ist erneut zur Zielscheibe der staatlichen Repression geworden. Gegen die Demokratische Partei der Völker (HDP), welche sich unermüdlich für Frauenrechte, ein Ende der Gewalt an Frauen und den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft auf Grundlage von Geschlechterbefreiung einsetzt, ist ein Verbotsverfahren eingeleitet worden.

All das zeigt uns, dass unsere Kampagne genau zur richtigen Zeit stattfindet und nötiger denn je ist. Der Feminizid hört nicht auf und wir müssen auf jeden Mord, jeden Versuch, uns zum Schweigen zu bringen, eine Antwort geben, indem wir unsere Organisierung und unseren Kampf verstärken! ♦

Ein Lied für die Frauenrevolution und den internationalistischen Widerstand

Ballem – Lasst uns tanzen

Nûjîn Derya / Andrea Wolf Institut

Zum internationalen Frauen*kampftag am 8. März 2021 ist das Lied *Ballem*[1] erschienen. Auf katalan, kurdisch, spanisch und deutsch ruft es dazu auf, uns zusammenzutun, gemeinsam zu kämpfen und zu tanzen. Es ist ein gemeinsames Projekt des Andrea Wolf Instituts, mit verschiedenen Musikerinnen und Hunergeha Welat[2]. *Ballem* ist allen Frauen im Widerstand und den vielfältigen Kämpfen gegen das Patriarchat auf der ganzen Welt gewidmet – ein Lied der internationalistischen Solidarität, für eine Revolution der Frauen, von der wir längst Teil sind.

Wie das Lied entstanden ist

Musik ist Teil unseres Lebens, eine Form des Zusammenkommens, eine Form des Austauschs auf anderen Ebenen. Wir leben und arbeiten zusammen, manchmal sitzen wir Abends am Feuer und singen, wir teilen revolutionäre Lieder aus verschiedenen Regionen der Welt, wir hören Musik auf dem Weg, manchmal schreiben wir Texte oder wir summen Melodien, während wir im Garten arbeiten. In diesem Sinne ist die Musikgruppe »Koma Andrea Wolf« aus einer Initiative im Alltag des Andrea Wolf Instituts entstanden. Als eine Form, unseren gemeinsamen Kämpfen Ausdruck zu verleihen. Die Gruppe hat wechselnde Mitglieder, uns verbindet die Perspektive der Jineolojî und der internationalistischen Organisierung.

Jineolojî bedeutet Wissenschaft der Frauen und des Lebens, Wissenschaft der Gesellschaft und der Revolution. Jineolojî bedeutet Alternativen zur patriarchalen Mentalität zu entwickeln, zu forschen, die eigene Geschichte zu verstehen, die Ursachen gesellschaftlicher Probleme zu begreifen um etwas verändern zu können, den Wurzeln nachzugehen und all das vergessene und zum Schweigen gebrachte Wissen hervorzubringen, welches Frauen und gesellschaftliche Freiheitsbewegungen seit jeher hatten. Jineolojî bedeutet Verbindung, Erinnerung, Weitergabe von Wissen. Und Jineolojî bedeutet, auf Grundlage dieses Wissens gesellschaftliche Alternativen zum bestehenden patriarchalen, kapitalistischen System zu entwickeln und diese zu verteidigen.

Wenn wir beginnen, Wissen neu zu bestimmen, merken wir, dass Wissen sich nicht abstrakt und allein durch ein paar Worte ausdrücken lässt. Wissen lebt in der Art und Weise wie wir kommunizieren, denken, fühlen und handeln. Wissen ist gesellschaftlich, es ist mit unserer Umwelt und der politischen und gesellschaftlichen Situation der jeweiligen Zeit verbunden. Es verbindet Geschichte, Erfahrungen, Analysen, Gedanken und Gefühle. Seit jeher haben Menschen und ganze Gesellschaften ihr Wissen auch durch Lieder, Rhythmen, Gesänge und Melodien ausgedrückt und über Generationen hinweg weitergegeben. Musik ist ein Spiegel unseres Lebens, unserer Gesellschaften und Bewegungen und kann doch über das Bestehende hinausweisen.

Ballem ist durch Begegnungen im Andrea Wolf Institut der Jineolojî Akademie entstanden. Wir leben und arbeiten zusammen. Eine von uns hatte die Melodie im Sinn, wir haben daraufhin begonnen, in verschiedenen Sprachen Texte dazu zu schreiben. An verschiedenen Orten saßen wir zusammen und haben an der Melodie gefeilt, die Strophen aufeinander abgestimmt, Teile des Textes nochmal verändert und ausprobiert. Eine Freundin und Cellistin in Katalonien, Marta Roma, war begeistert von der Idee des Liedes und hat uns dazu improvisierte Cello Aufnahmen geschickt. Dann kam die Idee, das Lied nicht nur für die Freund_innen um uns herum zu machen, sondern es aufzunehmen, um es in weiteren Kreisen teilen zu können. Die Freund_innen von Hunergeha Welat fanden die Idee sehr gut und haben vorgeschlagen, die Aufnahmen gemeinsam im Studio zu machen. Wir waren im Austausch mit Mizgîn Tahîr, die wiederum viele Ideen für die Musik und die Begleitinstrumente hatte und einen Teil des Liedes auf Kurdisch verfasst hat. Sie stammt aus Rojava und lebte und arbeitete als Sängerin in Damaskus, Amed und an anderen Orten.

1 https://www.youtube.com/watch?v=qDPv2IltxsY

2 Hunergeha Welat sind Musiker_innen, Künstler_innen und Tontechniker_innen, die in Nord- und Ostsyrien Studioaufnahmen machen und Musik produzieren. Sie sind als Teil von Tev-Çand organisiert, der Bewegung Demokratischer Kultur und Kunst Mesopotamiens.

Mit der Revolution kam sie zurück nach Rojava und lebte mit ihrer Familie in Serêkaniyê, bevor die Stadt besetzt wurde und sie wie Tausende andere mit ihrem Mann und ihren Kindern zur Flucht gezwungen war. Nun lebt sie in Qamişlo, singt, komponiert, gibt Musikunterricht und arbeitet unter anderem daran, ein Orchester für Kinder aufzubauen. Diyana Mûrad, die ebenfalls auf kurdisch singt, lebt in einer Kommune junger Frauen, die Teil von Kevana Zerîn ist, der »Frauen Kunst und Kultur Bewegung«. Die Frauen von Kevana Zerîn sind gerade dabei, ein eigenes Studio aufzubauen und lernen die Technik. Die Aufnahme von Diyanas Part war einer der ersten praktischen Versuche im neu entstehenden Studio.

Am 6. März haben wir das Lied bei einem großen Fest zum ersten Mal auf der Bühne aufgeführt. Anlässlich des 8. März waren an diesem Tag tausende Frauen aus verschiedenen Teilen Nord- und Ostsyriens in Qamişlo zusammengekommen. Zahlreiche Gruppen haben mit Tänzen, Musik und Reden zum Fest beigetragen. Als Zeichen internationalistischer Kämpfe haben wir die Kleidung von Bewegungen unserer Regionen getragen: Eine YPJ-Uniform, ein kurdisches Kleid, die Kleidung der indischen Naxalite-Guerilla, die einfache Kleidung der Partisan_innen, die im 20ten Jahrhundert in vielen Regionen Europas gegen Faschismus und für eine freie Gesellschaft gekämpft haben. Das Fest zum 8. März und all die Frauen ließen uns die Kraft der Frauenrevolution spüren.

Witches united, haben ein Feuer entfacht

Der Liedtext von *Ballem* umfasst verschiedene Sprachen: Katalan, Kurdisch, Spanisch, Deutsch und ein paar Worte Englisch. Besonders Kurdisch und Katalan sind Sprachen, die im Rahmen von nationalistischen und imperialistischen Assimilations-Politiken verboten und abgewertet wurden. Das Recht auf Bildung und Ausdruck in der eigenen Mutterspra-

Ballem

Esta canción va dedicada a todas las mujeres que han resistido, resisten y resistiran al patriarcado.
Por la revolución de las mujeres que ya hemos empezado. Seguiremos luchando.
Ya no nos podrán parar.

Arrels creixen, les nostres ancestres.
Generacions de dones en resistència.
Llavors deixen, per les que vénen;
la mare, l›àvia, la germana i ella.

La història és viva però ells l›amaguen.
Ens tenen por, per això ens cremaven.
Però el que no saben és que som foc,
la flama encesa que mai no mor.

BALLEM! FEM CERCLES DE BRUIXES.
RECUPEREM CONEIXEMENTS ROBATS.
ORGANITZEM-NOS! SOM FORTES JUNTES.
ALLIBEREM-NOS DEL PATRIARCAT.

Wir gehen fragend, denn der Weg ist der Weg wenn wir sehn
Unsre Kämpfe sind Antworten die entstehn während wir gehn
Struggles united, grenzenlos
Widerstand ist Leben, our resistance grows!

Und ja wir sind viele, und wir sind überall
In den Städten, in den Wäldern, in den Dörfern, Heval
Ein Lachen, ein Flüstern, eine sternenklare Nacht,
Witches united, haben ein Feuer entfacht!

CELLO

Naciendo, deshaciendo recuerdos que nos refugian y protegen,
como aves, vuelan pensamientos, libertad, sororidad,
desde Rojava hasta el final!
Compañeras de dolor, de ilusión, de corazón.
Somos, más fuertes bajo la luna,
somos, la brisa, la misma, el rayo, me levanto, te comparto, luchamos, y al final...
ganamos!

BALLEM! FEM CERCLES DE BRUIXES.
RECUPEREM CONEIXEMENTS ROBATS.
ORGANITZEM-NOS! SOM FORTES JUNTES.
ALLIBEREM-NOS DEL PATRIARCAT.

Llancem espurnes d›autodefensa,
com fèiem sempre en l›adolescència.
Si a una toquen responem totes!
Ens volem vives! La nit és nostra!

Bi rewaya mafê jiyanê
Biqîrin hemû jinên cîhanê
Bihevre dest bi dest
Jinên berxwedêr
Binvîsin destana hebûna xwe

Jin piştgira jinê be
Ji himbêza dayikê
Ta asoyê zankoyê
Jin jiyan azadî!

che, die Anerkennung gesellschaftlicher Wurzeln und politischer Selbstbestimmung sind wichtige Grundlagen des demokratischen Konföderalismus.

In den ersten Zeilen des Textes auf Katalan geht es um die lange Geschichte der Widerstände, Generationen von Frauen, die für Befreiung und gegen das Patriarchat gekämpft haben. Auf ihren Spuren und mit ihrem Erbe führen wir die Kämpfe weiter. Es geht auch um die herrschende Geschichtsschreibung, in der die Geschichte der Frauen und der Widerstände einfach nicht vorkommen. Es geht um die zahlreichen Frauen, die als Hexen verbrannt wurden – weil ihre Existenz und ihr Wissen der Herrschaft im Wege standen: *»Sie fürchten uns, deshalb haben sie uns verbrannt. Aber sie wissen nicht, dass wir Feuer sind, die brennende Flamme, die niemals erlischt.«*

In den Zeilen auf deutsch geht es darum, wie wir fragend voranschreiten und die Revolution als einen Weg begreifen. Es geht um die Diversität der Kämpfe und darum, dass wir viele sind: »*Und ja, wir sind Viele, und wir sind überall: in den Städten, in den Wäldern, in den Dörfern, Heval.*« Das ist eine Solidaritätsbotschaft an all diejenigen, die sich trotz schwieriger Umstände in den Städten und Metropolen organisieren. An diejenigen, die in den Dörfern und ländlichen Gebieten Kommunen, Kooperativen und andere Strukturen der Selbstorganisierung aufbauen. Es ist ein Gruß an diejenigen, die die Wälder, Urwälder und Landschaften gegen kapitalistische Ausbeutung, Kolonisierung und Umweltzerstörung verteidigen. Denn »Widerstand ist Leben – und unser Widerstand wächst«. In all diesen Gebieten entstehen Alternativen zum kapitalistischen System, die einander ergänzen und wie verschiedene Teile eines Ökosystems strategisch miteinander verbunden sind.

Im spanischen Teil des Liedes geht es um die Verbundenheit mit der Natur, mit den Elementen und miteinander, es geht um Schwesternschaft und Hoffnung. »*Ich stehe auf, ich teile,*

Deutsche Übersetzung des Liedtextes

BALLEM – LASST UNS TANZEN

Dieses Lied ist allen Frauen gewidmet,
die gegen das Patriarchat Widerstand geleistet haben,
die Widerstand leisten und Widerstand leisten werden.
Für die Revolution der Frauen, die wir längst begonnen haben.
Wir werden weiterkämpfen, jetzt können sie uns nicht mehr aufhalten.

Wurzeln wachsen, unsere Vorfahren
Generationen von Frauen im Widerstand
Samen die bleiben, für die, die nach uns kommen
Die Mutter, die Großmutter, die Schwester und sie selbst.

Die Geschichte ist lebendig, aber sie wird verschwiegen.
Sie fürchten uns, deshalb haben sie uns verbrannt.
Aber sie wissen nicht, dass wir Feuer sind,
Die brennende Flamme, die niemals erlischt.

LASST UNS TANZEN! LASST UNS HEXEN-KREISE BILDEN!
WIR WERDEN DAS GESTOHLENE WISSEN WIEDERERLANGEN!
LASST UNS UNS ORGANISIEREN!
GEMEINSAM SIND WIR STARK!
WIR WERDEN UNS VOM PATRIARCHAT BEFREIEN!

Wir gehen fragend, denn der Weg ist der Weg, wenn wir sehen
Unsere Kämpfe sind Antworten, die entstehen während wir gehen
Kämpfe verbinden, grenzenlos!
Widerstand ist Leben, unser Widerstand wächst!

Und ja, wir sind viele und wir sind überall
In den Städten, in den Wäldern, in den Dörfern, Heval
Ein Lachen, ein Flüstern, eine sternenklare Nacht
Hexen vereint, haben ein Feuer entfacht!

CELLO

Gebären und vergehen, Erinnerungen, die uns beherbergen und schützen,
Wie Vögel, sie fliegen, Gedanken, Freiheit, Schwesternschaft,
Von Rojava bis zum Ende.

Gefährtinnen des Schmerzes, der Hoffnung, des Herzens
Wir sind stärker unter dem Mond, wir sind gleich, der Wind, der Blitz,
Ich stehe auf, ich teile, wir kämpfen
Und am Ende… gewinnen wir.

CHORUS

Wir werfen Funken der Selbstverteidigung,
Wie wir es in unserer Jugend immer taten,
Wenn sie eine von uns angreifen, werden wir alle antworten!
Wir wollen uns lebendig! Die Nacht gehört uns!

Mit der Legitimität des Rechts auf Leben
Rufen alle Frauen der Welt
Gemeinsam, Hand in Hand, Frauen im Widerstand
Schreiben die Geschichte ihrer Existenz!

Frauen unterstützt euch gegenseitig
Von der Umarmung einer Mutter
Bis zum Horizont des Wissens
Jin Jiyan Azadî!



Ballem – ein Lied der internationalistischen Solidarität, für eine Revolution der Frauen – ist allen Frauen im Widerstand und den vielfältigen Kämpfen gegen das Patriarchat auf der ganzen Welt gewidmet. Foto: Hunergeha Welat

wir kämpfen, und am Ende... gewinnen wir.« Der kurdische Teil des Liedes spricht davon, wie Frauen überall auf der Welt für Freiheit und das Recht auf Leben eintreten. »*Gemeinsam, Hand in Hand, Frauen im Widerstand, schreiben die Geschichte ihrer Existenz!*« Das Lied endet mit dem Aufruf, sich gegenseitig zu unterstützen, »*von der Umarmung einer Mutter, bis zum Horizont des Wissens, Jin Jiyan Azadî!*«

Die Aufnahmen für das Video zu *Ballem* sind zu einem großen Teil im Frauendorf Jinwar entstanden. Jinwar ist eines der Beispiele dafür, wie Frauen gemeinsam ein neues Leben aufbauen können. In Jinwar organisieren sich Frauen unterschiedlicher kultureller und religiöser Hintergründe zusammen. Der Dorfrat, die kommunale Ökonomie und Landwirtschaft, freiheitliche Bildung und geteilte Verantwortung für Kinder sind grundlegende Aspekte der demokratischen Autonomie, die sich in verschiedenen Formen überall auf der Welt finden.

Es braucht mehr solcher Orte und es ist unsere Aufgabe, die bestehenden Kämpfe und alternativen Strukturen mehr miteinander zu verbinden, um voneinander zu lernen, uns zu koordinieren, weiter zu entwickeln und uns gegen Angriffe verteidigen zu können. Denn: »*Wenn sie eine* von uns angreifen, werden wir alle antworten!*«

Neue Schritte revolutionärer Organisierung

Die Revolution in Nord- und Ostsyrien befindet sich in einer neuen Phase. Es ist nicht mehr die Aufregung über die allerersten Schritte einer neugeborenen Revolution, sondern es geht mehr denn je um langfristige Perspektiven und die Frage, wie die Errungenschaften der Revolution lebendig weiter entwickelt und verteidigt werden können. Die ständigen militärischen, politischen, psychologischen, ideologischen und wirtschaftlichen Angriffe zielen auf die Zermürbung der Bevölkerung und insbesondere der Frauen ab.

Ballem ist auch ein Statement dafür, für revolutionäre Errungenschaften zu kämpfen, sich bewusst zu sein, wie viel Wert die gemachten Schritte sind und sich dennoch niemals mit dem was ist zufrieden zu geben. Entgegen dem Versuch der Staaten, Befreiungsbewegungen an einzelnen Orten zu isolieren und gesellschaftliche Kräfte gegeneinander auszuspielen, gilt es, bei den Punkten anzusetzen, die unsere Kämpfe verbinden.

Wir müssen einander noch viel besser kennen lernen, die Bündnisse, Netzwerke und gemeinsame Organisierung stärken. Lieder wie *Ballem* können Teil einer internationalistischen Widerstandskultur sein, die wir tagtäglich leben und weitergeben.

»*Wir werden weiterkämpfen, jetzt können sie uns nicht mehr aufhalten.*« ♦

Die fortgesetzte Isolation ist eine Schande

Clare Baker, Sprecherin der Gewerkschaftsbewegung »Unite the Union« in Großbritannien, im Gespräch mit der Frauenzeitschrift Newaya Jin

Die Kampagne »Freedom for Öcalan« (Freiheit für Öcalan), welche Sie im Namen der »Unite the Union« im Jahr 2016 ins Leben gerufen haben, hat mittlerweile ein breites Publikum erreicht. Können Sie uns ein paar Details zu der Kampagne geben? Wie schätzen Sie selbst die Bemühungen und Initiativen rund um die Kampagne ein?

Die Kampagne wurde 2016 offiziell im britischen Parlament von den beiden Gewerkschaften »Unite the Union« (kurz Unite) und »General, Municipal, Boilermakers and Allied Trade Union« (GMB) ausgerufen. Seitdem haben sich ihr fünfzehn nationale Gewerkschaften, der »Trades Union Congress« (TUC) und die Gewerkschaftskanzlei Thompsons angeschlossen. Die Ko-Vorsitzenden sind Simon Dubbins, Direktor innerhalb der Unite, und die Labour Politikerin Christine Blower.

Im Fokus der Kampagne steht in erster Linie die Freiheit Abdullah Öcalans, aber natürlich setzen wir uns auch für den Frieden in der Region und die Freilassung aller politischen Gefangenen in der Türkei ein. Unsere Arbeit richtet sich auch gegen die Invasion in den freien Kantonen Rojavas und Nord- und Ostsyriens und macht sich für den Abzug der türkisch-dschihadistischen Besatzungstruppen aus den kurdischen Gebieten stark.

Im Rahmen der Kampagne haben mehrere Veranstaltungen mit großer Wirkung stattgefunden. Dabei lassen sich insbesondere die folgenden vier nennen:

- Unsere Kampagne war das internationale Thema der »Durham Miners Gala« 2018 und ist seitdem dort verankert. Es ist eine der ältesten und größten Veranstaltungen der Arbeiterklasse innerhalb Großbritanniens. Im Rahmen dessen findet traditionell auch immer eine große Demonstration durch die Stadt statt, wobei die Teilnehmenden die Fahnen ihrer Organisationen hochhalten und Musik aus jedem Zweig spielen. Der Marsch führt zu einem großen Platz, wo eine riesige Kundgebung mit Reden geprägt von politischer Solidarität abgehalten wird. In der Regel nehmen 150.000 bis 200.000 Menschen daran teil, die sich somit auch mit unserer Kampagne befasst haben. Ibrahim Dogus[1] sprach zuletzt auf der Demonstration im Namen der Kampagne und viele der prominenten RednerInnen sprachen ebenfalls von der Notwendigkeit der Freilassung Herrn Öcalans und der Solidarität mit der kurdischen Gesellschaft.
- Im Jahr 2018 haben wir außerdem eine Veranstaltung im Rathaus von London organisiert. Damals versuchte die türkische Botschaft dies zu verhindern, indem sie Druck auf den Londoner Bürgermeister Sadiq Khan und die GeneralsekretärInnen der Gewerkschaften, die an der Kampagne beteiligt sind, auszuüben. Alle GeneralsekretärInnen verfassten daraufhin eine klare Absage an die Botschaft, boten aber im gleichen Zuge an, ein Treffen zu ermöglichen, bei dem in Ruhe erklärt werden könne, warum die Gewerkschaftsbewegung die Freilassung von Herrn Öcalan fordert. Leider ist die Botschaft bis heute nicht auf das Angebot eingegangen.
- Bei der zweitgrößten Veranstaltung der Arbeiterklasse in Großbritannien, dem »Tolpuddle Martyrs Festival[2]«, gelang es uns 2019 ebenfalls, unsere Kampagne zu dem internationalen Programmpunkt zu machen. Auch hier nahmen etwa 100.000 Menschen teil. Genau wie in Durham zuvor gelang es uns auch hier, die Kampagne vorzustellen, zu erweitern und die kurdische Kultur bekannt zu machen.

1 Ibrahim Dogus ist Initiator des Centre for Turkey Studies und des Centre for Kurdish Progress in Großbritannien; er ist demokratischer Aktivist in der türkischen und kurdischen community in London und ganz Großbritannien. Er engagiert sich ebenfalls für die Labour Party als Stadtrat von Lambeth.

2 Das Tolpuddle Martyrs' Festival in Südengland wird alljährlich zu Ehren von sechs Landarbeitern veranstaltet, die 1834 wegen der Gründung einer Gewerkschaft in die Verbannung geschickt wurden.

- 2019 führten wir dann eine Aktion bei der TUC Konferenz durch, bei der alle anwesenden Delegierten ein Bild Abdullah Öcalans in die Höhe hielten um Solidarität und Unterstützung auszudrücken. Auch wenn es sich hierbei um eine einfache Aktion handeln mag, sollte ihre Bedeutung nicht unterschätzt werden und vor allem nicht der Effekt, den dies auf die globale Gewerkschaftsbewegung hat.

Die Pandemie hat uns offensichtlich genau so wie viele andere Kampagnen auch getroffen, sodass wir nicht so konstant weiter wachsen konnten wie zuvor. Trotzdem haben wir es letztes Jahr geschafft eine Onlineveranstaltung zu organisieren, an der Gewerkschaften aus Südafrika, Frankreich, Spanien und Island teilgenommen haben.

Wir sind in einer verhältnismäßig kurzen Zeit sehr weit gekommen und sind stolz auf das, was wir bisher mit unserer Arbeit erreicht haben. Die Aufmerksamkeit, die wir auf die Situation der kurdischen Gesellschaft lenken konnten, in Verbindung zu der sozialen und politischen Struktur, die sie aufgebaut hat, und das im Zusammenhang mit Herrn Öcalan, ist sehr wichtig. Trotzdem liegt selbstverständlich noch ein weiter Weg vor uns.

Die zentrale Forderung der Kampagne ist die Freiheit Abdullah Öcalans, der sich seit mittlerweile 22 Jahren in Haft befindet. Das Regime in Ankara hat die Bedingungen der Isolation weiter verschärft, es gibt keinen Kontakt zu Herrn Öcalan, er ist von der Welt komplett abgeschnitten. Wie schätzen Sie diese Politik des türkischen Staates ein?

Die Politik des türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan, die zur Isolation Herrn Öcalans führt, ist nicht nur als ein Versuch zu werten ihn als Person zu isolieren, sondern stellt vielmehr den Versuch dar, seine Ideen und die durch sie inspirierten Menschen zu isolieren. KurdInnen, Frauen, GewerkschafterInnen, LehrerInnen, JournalistInnen, oppositionelle Parteien und der Frieden selbst sind ständigen Angriffen Ankaras ausgesetzt. Die Situation der Unterdrückung, mit der sich jede dieser genannten Gruppen in der Türkei und in den Einflussgebieten des türkischen Staates konfrontiert sieht, ist unmittelbar mit der Haftsituation und Isolierung von Herrn Öcalan verbunden.

Die Isolation und die illegalen Bedingungen Herrn Öcalans stellen eine Form der Folter dar und verletzen die Menschenrechte. Trotzdem schweigen Institutionen wie das Europäische Komitee zur Prävention von Folter (CPT) konstant seit 22 Jahren. Wie bewerten Sie dies? Ist das Schweigen nicht eine politische Aussage?

Es gibt zahlreiche geopolitische Interessen, die die internationale Staatengemeinschaft davon abhält, den türkischen Staat für seine Menschen-, Zivil- und Arbeitsrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen.

Zu diesem Komplex gehört, dass der türkische Staat die EU mit der tragischen Situation der großen Zahl an Geflüchteten, die vor dem Krieg in Syrien geflohen sind, erpresst. Die Angst der EU-Mitgliedsstaaten vor der so genannten Flüchtlingskrise lähmt sie; wenn das Land für sie nicht so eine geopolitisch wichtige Funktion inne hätte, würden sie anders mit dem türkischen Staat umgehen. So hat die EU beispielsweise nicht lange gezögert, die Lage in Myanmar und Weißrussland zu verurteilen.

Dadurch, dass die internationale Staatengemeinschaft die kurdische Freiheitsbewegung als terroristische Vereinigung abgestempelt hat, hat sie es Erdoğan ermöglicht, im Prinzip ohne jegliche Einschränkung den Krieg gegen KurdInnen sowohl innerhalb als auch außerhalb der eigenen Staatsgrenzen fortzuführen.

Dies hat den türkischen Staat in die Lage versetzt, sich weiterhin in einer Weise zu verhalten, die der internationalen Gemeinschaft selbst Probleme bereitet. Als Beispiel können wir ihre Aggression in Libyen, im Aserbaidschan-Armenien Krieg, in Nord- und Ostsyrien, im Irak, gegen Griechenland und gegen internationale Konventionen und Verträge, sowie ihr Einsatz von ehemaligen IS-Kämpfern nennen. Das alles sind Probleme für die EU, für die NATO, für die USA und für die internationale Gemeinschaft als Ganzes. Es ist eine Spirale, die nur dann enden kann, wenn der türkische Staat zur Rechenschaft gezogen wird und es eine ernsthafte Bemühung um Frieden gibt, einschließlich der Freilassung von Herrn Öcalan.

Seine Isolation ist laut der von der UN festgesetzten Maßstäbe eine Form der Folter. Die Inaktivität der internationalen Gemeinschaft macht sie somit zum Komplizen dieser Folter.

Könnte Abdullah Öcalans neues Paradigma der »demokratischen Moderne«, die auf der Befreiung der Frau basierende Alternative zur kapitalistischen Moderne, welche auf der Ausbeutung der Frauen, der Individuen und der Arbeit fußt, ein Grund dafür sein? Ich meine damit das Zusammenrücken von Staaten im Rahmen der Fortführung von Isolation und Gefangenschaft.



Die TUC-Konferenz, bei der alle anwesenden Delegierten ein Bild Abdullah Öcalans mit der Forderung nach seiner Freiheit in die Höhe hielten um ihre Solidarität und Unterstützung auszudrücken. Foto: TUC

Die Schriften Herrn Öcalans über die Befreiung der Frau, die die Inspiration für das neue Gesellschaftsmodell in Rojava darstellen, stehen in absolutem Gegensatz zu dem Kurs, den die Regierung des türkischen Staates eingeschlagen hat. In der Türkei werden religiöse und konservative Werte immer weiter in den Vordergrund gestellt. Insbesondere die Rechte der Frauen werden mit Füßen getreten. Das von Öcalan vorgeschlagene Gesellschaftsmodell der Frauenbefreiung und der demokratischen Moderne ist deshalb eine direkte Provokation für Erdoğan.

Allein die Existenz Rojavas jenseits der türkischen Staatsgrenzen und das System des Ko-Vorsitzes im Südosten der Türkei stellen für Ankara eine Bedrohung dar, auf die Erdoğan aggressiv reagiert. So wird die demokratische Partei der Völker (HDP) attackiert und unterdrückt, die gewählten Ko-Vorsitzenden werden verhaftet, oder ins Exil geschickt, um durch von der Regierung bestimmte Zwangsverwalter ersetzt zu werden. Nord- und Ostsyrien wird überfallen, besetzt und »ethnische Säuberungen« finden statt.

Doch vernehmen wir allmählich immer häufiger kritische Stimmen dem türkischen Staat gegenüber. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verlangt, den ehemaligen Ko-Vorsitzenden der HDP Selahattin Demirtaş aus der Haft zu entlassen. Das Revisionsgericht in Belgien hat offiziell festgestellt, dass die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) keine »terroristische Organisation«, sondern eine bewaffnete Partei in einem bürgerkriegsähnlichen Konflikt ist, was automatisch ihre Anerkennung gemäß der Genfer Konvention bedeutet. Das Europaparlament hat den türkischen Staat vor wenigen Tagen dazu aufgefordert, Nord-und Ostsyrien zu verlassen. Erdoğan hat auf all das mit Aggression und der Fortsetzung der Kriminalisierung der KurdInnen sowie des Kriegs gegen sie reagiert. Den jüngsten Artikel im Bloomberg nutzte er erneut, um mit Flüchtlingsströmen zu drohen. Dadurch wollte er die EU zwingen, die KurdInnen in Syrien mit der PKK gleichzusetzen und damit als TerroristInnen zu bezeichnen und sie gleichzeitig dazu zu bewegen, die Annexion der besetzten Gebiete durch den türkischen Staat zu finanzieren.

Kommen wir zur Inhaftierung Herrn Öcalans zurück – die internationale Gemeinschaft lässt zu, dass der türkische Staat durch die Isolation Abdullah Öcalans gegen international geltendes Recht verstößt und gleichzeitig diejenigen kriminalisiert, die sich mit Öcalans Vorschlägen auseinandersetzen, um dann ebenfalls all diejenigen zu kriminalisieren, die sich der autoritären Neigung der türkischen Regierung widersetzen. Und so weiter, und so weiter, ohne internationale Reaktionen. Solange die Inhaftierung Öcalans besteht und solange keine

friedensorientierte demokratische Lösung der kurdischen Frage in Angriff genommen wird, kann die Türkei so weitermachen.

Sie haben sowohl in mehreren nationalen, als auch internationalen Zeitungen in Form von Anzeigen darauf hingewiesen, dass die Freiheit Herrn Abdullah Öcalans die Grundlage dafür ist, dass sich »die Türen des Friedens öffnen«. Hier rufen Sie auch »diejenigen, die die Macht und das Privileg haben, von der Wahrheit zu berichten«, dazu auf, Verantwortung zu übernehmen. An wen genau richtete sich dieser spezielle Aufruf?

Wir fordern damit alle Regierungen auf, zu handeln. Viel zu lange wurde kein internationaler Druck auf die türkische Regierung ausgeübt und das, obwohl Ankara konstant repressiv gegen die Gesellschaft vorgeht und geltendes Völkerrecht bricht. Die Berichte des CPT und des EGMR zeigen dies sehr deutlich. Wir verlangen, dass die EU den Berichten der eigenen Institutionen Folge leistet und konkrete Konsequenzen daraus zieht. Eine davon ist, die Isolation von Herrn Öcalan zu beenden.

Es hat uns gefreut zu sehen, dass das Europaparlament den türkischen Staat endlich dazu aufgerufen hat, Nord- und Ostsyrien zu verlassen. Doch ist es wichtig, dass es hier nicht bei leeren Forderungen bleibt, sondern Konsequenzen folgen, wenn Ankara dies nicht tut.

Auch die Wahl des neuen US-Präsidenten Joe Biden kann ein Schritt in die richtige Richtung sein. Denn auch wenn uns bewusst ist, dass die US Politik stets nur anhand der eigenen Interessen gestaltet wird, ist es eine Erleichterung zu hören, dass diese Politik nicht mehr durch die Launen eines Mannes via Twitter bestimmt wird.

Wir möchten auch noch einmal darauf eingehen, warum es im Interesse von Frauen sei, sich an der Kampagne zu beteiligen. Herr Öcalan betont, dass »der grundlegende Widerspruch innerhalb der Zivilisationsgeschichte der Konflikt zwischen den Geschlechtern« ist; damit stellt er sich als guter Freund der Frauen dar. In welcher Form beteiligen sich in Anbetracht dessen insbesondere Frauen an der Kampagne?

Im Moment arbeiten wir daran, die Kampagne explizit auch in den Frauenstrukturen der Gewerkschaftsbewegung aufzubauen. Wir haben mittlerweile sehr viele verschiedene Gewerkschaften mit an Bord und müssen uns nun damit befassen, dass die Mitglieder die Forderung nach der Freiheit Abdullah Öcalans verstehen und unterstützen. Sie müssen begreifen, warum es für sie, die in Großbritannien leben und arbeiten, wichtig ist. Öcalans Schriften über die Befreiung der Frauen und die Frauenrevolution in Rojava sind ein guter Weg, um insbesondere auch den Frauen in unserer Bewegung zu ermöglichen, dies zu verstehen. Wir schauen auf das kurdische System der Gleichberechtigung und wissen, dass wir von diesem System lernen können, es ist eines, das wir uns als Vorbild nehmen. Speziell für Frauen – die dem Patriarchat ja vor allem ausgesetzt sind – ist es immer eine große Inspiration.

Was für kurz-, mittel- bzw. langfristige Ziele haben Sie sich für ihre Kampagne gesteckt? Welche Art von Strategie verfolgen Sie aktuell mit der Kampagne? Welche Kraft haben diese und ähnliche Kampagnen, um die aktuell bestehende Situation zu verändern?

Selbstverständlich ist es unser zentrales Ziel, die Freiheit Herrn Öcalans zu erlangen, damit er seine Rolle bei den Friedensverhandlungen einnehmen kann. Wir werden uns weiterhin für die Rechte der kurdischen Gesellschaft und all derer einsetzen, die sich die Werte von Gleichheit, Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Ökologie in der Region auf die Fahne geschrieben haben. Kurz- und mittelfristig gesehen, werden wir – wenn wir die Pandemie hinter uns lassen – die Kampagne in der britischen, globalen und europäischen Gewerkschaftsbewegung weiter bekannt machen. Wir wissen auch, dass es wichtig ist, die kurdische Frage im allgemeinen zur Sprache zu bringen, wir werden weiterhin Herrn Öcalan, die Realität der kurdischen Existenz und Rojava bei den Abgeordneten zur Sprache bringen und wir werden eine Kampagne gegen das Handelsabkommen zwischen der Türkei und Großbritannien führen, wenn weiterhin keine Maßnahmen gegen Menschen-, Bürger- und Arbeitnehmerrechtsverletzungen eingeleitet werden.

Gibt es sonst noch etwas, dass sie am Ende unseres Interviews mitteilen möchten?

Wir sind sehr besorgt über die Gerüchte über den Gesundheitszustand von Herrn Öcalan, die in letzter Zeit die Runde gemacht haben. Wir schließen uns vielen anderen in der ganzen Welt an und fordern, dass sein Anwaltsteam Zugang zur Gefängnisinsel Imralı erhält. Wir rufen insbesondere das CPT und den Europarat dazu auf, darauf zu bestehen, dass den AnwältInnen und seiner Familie sofort Zugang gewährt wird. Die fortgesetzte Isolation ist eine Schande für die Türkei und alle Länder, die dies zulassen, sind daran mitschuldig. ♦

Soziozid – Die Zerstörung des moralisch-politischen Gefüges der Gesellschaft

Es geht um Sein oder Nichtsein

Ein Beitrag aus dem Lesekreis »Soziologie der Freiheit«

Am 20. Mai 2020 gründete sich ein Online-Lesekreis, der wöchentlich zusammenkommt und sich mit dem dritten Band »Soziologie der Freiheit« aus Abdullah Öcalans fünfbändigem Opus Magnum »Manifest der demokratischen Zivilisation« auseinandersetzt.[1] Nachdem Öcalan in den ersten beiden Bänden die Geschichte der Zivilisation von ihren Anfängen bis zur kapitalistischen Moderne neu interpretiert hat, legt er hier mit dem dritten Band eine Methode für die Lösung der drängendsten Probleme des 21. Jahrhunderts vor.

Das gemeinsame Diskutieren und Lesen in einer bunten Runde mit etwa zehn regelmäßig Teilnehmenden förderte sowohl das Verstehen dieser Lektüre als auch die Selbstreflexion. Trotz der Komplexität des Themas ließ sich die Philosophie Öcalans in einem Diskurs gemeinsam nachvollziehen und einordnen.

Am 15. August desselben Jahres veröffentlichten wir als Lesekreis einen Aufruf bzw. eine Einladung zum Lesekreis bei ANF mit großen und sehr wichtigen Fragen unserer Zeit, die wir mit Hilfe des Buches zu beantworten versuchten.[2] Zu diesen Fragestellungen konnte Öcalans Schrift wesentliche Antworten bieten und aufzeigen, dass seine niedergeschriebenen Gedanken tiefgehende Analysen darstellen, um auch über die kurdische Gesellschaft hinaus universelle Lösungsansätze für dringende Probleme unserer Zeit zu finden.

Öcalan beschäftigt sich in »Soziologie der Freiheit» ausgiebig mit der Geschichte und zeigt auf, dass diese nicht lediglich eine der Herrschenden ist. Vielmehr bietet die Geschichte viele Beispiele für immer fortbestehende demokratische Einheiten (von einzelnen Individuen bis hin zu ganzen Gemeinschaften und Gesellschaften) und deren Kämpfe und Widerstände für die Moral. Demokratische Einheiten gab es und wird es immer geben. Wären sie uns bekannt, würden wir daraus Perspektiven und Kraft schöpfen und ein lebenswertes Leben praktizieren. Wir hätten kein Patriarchat, keinen Sexismus, Egoismus, Individualismus, Faschismus, keinen Kapitalismus und keine Umwelt- und Naturzerstörungen. Kurzum: Wir würden die uns aufgetischte Geschichte der Macht- und Kapitalmonopole nicht als absolute Wahrheit hinnehmen und erkennen, dass es sich um Konstrukte handelt, die mit einem Schleier des Szientismus zu vermeintlichen Wahrheiten deklariert werden.

Je mehr gelesen wurde, desto tiefer tauchten wir in eine neue und schöne Perspektive/Alternative ein. In dieser Alternative präsentiert Öcalan eine Gesellschaft, die auf moralisch-politischen Werten basiert. Da eine moralisch-politische Gesellschaft bei Öcalan die Grundlage einer gesunden und im Einklang mit der Natur existierenden Menschheit ist, werden wir das Thema der moralisch-politischen Gesellschaft nachfolgend behandeln, um auch neue Interessierte an die Philosophie Abdullah Öcalans heranzuführen. Im Folgenden werden wir uns inhaltlich mit der moralisch-politischen Gesellschaft und der Abwesenheit dieser, dem Soziozid, auseinandersetzen.

Moralisch-politische Gesellschaft

Nach Öcalan sind Lösungen für die weltweiten gewaltigen, gesellschaftlichen und ökologischen Probleme weder durch Methoden des universalen, linearen Fortschrittdenkens zu finden, noch mithilfe des Relativismus oder mit einer Vermischung der beiden Ansätze. Man kann nur auf Grundlage der gegebenen örtlichen und zeitlichen Bedingungen und mit den Menschen und Gruppen vor Ort neue Ideen und Realitäten schaffen. Dies muss unbedingt auf der moralischen und politischen Gesellschaft beruhen.

Die moralische-politische Gesellschaft ist das Fundament des demokratischen Konföderalismus und ein Schlüssel zum Verständnis von Öcalans zentralen Gedanken in seinem in deutscher Sprache 2020 erschienenen Buch »Soziologie der

1 https://navdemhannover.blackblogs.org/2020/05/17/online-lesekreis-soziologie-der-freiheit-jeden-2ten-mittwoch-ab-20-05-2020/

2 https://anfdeutsch.com/aktuelles/soziologie-der-freiheit-von-abdullah-Oecalan-online-diskutieren-21008

Freiheit«. Was versteht Öcalan unter der moralischen und politischen Gesellschaft?

Moral ist das kollektive Gewissen der Gesellschaft, die Tradition des kollektiven Denkens, der wertvollste Schatz und Erfahrungsreichtum der Gesellschaft und überlebenswichtig. Freiheit ist die Grundvoraussetzung und Quelle der Moral. Freiheit ist nur möglich auf der Grundlage der Moral, dem kollektiven Gewissen der Gesellschaft, und der Politik, der gemeinsamen Vernunft. Die moralische und politische Gesellschaft ist die freieste Gesellschaft.

Die Politik stützt sich auf die Moral, kümmert sich um das Gemeinwohl, um kollektive Angelegenheiten. Dies geschieht auf der Grundlage von gemeinsamen Diskussionen und Entscheidungen. Die unverzichtbare Stimme des Gewissens, der gesellschaftliche Common Sense, wird in der demokratischen Politik praktisch umgesetzt. Die gesellschaftliche Vernunft muss hierbei deutlich unterschieden werden von der »Vernunft der tausend Hinterlisten, Lügen, des Ungeheuers des Krieges, der ideologischen Verzerrungen – kurz: eine[r] Vernunft, die Gesellschaft und Umwelt zerstört, eine[r] analytischen Vernunft, die nur hohle Reden schwingt.«[3]

Der natürliche Zustand von Gesellschaften ist ein moralischer und politischer; Glück und das Gute sind die Essenz der Moral. Die Begriffe moralische und politische Gesellschaft, demokratische Kommunalität und demokratische Gesellschaft sind für Öcalan synonym.

Die moralische und politische Gesellschaft ist keine Neuheit, die erst erfunden oder entwickelt werden muss, sondern es ist ein grundlegendes Wesensmerkmal von Gesellschaften moralisch und politisch zu sein. Zu allen Zeiten, auch in der Geschichte, waren Gesellschaften moralisch und politisch und bilden damit gewissermaßen das Rückgrat der Gesellschaften und den Gegenpol zu den hegemonialen Zivilisationssystemen. Der natürliche Zustand von Gesellschaften ist ein moralischer und politischer; jedoch wurden die Gesellschaften in der gesamten Geschichte von den Machtmonopolen bedrängt, ausgebeutet und kolonialisiert und konnten sich nicht frei entfalten. »Die Geschichte ereignet sich in Form von Zivilisationssystemen, die weder gänzlich Ausdruck der moralischen und politischen Gesellschaft noch gänzlich Ausdruck der Klassengesellschaft mit staatlicher Herrschaft sind.«[4] Eine Analyse der Geschichte, die den Fokus auf die moralischen und politischen Gesellschaften richtet und nicht hauptsächlich auf die Herrscherpersönlichkeiten und die herrschende Schicht, ermöglicht ein viel besseres Geschichtsverständnis. Da diese Schicht niemals mehr als 10 Prozent der Bevölkerung ausmacht, wäre eine Geschichtsschreibung, die sich vorwiegend mit den übrigen 90 Prozent der Menschen befasst, auch eine wissenschaftlichere Herangehensweise.

Wirtschaft gehört zu den grundlegenden demokratischen Aktivitäten der moralischen und politischen Gesellschaft. Spekulative Gewinnmethoden werden abgelehnt. Nicht das Individuum oder der Staat haben mit Wirtschaft zu tun; die Wirtschaft in Gemeinschaft ist die grundsätzlichste demokratische Aktivität der Gesellschaft. Das Wirken von Bossen und Arbeitern bezeichnet Öcalan als monopolistische Diebesstruktur. Statt die menschlichen Grundbedürfnisse zu befriedigen, stellt die Wirtschaft heute Profitakkumulation sicher. »Wenn die Produktion, die zum Stillen des gesellschaftlichen Hungers dienen soll, keinen Profit einbringt, juckt es das Kapital gar nicht, dass die Gesellschaft an Hunger und Armut zugrunde geht.«[5]

Die Krisen im Laufe der Geschichte und die gegenwärtige globale Krise sind größtenteils Folgen fehlender Moral. Der Weg der Verteidigung und Aufrechterhaltung der Gesellschaft führt über die moralische Haltung. Die globale Krise kann nicht durch die Kraft rechtlicher Gewalt überwunden werden.

Analysen zum Thema Ethik von Platon, Aristoteles, Kant und anderen Philosophen dienen eher dazu, das Individuum in einen für den Staat möglichst nützlichen Zustand zu versetzen und von seiner Gesellschaftsangehörigkeit zu entfernen.

»Wir sollen von einem einzigartigen Zeitalter der Wissenschaft reden, aber wir sollen nicht einmal in der Lage sein, etwas gegen eine Barbarei wie den Krieg zu tun!«[6]

Soziozid

Die oben beschriebene moralisch-politische Gesellschaft ist im Zeitalter der kapitalistischen Moderne einem historisch beispiellosen Zerfall ausgesetzt. Das Moralische und Politische der Gesellschaft ist zerstört worden. Diese Zerstörung wird von Öcalan als Soziozid bezeichnet und als schwerwiegenderes gesellschaftliches Phänomen bewertet als ein Genozid.

»Die Bilanz der Soziozide fällt schlimmer aus als die der Genozide, denn sie zeigt sich im Verlust der moralisch-politischen Qualität der gesamten Gesellschaft. Menschenmassen, die nicht einmal für die schwersten gesellschaftlichen und ökolo-

3 Öcalan, Abdullah: Manifest der demokratischen Zivilisation. Soziologie der Freiheit. Bd. III. Münster 2020, S. 75.

4 Ebd., S. 196

5 Ebd., S. 140

6 Ebd., S. 346

gischen Katastrophen eine Verantwortung empfinden, belegen dies.«[7]

Sowohl die virtuelle Gesellschaft als auch der Nationalstaat gehören nach Öcalan zu den Formen des Soziozids. Beide Ausprägungen des Soziozids führen dazu, dass die Gesellschaft ihrer Gesellschaftlichkeit beraubt und in ein Werkzeug sie lenkender Monopole verwandelt wird. Der Raub der Gesellschaftlichkeit setzt die gesellschaftliche Natur unendlichen Gefahren aus und führt zur Ohnmacht. Der Soziozid wird auf unterschiedlichen Wegen betrieben. Die Hegemonialmächte verfügen nicht nur über die effektivsten Waffen, sondern auch über virtuelles Kapital und damit über die Waffe der Medien. Mehrfach betont Öcalan in »Soziologie der Freiheit«, dass nicht nur die grenzenlos vermehrten Macht- und Staatsapparate und -verhältnisse die Gesellschaft ihrer Gesellschaftlichkeit berauben, sondern dass Medien, die ebenfalls eine Hauptquelle der Hegemonie darstellen, gleichzeitig die ideologische Eroberung der Gesellschaft vollziehen. Nationalismus, Religionismus, Sexismus, Szientismus und Artismus gehören zu dieser ideologischen Eroberung der Gesellschaft und werden mithilfe der Medien der Gesellschaft 24/7 aufgezwungen. Die Medien an sich sind zwar ein neutrales Mittel, dessen Rolle aber wie bei jeder anderen Waffe auch von den Einsetzenden definiert wird. Jedoch verfügen die Hegemonialmächte auch über diese Art einer analytischen Intelligenz. Mit deren Hilfe wird eine Neutralisierung der gesellschaftlichen Widerstandsfähigkeit realisiert.

Wenn die Probleme unserer Gesellschaft trotz der ganzen Wirkmächtigkeit der scheinbar so vernünftigen Wissenschaft sich vergrößern und intensivieren, dann stellt der Soziozid laut Öcalan nicht nur eine Hypothese, sondern eine reelle Gefahr dar. Die Wissenschaft spielt eine wesentliche Rolle bei der Rationalisierung eines Soziozids. Entsprechend richtet Öcalan seine Kritik auch an die Wissenschaft und macht Vorschläge zur Verbesserung. Eine Wissenschaft, die darauf basiert, alles, was nicht empirisch erfassbar und kalkulierbar ist, als Unwahrheiten abzustempeln, ist oberflächlich und gibt keinen Raum für den subjektiven Bezug zu den Dingen an sich. Öcalan schreibt, dass die Soziologie – eine eurozentrische Wissensstruktur – nicht weiter reicht als die Behauptung von Anhänger*innen der positiven Wissenschaften, die Gesellschaft sei als Phänomen ähnlich denen der Physik, Chemie und Biologie zu erklären.

7 Ebd., S. 352

Hoffnungslosigkeit ist völlig sinnlos, denn die gesellschaftliche Vernunft ist nach Öcalan eine Tatsache. Die demokratische Politik ist die praktische Umsetzung dessen.

»Die Kühnheit, die menschliche Gesellschaft mit ihrer ganzen Natur zu einem Objekt zu machen, führte keineswegs zur angenommenen Aufklärung, sondern zu einer noch oberflächlicheren Götzenanbetung. Dass die zur Lieferung von Wissensstrukturen für die Nationalstaaten herangezogenen philosophischen Ausführungen der deutschen Ideologen, die politische Ökonomie der englischen Ideologen und die Soziologie der französischen Philosophen Instrumente zur Legitimierung der Apparate zur Akkumulation von Macht und Kapital waren, ist in den heutigen Diskussionen über die Wissenschaft hinreichend geklärt worden.«[8]

Nach Öcalan liegt die Lösung für die Sozialwissenschaften darin, die gesellschaftliche Natur insgesamt und an allen Orten und zu allen Zeiten zu einem Forschungsgegenstand zu machen und sich nicht damit zu begnügen, nur Krisen und Probleme zu lösen. Einerseits sollte sie den Naturwissenschaften (wie Physik, Chemie, Biologie etc.) und andererseits Humanwissenschaften (Philosophie, Philologie, Kunst etc.) vorausgehen und die Rolle der Königin der Wissenschaften spielen.

»Eine Sozialwissenschaft, welche das Gewahrsein des Lebens als Freiheit, und die Wahrheit als Erforschung der Freiheit interpretiert, ist die unverzichtbare Anleitung der moralischen und politischen Gesellschaft für Aufklärung und Entwicklung.«[9]

Zur Verhinderung des oben beschriebenen Soziozids müssen wir uns darüber hinaus dafür einsetzen, den kollektiven Verstand und die Arbeitsfähigkeit der gesellschaftlichen Praxis zu stärken, uns zu organisieren und demokratische Institutionen zu schaffen. Hoffnungslosigkeit ist völlig sinnlos, denn die gesellschaftliche Vernunft ist nach Öcalan eine Tatsache. Die demokratische Politik ist die praktische Umsetzung dessen. Die Aufgabe, die Moral wieder aufzubauen, ist nicht nur ein Problem des Jahrhunderts oder der Moderne, sondern die Aufrechterhaltung der Gesellschaft überhaupt. Es geht also um Sein oder Nichtsein. In jedem Moment und an jedem Ort müssen wir moralisch und politisch leben. Wenn uns dies nicht gelingt, können wir leicht scheitern.

»Den Ausgang werden zweifellos diejenigen bestimmen, die in der gegenwärtigen systemischen, strukturellen Krise im intellektuellen, politischen und ethischen Bereich den Aufbruch hin zum Guten, Wahren und Schönen unternehmen.«[10] ♦

8 Ebd., S. 28
9 Ebd., S. 461
10 Ebd., S. 289

Ökologie in Zeiten des Krieges

Make Rojava Green Again im Gespräch mit Kamuran Akın

Auch im Jahr 2021 hat der Krieg in Kurdistan große Auswirkungen auf den dortigen Kampf für eine ökologische Gesellschaft. Wir müssen uns also näher damit auseinandersetzen, wie diese beiden Themen zusammengehören und wie eine ökologische Haltung in Kriegszeiten aussehen kann. Dafür hat Make Rojava Green Again ein Interview mit Kamuran Akın von der Humboldt-Universität Berlin geführt.

Würden Sie sich kurz vorstellen und erläutern, wie Sie dazu gekommen sind, sich mit dem Thema »Ökologie und Krieg« zu beschäftigen?

Mein Name ist Kamuran Akın, ich bin kurdischer politischer Flüchtling und aktivistischer Wissenschaftler in Berlin. Ich promoviere an der Humboldt-Universität und schreibe meine Doktorarbeit über die koloniale Herrschaft des türkischen Staates in Nordkurdistan. Wenn wir nur die jüngere Geschichte der Kurd:innen betrachten, gibt es in Nordkurdistan seit 40 Jahren einen aktiven Krieg. Aber wenn man sich die Geschichte der Kurd:innen anschaut, kann man sagen, dass dieser Kriegszustand oder der Existenzkampf der Kurd:innen eigentlich schon seit 100 Jahren andauert. Und ich untersuche die zerstörerischen Auswirkungen dieses kolonialen Bestrebens auf die Geografie und Ökologie Nordkurdistans durch die HEPP (Hydroelectric Power Plants), Kalekols (militärische Hochsicherheitskontrollpunkte) und Waldbrände. In gewisser Weise untersuche ich also, wie sich der türkische Kolonialismus auf die Geografie und Ökologie Nordkurdistans auswirkt.

Kriege können schwere Umweltschäden verursachen. In der Geschichte war es nicht ungewöhnlich, dass Trinkwasser verseucht, landwirtschaftliche Flächen verbrannt oder Böden durch Versalzung unfruchtbar gemacht wurden. Auch Dämme und Deiche waren oft das Ziel. Wie sehen Sie die Umweltschäden, die durch die aktuellen Kriegseinsätze in Kurdistan verursacht werden?

Es ist eine seit Jahrhunderten bekannte Realität, dass die Geografie als Kriegsinstrument eingesetzt wird, auch die Ökologie. Wenn wir das Beispiel Kurdistans betrachten, sehen wir, dass in der Vergangenheit z. B. in der kurdisch-alevitischen Provinz Dersim zum Zweck der Unterdrückung und Aufstandsbekämpfung Talsperren angelegt und auf den wichtigsten Anhöhen militärische Außenposten gebaut wurden. Eine ähnliche Politik wird heute unter dem Deckmantel des Sicherheitsdiskurses in fast allen kurdischen Städten umgesetzt. Und in meiner Doktorarbeit bestehe ich darauf, dass diese geopolitischen Infrastrukturprojekte (wie Hydroelectric Power Plants HPP, Kalekols und auch Waldbrände) in kolonialer Absicht durchgeführt werden. Heute fungieren diese geopolitischen Infrastrukturprojekte nicht nur als Sicherheitsstrategie im Krieg gegen die Guerilla, sondern sie bedeuten auch die irreversible Zerstörung der Geografie Kurdistans, da sie sich immer noch ausbreiten. Wir können bereits das enorme Ausmaß der ökologischen Zerstörung vorhersehen, die unmittelbar nach der Fertigstellung des Ilısu-Staudamms, der in dem dem historischen Heskîf (Hasankeyf) und dem Tigris-Tal gebaut wurde, einsetzte. Laut den offiziellen Dokumenten einiger staatlicher Institutionen werden viele in Kurdistan gebaute HPPs, insbesondere der Ilısu-Damm, als »Sicherheitsdämme« betrachtet. Unter ihrem Konzept von »Sicherheit« ist zu verstehen, dass die Anwohner:innen und die Bevölkerung der Region, die voller Hoffnung in ihre in den 1990er Jahren niedergebrannten Dörfer zurückgekehrt waren, unwiderruflich zur Migration gezwungen werden. In den Berichten, die von ökologischen Aktivist:innen der mesopotamischen Ökologiebewegung (MEH-Mezopotamya Ekoloji Hareketi) veröffentlicht wurden, gibt es statistische Daten über die ökologische Katastrophe, die durch diese Staudammbauten verursacht wird. Beispielsweise sind das Abschneiden der Wasserzufuhr nach Rojava in den Sommermonaten, das Einleiten von schmutzigen Abwässern in die landwirtschaftlichen Gebiete von Rojava und die Verschlammung von Gegenden nur die Bekanntesten



Auch in Nord- und Ostsyrien setzt die türkische Armee Brandschatzung als Waffe gegen die Bevölkerung ein. Hier setzte im Juni 2019 die an der Grenze stationierte türkische Armee große Flächen Weizenanbaugebiet bei Serêkaniyêin Brand. Bis in die Nacht hinein wurde darum gekämpft, die sich rasch ausbreitenden Brände zu löschen. Foto: anf

der ökologischen Kriegswerkzeuge, die vom türkischen Staat in den letzten Jahren eingesetzt wurden. Ich möchte nichts wiederholen, aber einige Notizen aus den Interviews teilen, die ich für meine Doktorarbeit gemacht habe. Heute nehmen die Krebsfälle in Dersim aufgrund der Goldabbauaktivitäten unter Verwendung von Zyanid zu. Das Zurückhalten von Wasser durch Wehre und das Ändern der Richtung des natürlichen Flusslaufes, die Uneindeutlichkeit der jahreszeitlichen Übergänge durch die Auswirkungen der globalen ökologischen Krise verursachten die Degradation des in der Region existierenden Ökosystems und einen merklichen Rückgang der Artenvielfalt. Dämme, Kalekole und Sicherheitsstraßen, die in Şirnex (Şırnak) und Colemêrg (Hakkari) entlang einer Linie gebaut werden, verwandeln die Natur Kurdistans in eine Betonwüste. Das Niederbrennen aller umliegenden Waldgebiete zum Schutz der jeweiligen Kalekols, sagt uns folgendes: Das Ziel des türkischen Staates ist es, diese drei miteinander verknüpften geopolitischen Maßnahmen als Mittel der ökologischen Kriegsführung einzusetzen, um die Möglichkeit eines zukünftigen Lebens der Kurd:innen in einem autonomen Kurdistan zu eliminieren.

Wie werden Ressourcen heute als Waffe eingesetzt? Warum ist es z. B. für die NATO geostrategisch wichtig, die Kontrolle über Wasserressourcen zu haben?

In einer Kriegssituation können Waffen alles sein, was gegen einen Feind oder zur Erlangung eines strategischen, materiellen oder mentalen Vorteils einer Gruppe, eines Staates oder einer Organisation gegenüber einem anderen Staat, einer Gruppe oder einer Organisation eingesetzt wird. Interessanterweise ist der Begriff »Waffe« im Völkerrecht oder in Verträgen, die die Anwendung von Gewalt regeln, nicht formell definiert. Seit dem Ende des Kalten Krieges haben Forscher:innen zunehmend die Zusammenhänge zwischen natürlichen Ressourcen, Sicherheit und Konflikten erforscht. Sie unterscheiden in der Literatur mehrere Argumente für mögliche Wechselwirkungen zwischen Gewalt und natürlichen Ressourcen. Demnach ist die erste Möglichkeit, dass natürliche Ressourcen zur Eskalation von Ereignissen zu einem gewaltsamen Konflikt beitragen. Obwohl die biophysikalische Umwelt selten die alleinige Ursache für einen Konflikt ist, können natürliche Ressourcen indirekt zur Eskalation von Gewalt beitragen oder Teil einer breiteren politischen Strategie sein. Wenn sie mit politischer Instabilität gekoppelt sind, können knappe natürliche Ressourcen Konflikte über den Zugang zu gemeinsamen grenzüberschreitenden Ressourcen zwischen konkurrierenden Staaten anheizen, z. B. behindert der türkische Staat durch Staudämme den Wasserfluss von Tigris und Euphrat in Nachbarländer wie den Irak und Syrien und nutzt Wasser als Drohmittel. Es ist anzumerken, dass der Hauptfaktor hinter dem Wunsch, trotz der bestehenden internationalen Konventionen mit der Wasserpolitik eine Hegemonie gegenüber den

Nachbarstaaten aufzubauen, die Präsenz der PKK in der Region ist. Eine zweite Möglichkeit ist, dass die biophysikalische Umwelt bei gewaltsamen Konflikten direkt oder indirekt zum Ziel wird, entweder als Waffe, Opfer oder als Nutznießerin des Konflikts. Sie kann beispielsweise »bewaffnet« werden und von einer der Konfliktparteien als direktes Mittel zur Gewaltausübung gegen die gegnerische Partei eingesetzt werden. Der israelisch-palästinensische Konflikt ist ein bekanntes Beispiel für einen Konflikt, bei dem Wasserknappheit eine Rolle spielt und von verschiedenen Parteien als Druckmittel eingesetzt wird. Nimmt man wiederum ein Beispiel aus dem eben erwähnten Nordkurdistan, wie ich es in meiner Doktorarbeit untersuche, so lassen sich der Bau von Wasserkraftwerken mithilfe von Aufstauung des Wassers oder das Abbrennen von Waldgebieten als Kriegsmittel aufzeigen. Auch wenn die Besetzung von Rojava (Westkurdistan) durch den türkischen Staat heute von den NATO-Mitgliedern und den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union geduldet oder ignoriert wird, kennt jeder das Ausmaß des dort stattfindenden Ökozids. Zum Beispiel erfahren wir aus den Berichten der internationalen Organisationen, welche Art von Kriegsverbrechen und Naturmassaker heute in Efrîn stattfinden. Lassen Sie mich die Antwort auf Ihre Frage mit einer persönlichen Bemerkung beenden. Die Art und Weise, wie die NATO-Mitglieder, insbesondere die USA, sich in Kriegsgebieten der natürlichen Ressourcen bemächtigen, hat zwei bekannte Gründe. Der erste ist der Krieg um Hegemonie, den sie als Fortsetzung des Kalten Krieges gegen Russland und den Iran führen. Zweitens gibt es die Unterstützung von Terrororganisationen wie ISIS und al-Qaida, vor allem im Mittleren Osten und in afrikanischen Ländern, um dann als Problemlöser die von diesen Terrororganisationen angerichtete Zerstörung zu beenden und die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen zu erlangen, indem die Mission der Rückgewinnung übernommen wird. Kurz gesagt, die kapitalistische Moderne beutet die Menschen der Region weiterhin so aus, dass sie von ihr abhängig sind, und sie verwandelt die Geografie des Mittleren Ostens, insbesondere Kurdistan, durch Krieg in eine Müllhalde.

Wie wird das ökologische Paradigma der kurdischen Freiheitsbewegung umgesetzt? Und was macht der Krieg mit diesem Verständnis von Ökologie? Was bedeutet Selbstverteidigung im Sinne der Ökologie?

Die Revolution basiert auf einem ökologischen Ethikverständnis und das hat einen Grund. Der Nationalstaat und die kapitalistische Moderne haben die Gesellschaft ihrer eigenen Ressourcen beraubt und sie vom Staat und oft auch vom Wohlwollen des Staates abhängig gemacht. Wir sehen zum Beispiel in Nordkurdistan einen systematischen Raub und einen Genozid an der Umwelt. Die Versuche der Staaten, jegliche ökologische Nachhaltigkeit in Kurdistan zu verhindern, sind Teil des breit angelegten Krieges gegen die Kurd:innen und ihre Revolution. In der Tat ist die Beziehung zwischen kapitalistischen Nationalstaaten und der Umwelt so eklatant wie nie zuvor. Wir haben eine globale ökologische Krise, und die Staaten denken immer noch an ihren kurzfristigen Profit, der die Zerstörung unserer Umwelt, aber auch Migrationsströme, Krieg um natürliche Ressourcen, Hungersnöte usw. verursacht. Krieg bedeutet Zerstörung. Das ökologische Paradigma basiert auf der Idee der Nachhaltigkeit trotz der Probleme, die durch Nationalstaaten und Kriegspolitik verursacht werden. Z. B. will das ökologische Paradigma Lösungen aus der Gesellschaft heraus finden, und Ansätze entwickeln, wie sich die Gesellschaft selbst organisieren kann, um Probleme wie Wasserknappheit, Wüstenbildung und Abhängigkeit von der Ölproduktion etc. zu lösen. Resilienz und Stärke kommt aus dem Inneren der Gesellschaft und ihren eigenen Ressourcen. Das ist etwas, was die Revolution in Rojava gezeigt hat. Öcalan hat viele Male betont, dass man nicht auf Gnade von seinen Unterdrückern warten darf. Man darf nicht vom Staat etwas verlangen, wenn der Staat als Unterdrücker agiert. Er hat betont, dass alle Lösungen für die Probleme der Gesellschaft innerhalb der Gesellschaft liegen. Rojava ist ein gutes Beispiel dafür, dass Selbstverteidigung nicht nur bedeutet, zu den Waffen gegen den Feind, wie etwa den sogenannten Islamischen Staat, zu greifen, sondern dass Selbstverteidigung bedeutet, mit einer Ideologie ausgestattet zu sein, die es erlaubt, ein eigenes System aufzubauen, eigene Lösungen für die Probleme zu finden, die Autonomie zu maximieren und das politische System autark, stark gegen Angriffe und zu einem Vorbild für die Welt und andere unterdrückte Menschen zu machen.

Die Frauenbefreiung spielt im Paradigma der kurdischen Freiheitsbewegung eine zentrale Rolle. Wie hängt die Lösung der ökologischen Frage mit der Frauenbefreiung zusammen?

Ich antworte auf Ihre Frage als jemand, der noch immer Selbstreflexionen über seine eigene Männlichkeit durchläuft, daher kann das Folgende nur aus dieser Sicht und mit diesen Einschränkungen gelesen werden. Die Befreiung der Frauen ist zentral für das Verständnis der kurdischen Freiheitsbewegung von der Befreiung der Gesellschaft. Nichts kann getrennt voneinander gesehen werden, die Befreiung ist ein organischer Prozess und muss alle Aspekte des Lebens und der Gesellschaft einbeziehen. Öcalan bezeichnet die Frauen als die erste Kolonie und hat den Begriff der »Hausfrauenehe« geprägt, in der die Männer die Frauen systematisch ihrer Freiheiten beraubt haben. Wenn wir auch hier die Natur als Kolonie verstehen, dann sehen wir, wie die Befreiung der Frauen vom Patriarchat der ökologischen Frage ähnelt. In diesem Sinne ist zum Beispiel

Jineolojî ein essentieller Bestandteil. Selbst wenn man genug organisatorische und ideologische Macht hat, zeigt es sich, dass man bei der Definition des soziologischen Fundaments unzureichend ist, wenn man dieses nicht in der Gesellschaft reflektieren kann. Jineolojî begründet das Paradigma der kurdischen Freiheitsbewegung auf einem wissenschaftlichen Feld. Sie sieht die Wissenschaft weder als Macht noch auf einem positivistischen Boden, sondern als eine Definition des Lebens auf der Grundlage eines Wahrheitsregimes. Sie tut dies mit ernsthaften Bedenken und ehrlichen Ansprüchen. Vor allem aber schlägt Jineolojî, geboren aus dem Kampf gegen alle Zerstörungen durch das männliche Prinzip, das im männlichen Staat, dem Vertreter des Patriarchats, verkörpert ist, ein neues Lebensmodell unter der Führung der Frauen vor. In diesem Sinne wird die Selbstdekolonisation der Frauen eine dynamische Kraft bei der Dekolonisierung aller kolonialen Praktiken, insbesondere der ökologischen Zerstörung, in der Geografie Kurdistans sein. Die Ermächtigung und Autonomie der Frauen ist auch mit der Stärkung der Fähigkeiten der Frauen verbunden, sich selbst zu versorgen, finanziell, sozial und ökologisch. Derzeit haben wir ein großartiges Beispiel vor uns: die bewaffnete und politische Bewegung der kurdischen Frauen. Wir haben die Rojava-Revolution als eine große Inspirationsquelle, und es gibt neue Lebenspraktiken, die von Frauen vorangetrieben werden. Es gibt in diesem Zusammenhang die Gründung von Frauenkooperativen wie Eko-Jin und KED (Frau-Labor-Natur) in Nordkurdistan. Oder als Beispiel aus Rojava: Jinwar, ein Dorf von Frauen für Frauen gebaut, inklusive Aufforstung, Bepflanzung, Bewässerungssystemen und kollektiven Prinzipien.

In dem Bemühen, den Anteil der Freiheit in der Gesellschaft zu erhöhen, müssen wir ständig unsere eigene Alternative verwirklichen und den Sieg der Freiheit sichern, indem wir einen starken Anspruch haben. Die despotische und zerstörerische Politik der faschistischen und bürgerlichen Regierungen, die in den letzten Jahren überall auf der Welt zugenommen hat, erfordert einen harten Kampf für alle anderen sozialen Bewegungen, insbesondere für die kurdische Freiheitsbewegung.

Wie kann das Paradigma der kurdischen Freiheitsbewegung eine Lösung für dieses globale Problem sein?

Lassen Sie mich versuchen, eine solche scheinbar einfache, aber schwer zu beantwortende Frage zu beantworten, indem ich irgendwo zwischen Hoffnung und Wunsch, aber auch mit meiner Sympathie für eine Befreiungsbewegung stehe, die einen hohen Anspruch und ihren Gründer als ideologische Führungspersönlichkeit hat. Gegen all die schöpferisch-zerstörerische Politik, die die kapitalistische Moderne in ihrer 300-jährigen Kolonialgeschichte betrieben hat, fordert eine 45 Jahre alte Freiheitsbewegung, die in einer Geografie wie Kurdistan entstanden ist, deren Integrität extrem zersplittert und unterdrückt ist, diese heraus und baut gegen sie die demokratische Moderne auf und versucht, dies in allen Bereichen zu tun. Dies ist keine einfache Sache. Es ist eine Bewegung, die gleichzeitig Kampf und Aufbau leistet; ich denke, das ist der Unterschied zu klassischen Revolutionen. Die Bewegung sagt nicht, dass wir zuerst eine Revolution machen und später ein neues Leben aufbauen werden. Das Paradigma einer sich selbst erneuernden Bewegung, die auf die Revolution abzielt und dieses Ziel als einen Weg ansieht, auf dem sie voranschreitet, erregt heute in der ganzen Welt Aufmerksamkeit. Während ein Paradigma und ein alternatives Lebensmodell, das die gesamte bisherige Akkumulation der kapitalistischen Moderne zerstören will, heute in Rojava umzusetzen und weiter zu entwickelnversucht wird, wird dies von den kapitalistischen Staaten grundsätzlich missbilligt. Während das Paradigma der demokratischen Moderne immer stärker wird und sich auf der ganzen Welt verbreitet, wird versucht, es zu kriminalisieren, der Krieg wird in die Geografie Kurdistans importiert, politische und ethnische Genozide und Besatzungen in Kurdistan werden direkt oder indirekt unterstützt, und es wird geheuchelt. Um meine Worte zu vervollständigen, vielleicht haben wir nicht mehr viel Zeit in einer solchen Ära der globalen Katastrophe, jetzt sollten wir den kritischen revolutionären Ansatz aufgeben und unsere Unzulänglichkeiten sehen und den aufbauenden revolutionären Ansatz beschleunigen, indem wir darauf achten, beim Aufbau der Alternative nicht alte Fehler zu wiederholen. In dem Bemühen, den Anteil der Freiheit in der Gesellschaft zu erhöhen, müssen wir ständig unsere eigene Alternative verwirklichen und den Sieg der Freiheit sichern, indem wir einen starken Anspruch haben. Die despotische und zerstörerische Politik der faschistischen und bürgerlichen Regierungen, die in den letzten Jahren überall auf der Welt zugenommen hat, erfordert einen harten Kampf für alle anderen sozialen Bewegungen, insbesondere für die kurdische Freiheitsbewegung. Die einzige Alternative gegen diese koloniale Ordnung ist die Annahme und Förderung der Methoden und Mittel eines fortwährenden Kampfes für den Aufbau eines neuen Lebens, sowie der Kampf gegen die Zerstörung durch den Kapitalismus. ♦

Nach der Niederlage im Arzach-Krieg befindet sich der armenische Nationalismus in der Krise – ein Blick nach Rojava könnte neue Perspektiven eröffnen

In Putins Hand

Dr. Nick Brauns, Historiker und Journalist

Die Niederlage im 44-Tage-Krieg um die international nicht anerkannte Republik Arzach[1] im Herbst letzten Jahres hat zu einer schweren innenpolitischen Krise in Armenien geführt. Die Opposition fordert mit Großdemonstrationen den Rücktritt der Regierung von Ministerpräsident Nikol Paschinjan, den sie für die Kriegsniederlage verantwortlich macht. Angesichts der massiven Überlegenheit der von der Türkei unter anderem mit Drohnen und als Kanonenfutter dienenden dschihadistischen Söldnern aus Syrien militärisch unterstützten aserbaidschanischen Armee hatte sich Paschinjan nach dem Fall von Shushi, der strategisch gelegenen zweitgrößten Stadt von Arzach, gezwungen gesehen, am 10. November 2020 ein von Moskau vermitteltes Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen. Infolge dieses Abkommens mussten die Anfang der 1990er Jahre von Armenien als Pufferzone um Berg-Karabach besetzten aserbaidschanischen Provinzen wieder der Kontrolle Bakus übergeben werden. Zudem verblieben die von der aserbaidschanischen Armee eroberten Gebiete Hadrut und Shushi in Arzach unter aserbaidschanischer Herrschaft. Im Restgebiet von Arzach wurde vorerst für fünf Jahre eine 2000-köpfige russische Friedenstruppe stationiert, die auch die Verbindungsstraße nach Armenien in der nun wieder unter aserbaidschanischer Kontrolle stehenden Provinz Latschin sowie einen über armenisches Territorium in die aserbaidschanische Enklave Nachitschewan führenden Verbindungsweg kontrolliert. Aseris, die in den 1990er Jahren aus den sieben armenisch besetzten Provinzen um Berg-Karabach vertrieben wurden, kehren jetzt wieder in ihre einstigen Wohngebiete zurück. Dem ging allerdings die Vertreibung der dort lebenden armenischen Bewohner*innen voran, deren jahrhundertealte Kirchen und Kulturstätten von aserbaidschanischen Soldaten systematisch zerstört werden, um nun jede Erinnerung an armenisches Leben in diesen über Jahrtausende gemischt besiedelten Gebieten auszulöschen. Der zukünftige Status von Arzach bleibt weiterhin ungeklärt. Während Baku maximal kulturelle Selbstverwaltung mit armenischsprachigen Schulen zugestehen will, fordert die Führung der Republik Arzach weiterhin volle Selbstbestimmung, das heißt Unabhängigkeit.

Raketenkrise in Jerewan

Für viele armenische Patriot*innen gilt Paschinjan aufgrund der Unterzeichnung des Waffenstillstands, der den Weg zu ethnischen Säuberungen auch von Teilen Arzachs freigemacht hat, als »Verräter«. Von aserbaidschanischen Soldaten über Social Media verbreitete Aufnahmen ihrer Gräueltaten, darunter Folterungen und Enthauptungen von armenischen Kriegsgefangenen und die Zerstörung armenischer Heiligtümer, heizen die nationalistische Stimmung in Armenien und unter der großen armenischen Diaspora in aller Welt zusätzlich an. Zu seiner Verteidigung behauptete der Ministerpräsident Ende Februar, die armenische Armee habe ihre von Russland gekauften Kurzstreckenraketen vom Typ Iskander im Krieg kaum einsetzen können, weil diese »nicht« beziehungsweise »nur zu zehn Prozent funktioniert« hätten. Als sich Vizegeneralstabschef Tigran Khachatrjan über diese Aussagen lustig machte, wurde er von Paschinjan entlassen. Das wiederum erzürnte die Armeeführung so, dass sie ihrerseits in einem Memorandum am folgenden Tag den Rücktritt des Ministerpräsidenten verlangte. Da die Truppe – wohl auf Druck ihrer russischen Ausbilder hin – keine weiteren Schritte unternahm, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, handelte es sich zwar um eine verfassungswidrige Einmischung in die Innenpolitik, nicht aber – wie von Paschinjan behauptet – um einen Putschversuch. Der armenische Präsident Armen Sarkissjan weigerte sich allerdings, die von Paschinjan nach dem Memorandum verfügte Absetzung des Generalstabschefs zu unterzeichnen. Die russische Regierung betonte derweil, das Iskander-Raketensystem sei im jüngsten Kaukasus-Krieg überhaupt nicht zum Einsatz gekommen und Paschinjan diesbezüglich einer Fehlinformation aufgesessen. Warum die armenische Armee die Kurzstreckenraketen nicht zum Einsatz gebracht hat, ist ungeklärt. Hier mag der Druck Moskaus, das über wesentlichen Einfluss auf

1 Arzach ist die armenische Bezeichnung für die Region Berg-Karabach. Der dortige, international nicht anerkannte Staat hieß erst Republik Bergkarabach und nennt sich seit 2017 Republik Arzach.



Demonstration am 2.11.2020 zum Weltkobanêtag in Wien. Foto: komintern.at

die armenischen Streitkräfte verfügt, eine Rolle gespielt haben. Denn ein Einsatz der im armenischen Kernland stationierten Raketen hätte einen aserbaidschanischen Gegenangriff auf Armenien selbst auslösen können. Dann aber hätte Russland, das gute wirtschaftliche Beziehungen auch zu Aserbaidschan unterhält, – anders als bei einem Angriff auf Arzach – seiner militärischen Beistandsverpflichtung für Armenien im Rahmen des Verteidigungsbündnisses OVKS nachkommen müssen.

Den alten Eliten, die mit der von Paschinjan geführten »samtenen Revolution« 2018 ihren Einfluss auf den Staat und seine Pfründe einbüßen mussten, erscheint das Ausspielen der patriotischen Karte heute als probates Mittel, um selbst wieder an die Macht zu kommen. Gegen Paschinjan und seine Mein-Schritt-Allianz stehen die nicht im Parlament vertretene nationalistisch-autoritäre Republikanische Partei, die das Land zwei Jahrzehnte lang regiert hatte, sowie die Armenische Revolutionäre Föderation (Daschnaken) und als parlamentarische Opposition die prorussische liberal-konservative Partei Blühendes Armenien. Unterstützung erhält dieses Oppositionsbündnis, dem noch kleinere nationalistische Parteien angehören, von der Kirche, der obersten Militärführung sowie den Oligarchen in Armenien und Russland.

Paschinjan hat angesichts der Proteste mittlerweile die Flucht nach vorne angetreten und für den 20. Juni Neuwahlen anberaumt. Um den Weg dahin freizumachen, will Paschinjan im April zurücktreten und nur noch kommissarisch im Amt bleiben. Es bestehen indessen gute Chancen, dass der Politiker, der 2018 im Gefolge der von ihm geführten »samtenen Revolution« mit mehr als 80 Prozent der Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, erneut Regierungschef werden wird. Zwar sehen ihn Meinungsumfragen nach der Kriegsniederlage bei nur noch 30 Prozent. Doch das Personal der Republikanischen Partei, die jahrzehntelang Armenien wie ihren Privatbesitz verwaltet und ausgebeutet hat, ist durch Korruption und Vetternwirtschaft in der Bevölkerung so diskreditiert, dass sie nicht als Alternative wahrgenommen wird. Sollte Paschinjan im Juni – wenn auch stark geschwächt – im Amt bestätigt werden, wäre das durchaus im Interesse Russlands. Ursprünglich hatte Paschinjan sein Amt zwar mit der erklärten Absicht angetreten, Armenien durch eine nicht zuletzt militärische Öffnung gegenüber den USA und Europa aus der einseitigen Abhängigkeit von Russland zu führen. Doch mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens hat Paschinjan sein Schicksal in die Hand Putins gelegt. Und angesichts der lautstark geäußerten Revancheforderungen der nationalistischen Opposition erscheint ein geschwächter und

abhängiger Paschinjan heute in Moskaus Augen als der beste Garant für die Einhaltung des Friedensvertrages mit Aserbaidschan. Der russische Einfluss auf Armenien ist militärisch und ökonomisch so erheblich, dass es nicht übertrieben erscheint, die Abhängigkeit der Kaukasusrepublik von Russland mit dem Status einer Halbkolonie zu beschreiben. Jahrzehntelang haben russische Oligarchen Hand in Hand mit den armenischen Eliten das Land ausgeplündert und in Rückständigkeit gehalten. Die armenische Energieversorgung ist bis zu 80 Prozent in russischem Besitz. Russisches Kapital dominiert zudem den Handel Armeniens, das auch seit 2013 der von Russland geführten Zollunion angehört. Zudem unterhält Russland in Armenien einen großen Militärstützpunkt.

»Damit Russland seine Einflusszone Südkaukasus bewahren kann, braucht es in Jerewan eine Regierung, die sich als Protégé sieht. Denn Loyalität ist für Putin nicht nur im Inland wichtig sondern auch im ›nahen‹ Ausland. Deshalb kann Russland mit dem ›hard power‹-Ansatz Erdoğans gegenüber Armenien gut leben«, heißt es in einer Analyse des aus Bundesmitteln finanzierten Thinktanks Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. „Die Einmischung Ankaras ist für den Kreml eine Art Hilfsmittel, um den seit 2018 verlorenen Einfluss in Armenien zurückzugewinnen. Zugleich hat Russland der Türkei aber eine rote Linie gezogen, nämlich das armenische Territorium.« (SWP Aktuell Nr. 88, November 2020).

Von Enver über Atatürk zu Erdoğan

Doch auf weitere Gebietsgewinne im armenischen Kernland schielen die Kriegsstrategen in Ankara und Baku bereits. Denn die Panturkisten haben nach ihrem Erfolg im Krieg um Arzach Blut geleckt. Der aserbaidschanische Machthaber Ilham Aliyew erklärte in seiner Rede während der Siegesparade am 10. Dezember 2020 in Baku über armenisches Kernland, »Sangesur, Sewan und Khanat Jerewan sind historisch aserbaidschanische Länder«. Und der bei der Parade anwesende türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan pries dort den früheren osmanischen Kriegsminister und Schlächter Enver Pascha, dessen »Seele nun ruhen kann«. Erdoğans Allianzpartner Devlet Bahçeli von der faschistischen MHP kündigte die Eröffnung einer »Schule der Grauen Wölfe« im besetzten Shushi an. Im aserbaidschanischen Ağdam werden zudem türkische Soldaten im Rahmen eines gemeinsam mit der russischen Armee betriebenen Überwachungszentrums für den Waffenstillstand stationiert. Absehbar ist so, dass das Waffenstillstandsabkommen vom November 2020 keinen dauerhaften Frieden im Kaukasus bringen wird, sondern lediglich eine Übergangsphase

---

Erhobenen Hauptes durch die Hardenbergstraße

Am 15. März 1921, wurde Talaat Pascha, einer der drei Hauptverantwortlichen für den Genozid an der armenischen Bevölkerung und weiteren christlichen Bevölkerungsgruppen im Osmanischen Reich, in der Berliner Hardenbergstraße erschossen – durch eine Kugel aus der Pistole des armenischen Revolutionärs Soghomon Tehlirian. Der osmanische Innenminister und spätere Großwesir war Ende 1918 mit deutscher Hilfe nach Berlin entkommen, wo er von den Rächern der »Operation Nemesis« aufgespürt wurde.

»Ich habe einen Menschen getötet, doch ein Mörder bin ich nicht«, rechtfertigte sich der Attentäter, Soghomon Tehlirian, am 2. Juni 1921 vor dem Moabiter Landgericht. In erschütternden Worten schilderte der in Ezirgan (tr. Erzincan) geborene 24-jährige Armenier die von Talaat zu verantwortenden Gräueltaten an seinen Landsleuten. Dies sei »der erste wirkliche Kriegsverbrecherprozess«, befand die sozialdemokratische Tageszeitung Vorwärts. »Nur mit der einen Einschränkung, dass nicht der Kriegsverbrecher, sondern der Rächer unter Anklage stand. Aber in Wirklichkeit saß in diesen zwei Tagen auf der Anklagebank der blutbefleckte Schatten Talaat Paschas.« Die deutsche Regierung hatte allerdings kein Interesse daran, das Schicksal der Armenier*innen vor den Augen der Weltöffentlichkeit in einem deutschen Gerichtssaal zur Sprache kommen zu lassen. Denn als engster militärischer Verbündeter der Türkei trug das deutsche Kaiserreich erhebliche Mitschuld an den Verbrechen. So fiel nach nur zwei Tagen bereits das Urteil. Die Geschworenen befanden Tehlirian für »nicht schuldig«, da er zum Tatzeitpunkt psychisch unzurechnungsfähig gewesen sei.

Anlässlich des 100. Jahrestags der Erschießung Talaat Paschas fand am Ort des Geschehens eine vom Bündnis »United Against Turkish Fascism« organisierte Demonstration statt. Unter dem Motto »Gerechtigkeit für die Opfer des Völkermords – Genozidverleugnung heißt Fortsetzung des Verbrechens« zogen gut hundert Menschen nach einer Auftaktkundgebung am Ort der Erschießung Talaats vorbei an der CDU-Zentrale bis zum türkischen Konsulat. Gerayer Koutcharian von der Deutsch-Armenischen Gesellschaft sprach über die Bedeutung der Operation Nemesis. Für alle Armenier*innen und Menschen aus Kleinasien bedeute die nach der altgriechischen Göttin der Vergeltung benannte Operation eine »gerechtfertigte Bestrafung« für die Verantwortlichen des Genozids. »Nemesis wurde 1919 in

zum nächsten großen Krieg im Kaukasus bedeutet. Bis dahin werden die von der Türkei unterstützten aserbaidschanischen Truppen auf Provokationen im Rahmen eines Krieges niederer Intensität entlang der Demarkationslinien setzen, um Arzach weiter zu schwächen und die Zivilbevölkerung zur Flucht zu treiben.

Das nächste anvisierte Kriegsziel der pantürkischen Allianz scheint die südarmenische Provinz Sjunik zu sein, um so eine stabile Verbindung zwischen dem aserbaidschanischen Kernland und der aserbaidschanischen Enklave Nachitschewan zu schaffen. In dem von Armenien und dem Iran umschlossenen Gebiet Nachitschewan leben nach offiziellen Angaben rund 450.000, in Wahrheit aber wohl wesentlich weniger Menschen. Bereits der türkische Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk hatte die strategische Bedeutung dieser ausschließlich von Aseris bewohnten Region erkannt. In einem russisch-türkischen Vertrag 1921 ließ Atatürk verankern, dass das damals noch nicht an die Türkei grenzende Gebiet nicht in Armenien eingegliedert wurde. Infolge eines Gebietsaustausches mit Iran erhielt die Türkei 1932 dann eine 17 Kilometer lange Grenze zu Nachitschewan, das den Status einer Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik hatte. Ihrem Traum nach einer direkten Verbindung zwischen den »Brudernationen« Türkei und Aserbaidschan sind die Panturkisten seit dem Berg-Karabach-Krieg einen deutlichen Schritt näher gekommen. Infolge des Waffenstillstandsabkommens wurde ein Korridor von Nachitschewan nach Aserbaidschan eröffnet. Der aserbaidschanische Historiker und Parlamentarier Musa Qasımlı feierte dies bereits mit den Worten: »Mit dem Abkommen wird die Blockade von Nachitschewan und Aserbaidschan beendet. Aserbaidschan wird über die Eisenbahnlinie Baku–Nachitschewan–Iğdır–Kars–Istanbul Zugang zur Türkei und Europa erhalten.« Die Verbindung ist allerdings vom Wohlwollen Moskaus abhängig, da russische Truppen die Überlandstraße durch armenisches Territorium kontrollieren. Doch im aserbaidschanischen Fernsehen wurden bereits Karten gezeigt, die die zwischen Nachitschewan und Aserbaidschan gelegene armenische Provinz Sjunik als aserbaidschanisches Staatsgebiet reklamieren. Gemeinsame türkisch-aserbaidschanische Militärmanöver in Nachitschewan und der Provinz Qers (tr. Kars) im Osten der Türkei wie zuletzt im Februar 2021 müssen damit als klare Drohung verstanden werden, dass in Ankara und Baku die Bereitschaft besteht, erneut mit militärischer Gewalt Tatsachen zu schaffen. Dass Russland dann seiner Verpflichtung zum Schutze seines Protégés Armenien nachkommen wird, ist nicht garantiert. So zeigt das russische Agieren in Syrien, dass bei der russischen Führung durchaus Bereitschaft besteht, für weitergehende strategische Interessen territoriale Verluste ihrer Verbündeten in Kauf zu nehmen.

Jerewan während des neunten Parteitags der Dashnaktsutiun (Armenische Revolutionäre Föderation) ins Leben gerufen, um die Völkermordverbrecher zu bestrafen. Eigentlich sollte man diese Verbrecher vor ein armenisches Gericht stellen. Aber Ende 1920 hatte Armenien seine Souveränität verloren, also blieb nur noch Selbstjustiz der Nemesis-Rächer.« Heute gehe jede Armenierin und jeder Armenier erhobenen Hauptes durch die Hardenbergstraße, führte Koutcharian weiter aus. »Und sie erinnern sich daran, dass wir nicht nur wehrlose Opfer waren. Durch die Operation Nemesis wurde unsere Menschenwürde wiederhergestellt.« Im Namen des kurdischen Frauenrats Dest-Dan erinnerte eine Aktivistin daran, dass der Genozid von 1915/16 etwa zwei Millionen Menschen das Leben kostete. »Dies sollte Hitler, als er und die Nationalsozialisten begannen, den jüdischen Völkermord vorzubereiten, dazu bringen, folgende Aussage zu machen: ‚Wer redet heute noch von den Armeniern?‘« Den gleichen fanatischen Traum wie das jungtürkische Triumvirat von damals verfolge heute die Regierung des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, führte die Aktivistin weiter aus: »Sie beteiligen sich am Krieg in Libyen, Syrien, Irak, Armenien, Kurdistan und Zypern, treiben den Konflikt im Mittelmeer weiter und führen weiterhin ethnische Säuberungen durch. Aktuell kann man das in der westkurdischen Stadt Efrîn und anderen von der Türkei besetzten Gebieten beobachten.«

Das Deutsche Reich als Hauptverbündeter des Osmanischen Reiches leistete aktive Beihilfe zum Genozid an den Armenier*innen, führte der Historiker Nick Brauns vor der Zentrale der CDU aus. Mithilfe der Bagdadbahn wurden armenische Zwangsarbeiter*innen in den Tod deportiert. Deutsche Offiziere ließen armenische Stadtviertel beschießen und rechtfertigten dies damit, dass »der Armenier wie der Jude sei« und zur Rettung des Osmanischen Reiches vernichtet werden müsse. Der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg verbot Proteste gegen die Massaker an den Armenier*innen mit der Begründung, »unser einziges Ziel ist es, die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten, gleichgültig, ob darüber Armenier zugrunde gehen oder nicht.«

Vor der türkischen Botschaft gab es eine gemeinsame Abschlusskundgebung mit den bereits dort für die Freiheit von Abdullah Öcalan demonstrierenden Aktivistinnen und Aktivisten der kurdischen Jugendbewegung unter den Fahnen des armenischen Bataillons »Şehîd Nubar Ozanyan«, der gelb-rot-grünen Fahne, die für Rojava steht, und Fahnen mit dem Bild Öcalans.

Arzach und Rojava

Russland tritt in Syrien als Schutzmacht der Regierung von Präsident Baschar al-Assad auf. Mit dem Ziel, die NATO zu schwächen hat Moskau dabei Ankara als Unterstützer der dschihadistischen Kampfgruppen in das Astana-Format zusammen mit Iran eingebunden. Die Besetzung von Teilen des syrischen Territoriums wie in Idlib oder Efrîn nimmt der Kreml dabei für seine strategischen Ziele in Kauf. Russland ist auch Garantiemacht für einen Waffenstillstand, der unter Vermittlung des Kremls nach dem erneuten – mit grünem Licht sowohl der US-Regierung wie der russischen Regierung erfolgten – Einmarsch der türkischen Armee im Oktober 2019 in das Autonomiegebiet Rojava vereinbart wurde. Die russische Regierung versucht dabei, die Autonome Verwaltung von Nord- und Ostsyrien zur politischen Unterordnung unter Damaskus und zur Aufkündigung ihrer militärischen Allianz mit den US-Truppen zu bewegen. Der Knüppel, um dies durchzusetzen, ist die Türkei, die ihre Angriffe auf Rojava trotz des Waffenstillstands im Rahmen eines Krieges niederer Intensität mit willkürlichem Beschuss von Dörfern, Sabotageaktionen und Überfällen ihrer Söldner fortsetzt. Die russischen Truppen in Nordsyrien halten zwar den Luftraum weitgehend gesperrt für türkische Kampfflugzeuge – nicht aber für Drohnen –, doch sie schauen immer wieder weg, wenn die Türkei beziehungsweise ihre dschihadistischen Söldner bei Ain Issa oder Til Temir (Tel Tamer) an den Rändern ihrer Besatzungszone größere Offensiven in Richtung der M4-Schnellstraße starten. Die russische Armee, die auch gemeinsame Patrouillen mit türkischen Militärs in Rojava durchführt, lässt die Invasionstruppen gewähren, um so den Druck auf die Autonome Verwaltung zu erhöhen. Mehrfach haben die türkisch-dschihadistischen Angreifer dabei auch Stützpunkte syrischer Regierungstruppen, die infolge eines Beistandsabkommens mit den Demokratischen Kräften Syriens (QSD) in Rojava stationiert sind, unter Beschuss genommen.

Armenien ist strategisch auf Gedeih und Verderb an die Schutzmacht Russland gebunden. Demgegenüber verfügen die nord- und ostsyrische Autonomieverwaltung und ihre Streitkräfte durch eine taktische Bündnispolitik über eine größere Flexibilität, die es ihnen bislang ermöglicht hat, dem Druck zur Unterwerfung zu widerstehen. Die Autonomieverwaltung hat sich nicht strategisch an einen Partner gebunden, sondern unterhält taktische Beziehungen sowohl zu den USA als auch zu Russland und zur syrischen Regierung. So kann sie zwischen den Interessen der Groß- und Regionalmächte lavieren und diese auch gegeneinander ausspielen. Die armenischen Streitkräfte haben im Krieg um Arzach weitgehend auf konventionelle Kriegsführung gesetzt und dabei auf ihre Militärtechnologie vertraut. Eine Folge sind hohe menschliche Verluste auf beiden Seiten. Doch letztendlich musste die armenische Seite an der rein materiellen Übermacht Aserbaidschans scheitern. Dagegen führen die Demokratischen Kräfte Syriens in Nord- und Ostsyrien einen revolutionären Volkskrieg zur Verteidigung und zum Ausbau ihrer Errungenschaften, der alle personellen, materiellen und ideologischen Ressourcen der Region nutzen kann. Militärische Operationen gehen dort einher mit politischen Umwälzungen – die Bildung von Rätestrukturen zur Selbstverwaltung der örtlichen Bevölkerung und der Durchsetzung von Frauenrechten und den Rechten bislang unterdrückter Nationalitäten und Glaubensgemeinschaften. Das seinem Selbstverständnis nach weder kurdisch-nationalistisch noch überhaupt nationalstaatlich orientierte Projekt der demokratischen Autonomie erscheint dabei anschlussfähig für alle ethnischen Gruppen und Glaubensgemeinschaften im syrischen Bevölkerungsmosaik. Dies ist das Geheimnis, warum sich Rojava in einem Meer von Feinden bislang behaupten konnte. Angesichts der fortgesetzten Bedrohung Arzachs und Armeniens durch die pantürkische Allianz von Baku und Ankara sowie die Unzuverlässigkeit der russischen Schutzmacht kann der Blick nach Nord- und Ostsyrien helfen, für den Kaukasus eine neue Perspektive jenseits des Zwangskorsetts des bürgerlichen Nationalstaates zu finden, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker ebenso berücksichtigt wie den jahrtausendealten multiethnischen und multireligiösen Charakter der Region. ♦

Angesichts der fortgesetzten Bedrohung Arzachs und Armeniens durch die pantürkische Allianz von Baku und Ankara sowie die Unzuverlässigkeit der russischen Schutzmacht kann der Blick nach Nord- und Ostsyrien helfen, für den Kaukasus eine neue Perspektive jenseits des Zwangskorsetts des bürgerlichen Nationalstaates zu finden, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker ebenso berücksichtigt wie den jahrtausendealten multiethnischen und multireligiösen Charakter der Region.

Die Kommune – Im Kampf eine neue Gesellschaft aufbauen

Initiative Geschichte & Widerstand

Zum 150. Jahrestag der Pariser Kommune beschäftigt sich die Initiative Geschichte & Widerstand mit der Idee der Kommune von der natürlichen Gesellschaft bis zur Revolution in Rojava. Die Kommune ist der Kern für den Aufbau einer freien Gesellschaft. Somit ist dieser Text auch ein Aufruf zum Aufbau von Kommunen und Räten, im Zusammenschluss demokratischer Autonomien.

150 Jahre ist es her, dass durch die Pariser Kommune einmal mehr bewiesen wurde, dass sich die Gesellschaft durchaus ohne Staat und Herrschaft organisieren kann. So wurden die Tage der Pariser Kommune im Jahre 1871 wichtiger Bezugspunkt für viele spätere kämpfende Bewegungen. Über die russische Revolution und die Novemberrevolution in Deutschland bis nach Kurdistan, zog sich die Idee weiter fort. Doch war die Kommune keineswegs der Beginn gesellschaftlichen Strebens nach Gleichheit und Freiheit. Vielmehr blühte in ihr die zu allen Zeiten existierende moralisch-politische Gesellschaft, in ihrem langen Kampf gegen die staatliche Zivilisation von Herrschaft und Unterdrückung, auf. Was zu dieser Geschichte des Kampfes um Freiheit gezählt werden sollte, skizziert Abdullah Öcalan in Soziologie der Freiheit[1]: »Riesige Gesellschaftsgruppen wie alle Familien-, Stammes- und Klansysteme, Konföderationen, Stadtdemokratien […] und demokratische Konföderationen, Klöster, Tekken, Kommunen, egalitäre Parteien, Zivilgesellschaften, Sekten, Konfessionen, nicht zur Macht gewordene religiöse und philosophische Gemeinschaften, Frauensolidaritätsstrukturen, unzählige nicht verschriftlichte solidarische Gemeinschaften und Räte sollten zur demokratischen Zivilisation gezählt werden.« Im Zusammenhang dieser Geschichte der demokratischen Zivilisation wollen wir die Pariser Kommune verstehen.

1 Abdullah Öcalan, Manifest der demokratischen Zivilisation – Bd. III, Soziologie der Freiheit, Unrastverlag

Von der kommunalen Gesellschaft bis zur Pariser Kommune

Viel wurde über die Tage der Pariser Kommune geschrieben und diskutiert. Daher soll es an dieser Stelle genügen, einige wichtige Merkmale der politischen Ordnung und Eindrücke des Geistes dieser Wochen in Paris zu skizzieren, um sich der historischen Bedeutung zu erinnern. In der Selbstverwaltung der Pariser Kommune drückte sich das Prinzip der Einheit zwischen der Gesellschaft und ihrer Verwaltung durch Delegierte aus. An die Stelle der politischen Eliten traten die Menschen selbst. Die Aufgabe der geschaffenen Verwaltung war es, die Menschen immer wieder zu ermutigen, bewusst an der Gestaltung der konkreten Verhältnisse zu partizipieren und damit ihre soziale Realität immer wieder aufs Neue selbst zu formen. Durch die Übernahme von Verantwortung, lernten die Menschen Selbstbestimmung auszuüben. In den politischen Gremien saßen nun nicht mehr Adelige und Bürger, sondern überwiegend Arbeiter, Handwerker und Angestellte. Die Gewählten waren unbedingt und zu jeder Zeit den Wählern verpflichtet und konnten jederzeit ihres Mandats enthoben werden. Zudem war ein wichtiges Prinzip die Aufhebung der Gewaltenteilung, und so stand die Nationalgarde genauso unter der Kontrolle des Gemeinderats wie auch die Durchführung der verabschiedeten Dekrete. Der Aufbau aller politischen Strukturen erfolgte damit von der gesellschaftlichen Basis. Im Prozess der politischen Willensbildung, spielten die Stadtbezirke und ihre gewählten Räte und Bataillone, die politischen Clubs und Wachsamkeitskomitees, wie auch die »Union des Femmes« als größte Frauenorganisation, eine wichtige Rolle. Durch sie wurde die Entfremdung der Menschen vom politischen Geschehen im bürgerlichen Staat aufgehoben und die Entscheidungsgewalt in die Hände der Bevölkerung zurückgegeben. Wichtig war dabei die Selbstverteidigung der radikalen demokratischen Strukturen gegen eine erneute Herausbildung von Hierarchien. Um dieses zu verhindern, standen die gewählten Vertreter*innen des Gemeinderats unter der permanenten Kontrolle der Bevölkerung, und alle Ämter wurden nicht höher entlohnt als das Einkommen der Arbeiter*innen.



Die Barrikade auf der Place Blanche wird von Frauen verteidigt. Quelle: tage-der-kommune.de

Doch blieb die Demokratisierung, welche in den Strukturen der Kommune ihren Ausdruck fand, nicht bei der politischen Partizipation stehen, sondern verallgemeinerte sich in andere Lebensbereiche. So wurden mit der Demokratisierung der Wirtschaft durch den Aufbau von Betriebsgenossenschaften und der Kollektivierung von Land und Boden, auch die bürgerlich-kapitalistischen Besitzverhältnisse herausgefordert. Mit all diesen Aspekten stellte die Kommune eine ganzheitliche Lebensform der bürgerlichen entgegen, die charakterisiert ist durch ihre innere Zerrissenheit in vermeintlich private und öffentlich-politische Sphären.

Unter dem Ruf »Es lebe die Kommune«, wurde in Paris ein neuer Abschnitt des Kampfes der Menschheit um Freiheit eingeläutet. So einmalig die Pariser Kommune war, so finden wir in ihr doch viele Merkmale und Werte vorangegangener Kämpfe. Die Werte von Gleichheit und Freiheit, von Solidarität und Selbstbestimmung und Organisierung in Form von dezentralen, autonomen und kommunalen Strukturen, sind die Grundlagen der kommunalen Gesellschaft an sich. Diese zusammengefasst, ergeben die Kommune als konkrete politische Form, verbunden mit einer gesellschaftlichen, freiheitlichen Mentalität. Somit ist die Kommune nichts Spezifisches für die Pariser Kommune, auch wenn diese eben dort ihre Bezeichnung bekam und in die Geschichtsbücher der kämpfenden Bewegungen Einzug hielt.

Die Idee der Kommune zieht sich von den ersten Gesellschaften durch alle Kämpfe um Freiheit bis zur Pariser Kommune durch die Geschichte und alle Geografien hindurch. Mal mehr mal weniger, haben diese Kämpfe konkrete gesellschaftliche Formen annehmen können und sich zu einem System

entwickelt, welches Herrschaft und Macht in der Gesellschaft zurückdrängen konnte. Zusammen bildet diese Geschichte den Strom der demokratischen Zivilisation, welcher immer im Widerspruch und Kampf mit der zentralistischen Zivilisation von Staat und Macht, Patriarchat und Kapital stand und heute noch steht. Die Geschichte dieses Stroms gilt es, aus dem Schatten, den die Geschichte der kapitalistischen Zivilisation auf ihn geworfen hat, herauszuarbeiten.

Aus den ersten menschlichen Gesellschaften nahm dieser Strom sein Wasser auf. Denn das Sein einer Gesellschaft an sich setzte Werte von Solidarität, Freiheit, Gleichheit und Kommunalität voraus. Die Beschaffung und Verteilung der zum Leben wichtigen Dinge erfolgte in kommunaler und kooperativer Wirtschaft, im Einklang mit der Natur und unter der Partizipation aller aus der Gemeinschaft. Diese Gesellschaften organisierten ihren Schutz und ihre Verteidigung selbst, sowohl nach innen als auch nach außen. All diese Werte und Formen beschreiben eine matrizentrische Ordnung der Gesellschaften, in der Frauen eine wichtige Rolle einnahmen.

Von dieser natürlichen Gesellschaft ausgehend, zog sich dieser Strom der demokratischen Zivilisation weiter in die kommunalen Stammesgesellschaften und Stammeskonföderationen, welche ihre kulturelle Lebensform gegen sich ausbreitende Imperien und die Christianisierung verteidigten. Sie verteidigten das Prinzip dezentraler, kommunaler Gesellschaftsstrukturen, ein ganzheitliches Verständnis der Welt und ihrer eigenen Existenz darin. Wichtige Beispiele dieser Gesellschaften waren die slawischen Stammesbünde wie der Lutizenbund oder die friesischen Markgenossenschaften, welche ihr Erbe bis ins 16. Jahrhundert weiter trugen. Wir finden die Werte der demokratischen Gesellschaft in werdenden Nationen, welche ihre Einheit nicht durch Homogenisierung aller, sondern in der Einheit der Unterschiedlichkeit fanden. Wir finden sie in dörflichen Gemeinschaften und ihrem Kampf um den Erhalt kommunaler und kollektiver Wirtschaft, den wir heute als Kampf um die Commons, die Gemeingüter, beschreiben. In häretischen Gemeinschaften und Beginen-Konventen, welche die Heiligkeit des Menschen, der Natur und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihres Glaubens stellten. Sie forderten den Dogmatismus der katholischen Kirche heraus und entwickelten alternative, kommunale Schulen des Volkes. Im Streben städtischer Selbstverwaltung der Handwerker*innen, Tagelöhner*innen und Häretiker*innen gegen die Macht der Patrizier und Reiche der Herrschenden wie im »Ewigen Rat« von Mühlhausen. Wir finden diese Werte in den frühen republikanischen Bewegungen wie der Badischen Revolution. Diese wurde getragen vom Prinzip der Gleichheit und Freiheit, forderte die absolutistische Monarchie Preußens heraus, aber unterlag dem Nationalismus des aufstrebenden Deutschen Reiches. Der Fluss der demokratischen Zivilisationen zog sich durch die sozialistischen Bewegungen, welche für die Befreiung der Menschheit vom Gesellschaft zerstörenden Kapitalismus kämpften. Und natürlich finden wir die Werte der kommunalen Gesellschaft in den Kämpfen von Frauen und unterdrückten Geschlechtern, welche den Kampf gegen das Patriarchat in den Mittelpunkt rückten. Weiter finden wir die Werte der kommunalen Gesellschaft in den anarchistischen Bewegungen, die für eine herrschaftsfreie Gesellschaft kämpften. Nicht zuletzt zog sich dieser Fluss auch durch die Französische Revolution, dem Aufbegehren der Menschen für Geschwisterlichkeit und Freiheit. All diese Kämpfe, der Fluss der demokratischen Zivilisation, entfachten das Verlangen nach Selbstbestimmung und Selbstverwaltung. Und so proklamierten Tausende von Menschen im Frankreich der 1870er Jahre ihre Kommunen, darunter in Lyon, Le Creusot, Marseille und eben Paris.

»Nur noch ein Wort …«, schrieb der Kommunarde Théophile Ferré am 28. November 1871, kurz vor seiner Erschießung. »Das Glück ist launisch, ich vertraue der Zukunft die Sorge um das Andenken meiner und um meine Rache an«. Und die Zukunft nahm sich des Andenkens und der Rache der Théophile Ferré, Bourgois und Rossel, Louise Michel und André Léo, der gesamten Pariser Kommune an.

Von der Pariser Kommune bis nach Rojava

In der »blutigen Maiwoche« vom 21. bis zum 28. Mai wurde die Revolution der Pariser Kommune durch die hegemonialen Mächte erstickt. Angesichts der Gefahr, welche von der Kommune für die etablierten Mächte ausging, überwanden die konkurrierenden herrschenden Klassen Frankreichs und des Deutschen Reiches ihre Widersprüche. Sie verbündeten sich gegen die Pariser Kommune und feierten gemeinsam die Niederschlagung der Revolution auf den Trümmern und Leichenbergen in den Straßen von Paris.

Doch lebte die demokratische Gesellschaft auch nach der Pariser Kommune weiter fort. In vielen weiteren Momenten manifestierten sich die Ideen und Werte und nahmen konkrete politische Strukturen der Selbstverwaltung an. Zu diesen Momenten zählten die Kommunen und Räte der russischen Revolution, welche versuchte, die kommunistische Utopie einer freien Gesellschaft wahr werden und sich nicht durch die Gewalt der Herrschenden zerschlagen zu lassen. Die Novemberrevolution von 1918 im Deutschen Reich, deren Basis die Arbeiter*innen und Soldatenräte waren, welche mit dem Aufbau der Räterepublik eine gesellschaftliche Form außerhalb des Staates suchten. In seinem Aufsatz »Die Befreiung der Gesellschaft vom Staat« brachte Erich Mühsam diese Suche auf den Punkt: »Eine Rätegesellschaft, eine Räterepublik – das Wort

Republik bezeichnet keineswegs ohne weiteres eine Staatsform, sondern jede Selbstverwaltung eines Gemeinwesens durch das Volk – eine Rätewirtschaft ist nur als föderatives Gebilde zu denken und kann niemals ein Staat sein oder in einem Staatsganzen Platz finden.« Wir finden den demokratischen, kommunalen Geist in seinen konkreten Formen und Institutionen auch in den Gemeinden der zapatistischen Bewegung in den befreiten Gebieten Chiapas`. Inspiriert durch den zapatistischen Aufstand von 1994, trug sich dieser Geist weiter fort in die Antiglobalisierungsbewegung. Wir finden diesen Geist in der Selbstorganisierung der Menschen auf den Plätzen zur Zeit des Arabischen Frühlings, zu dessen Symbol der Tahrir-Platz wurde. Aber auch auf den Plätzen in den Metropolen der kapitalistischen Moderne wie New York und Madrid. Wir finden die Werte der demokratischen Gesellschaft, die Ideen der Kommune, verkörpert im Aufbau der demokratischen Autonomie in Kurdistan, in Bakur, Şengal, Mexmûr und insbesondere in Rojava.

In der demokratischen Autonomie Rojavas stellen die Kommunen der Dörfer und Straßenzüge, die Räte der Stadtteile und Regionen die Basis der gesellschaftlichen Selbstverwaltung dar. In den Kommunen kommen die unterschiedlichen Teile der Gesellschaften zusammen, lernen und organisieren die Aushandlung unterschiedlicher Interessen und Bedürfnisse. Sie sind der Ort der politischen Bewusstseins- und Willensbildung und spielen so eine wichtige Rolle in der Subjektwerdung jedes einzelnen Menschen und in der Herausbildung einer moralischen und politischen Gesellschaft. Sie sind der Ort, in welchem sich gegenseitig bedingend die Veränderung des Bewusstseins, mit der Veränderung der konkreten Verhältnisse zusammenfinden. In ihnen erneuern sich immer wieder die gesellschaftlichen Werte und finden ihre Umsetzung im alltäglichen Leben. In ihnen übernimmt die Gesellschaft selbst die Aushandlung über ihre Lebensform, ihre mentale und physische Selbstverteidigung und die Befriedigung ihrer Bedürfnisse. In ihnen werden neue soziale Beziehungsweisen geschaffen, und sie sind somit das Werkzeug zum Aufbau einer Gesellschaft jenseits des Staates. Die Kommune ist die gesellschaftliche Organisationsform des konkreten Kampfes und nimmt gleichzeitig die aufzubauende Gesellschaft vorweg.

Von der kommunalen Gesellschaft, bis zur Revolution in Kurdistan, zieht sich also die Geschichte der demokratischen Zivilisation und in ihr die Kommune. Doch ist diese demokratische Zivilisation nicht, wie Öcalan in seinem Werk »Soziologie der Freiheit« schreibt, »… als die Vorstellung eines in der Vergangenheit liegenden ›Goldenen Zeitalter‹ gedacht, noch als eine ›Utopie‹ für die Zukunft konzipiert [...]. Sie ist der Ausdruck der sich täglich, ja augenblicklich in Denken und Handeln verwirklichenden Lebensweise«.

Im Kampf eine neue Gesellschaft aufbauen

Auch wenn in Deutschland unsere Erfahrungen demokratischer Selbstverwaltung der Gesellschaft durch die Macht der staatlichen Zivilisation verblasst ist, lebt der Wunsch nach einem freien, solidarischen und kommunalen Leben tief verankert in den Menschen fort. Er findet sich in lokalen Strukturen kollektiven Lebens in Nachbarschaften und Dörfern, in den Gemeinschaften und politischen Organisationen gesellschaftlicher Identitäten und in wirtschaftlichen Kooperativen.

Diesem Wunsch nach einem freien Leben Ausdruck zu verleihen und Orte zu schaffen, an denen die bestehende Gesellschaftlichkeit verteidigt und eine neue Gesellschaft aufgebaut werden kann, ist wohl eine der herausragendsten Aufgaben revolutionärer Kräfte. Im Aufbau regionaler demokratischer Autonomien, im Zusammenschluss des Systems des demokratischen Konföderalismus, nimmt diese Aufgabe konkrete Gestalt an.

Dabei sind und bleiben die Keimzellen dieses Systems demokratischer Selbstverwaltung die Kommunen und Räte. Denn gerade für die individualisierte Gesellschaft in Deutschland, kann an diesen Orten Gesellschaftlichkeit wieder erlernt und gelebt werden, außerhalb staatlicher Institutionen. Es können sich Prozesse der politischen Willensbildung jenseits parteipolitischer Intrigen und Machtspiele entwickeln und jede Person zum politischen Subjekt werden. Menschen können ihre Kraft und die Bedeutung ihres eigenen Wortes spüren und Verantwortung für die Gemeinschaft und Natur übernehmen. Darin entwickeln sich neue Beziehungsweisen zwischen den Menschen.

Für revolutionäre Kräfte sind die Kommunen der Ort der eigenen Gesellschaftlichkeit. In diesen wird die Gesellschaft zum Korrektiv der eigenen Theorie und Strategie. Denn in der Praxis, der Veränderung der Lebensrealitäten der Menschen, müssen sich Theorie und Strategie beweisen. In der Kommune wird die Gesellschaft nicht nur abstrakt, sondern greifbar, zum Ausgangspunkt der eigenen revolutionären Überzeugung.

So wie auch die Erfahrungen aus der Pariser Kommune, der russischen Revolution, der Novemberrevolution und aus vielen weiteren revolutionären Aufbrüchen, in die kurdische Freiheitsbewegung einflossen, weitergedacht und weitergeführt wurden, so gilt dies für uns heute auch: Lernen wir aus der Revolution in Kurdistan. Führen wir diese Revolution in unseren gesellschaftlichen Realitäten weiter fort und nehmen wir den Aufbau des demokratischen Konföderalismus, ausgehend von unserer gesellschaftlichen Geschichte und Gegenwart, als Grundlage für eine erneute Revolution der Kommunen und Räte. ♦

Riseup for solidarity – riseup against war!

Die Schreibtischtäter aus der Komfortzone holen!

Von RheinmetallEntwaffnen Rheinmain

Letztes Jahr am 4. Februar wurde von verschiedenen Initiativen das Bundesamt für Ausfuhrgenehmigungen und Wirtschaft, kurz BAFA, besetzt. Eine wichtige Triebfeder war die sogenannte »Operation Friedensquelle« der türkischen Streitkräfte im Oktober 2019. Dabei handelte es sich um einen weiteren Angriff und die völkerrechtswidrige Annektion der Türkei von an der Grenze gelegenen und von den kurdischen Selbstverteidigungskräften kontrollierten selbstverwalteten Gebieten in Nord- und Ostsyrien. Die türkische Annexion erfolgte in Absprache sowohl mit dem NATO-Partner USA als auch mit Russland. Nach dem Abzug der Selbstverteidigungskräfte wurden Vereinbarungen zwischen der Türkei und Russland für gemeinsame Grenzkontrollen getroffen und man einigte sich darauf, dass syrische Truppen in ehemals selbstverwaltete Gebiete vorrücken konnten. Die Bilder der brutalen Annexion Efrîns im Jahr 2018, an der auch viele IS-Schergen beteiligt waren, die zuvor von den revolutionären kurdischen Kräften besiegt worden waren, waren noch sehr frisch. Im Gedächtnis der Internationalist:innen waren aber vor allem die Bilder der Leopard-Panzer made in Germany unter türkischer Flagge beim Einmarsch in Efrîn. Damals sprach die Bundesregierung angesichts der vom türkischen Militär und seinen dschihadistischen Söldnern begangenen Kriegsverbrechen von »legitimen Interessen der Türkei« und forderte allenfalls zur Mäßigung im Umgang mit der Zivilbevölkerung auf. Entgegen der Ankündigung des damaligen deutschen Außenministers Gabriel, keine Rüstungsgüter an die Türkei zu liefern, solange die türkische Militäroperation laufe, lieferte Deutschland in den ersten fünfeinhalb Wochen der Militäroffensive Rüstungsgüter im Wert von 4,4 Millionen Euro an den Bündnispartner Türkei.

Nachdem der weltweite und von Hunderttausenden Menschen getragene Protest gegen die türkische Annexion von Efrîn am Abklingen war, haben sich im Oktober 2019 angesichts der erneuten Angriffe auf Rojava vielerorts »rise up for rojava«-Initiativen gegründet, so auch hier in Frankfurt. Es ging darum, als Internationalist:innen nicht nur Präsenz bei den von den kurdischen Freund:innen organisierten Demos zu zeigen, sondern eigene solidarische Initiativen zu entwickeln. In Frankfurt wurden unter anderem eine Veranstaltung mit dem Kriegstreiber und Erdoğan-Freund Gabriel gestört, der Flugschalter der Turkish Airlines über Stunden lahmgelegt oder eine Mainbrücke und Hauptverkehrsader in Frankfurt im Anschluss an eine Kurdistan-Solidaritäts-Demonstration besetzt.

Bundesweit gab es Aktionen und Proteste, die die deutsche Verantwortung für den von der Türkei gegen die kurdische Freiheitsbewegung gerichteten Krieg in den Fokus nahmen. So wurden deutsche Rüstungskonzerne angegangen, Zufahrtsstraßen blockiert oder Aktionärsversammlungen gesprengt. Hier in Frankfurt sind zwar keine Rüstungskonzerne ansässig, aber in Eschborn, in direkter Nähe zu Frankfurt, sitzt das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), das die Ausfuhrgenehmigungen für Waffenexporte erteilt.

Mit der Besetzung des Bundesamtes ist es uns gelungen, die unmittelbare Verantwortung der deutschen Regierung für Rüstungsexporte, aber auch die bloße Existenz der Rüstungsproduktion in Deutschland in den Mittelpunkt zu rücken. Die Rüstungsindustrie in Deutschland ist im Vergleich etwa mit der Automobilindustrie weder von der Anzahl Beschäftigten noch vom Umsatz her von großer Bedeutung. Von Bedeutung aber ist die Fähigkeit der eigenen Waffenproduktion für Deutschland zur Absicherung ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung und zur Durchsetzung eigener geostrategischer Ziele, etwa die Sicherung der Handelsrouten. Die deutschen Waffenschmieden brauchen den Export zur Umsatzsteigerung, und nur kriegserprobte Waffensysteme erfreuen sich einer weltweiten Nachfrage. Hierin ist die große Bedeutung des BAFA begründet.

Wer oder was ist das BAFA?

Das BAFA ist eine dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie untergeordnete Behörde.



Der blockierte Eingangsbereich bei dem Besuch bei der BAFA Foto: RheinmetallEntwaffnen

Über das BAFA laufen Genehmigungen für den Export von »Waffen, Munition und deren Produktionseinrichtungen«, sowie für sogenannte Dual-Use-Güter, die sowohl militärisch als auch zivil eingesetzt werden können. Allein in 2018, dem Jahr, in dem die Türkei völkerrechtswidrig das befreite Efrîn in Syrien überfiel, wurden Dual-Use-Güter im Wert von 216 Millionen Euro an die Türkei geliefert.

Jede Herstellung und Ausfuhr von zur Kriegsführung bestimmter Waffen braucht eine Ausnahmegenehmigung der Bundesrepublik.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das BAFA erteilen diese Ausfuhr Genehmigungen im großen Stil. Die Ablehnung eines Antrags stellt hier die Ausnahme dar. Von insgesamt 5.498 Rüstungsexportgenehmigungen im ersten Halbjahr 2020 wurden ganze 32 abgelehnt. Dies sind aufgerundet 0,6 %. Deutschland ist der viertgrößte Rüstungsexporteur weltweit.

Für Kleinwaffen wie Pistolen und Gewehre muss dem Ausfuhrantrag eine Endverbleibserklärung beigefügt werden. Diese Endverbleibserklärungen wurden aber nicht geprüft.

Erst 2015, nach den illegalen Exporten von 4.700 G36-Sturmgewehren durch Heckler und Koch in Regionen Mexikos, in denen sogar die Bundesregierung die Menschenrechtslage als bedenklich einstufte, wurde die Möglichkeit der Endverbleibskontrolle eingeführt. Ein großer Schritt für restriktivere Rüstungsexportkontrollen? Nein. Für die Kontrolle dieser Endverbleibserklärungen wurden beim BAFA ganze zwei Stellen geschaffen.

Insgesamt gab es in fünf Jahren neun Kontrollen solcher Endverbleibe, die alle als »ohne Beanstandung« deklariert wurden.

Die Endverbleibskontrollen wurden wegen der Corona-Pandemie gänzlich eingestellt – während die Produktion und der Export von todbringenden Rüstungsgütern in alle Kriege dieser Welt keinen Tag ruhte.

War starts here – let's stop it here!

An der Besetzung und Blockade der BAFA am 4. Februar 2020 beteiligten sich über 100 Internationalist:innen. Diese Behörde, die bisher so still und leise ihre Arbeit machen konnte, war gänzlich überrascht worden. Besonders bitter war für das BAFA, dass unsere Besetzungsaktion medial begleitet wurde und einen großen Widerhall in der Presse erfuhr. Transparente mit der Aufschrift: »Rise up for solidarity – rise against war« und Baugitter versperrten den Haupteingang. Women Defend Rojava-, Antifa-, YPJ- und YPG-Fahnen wehten im Wind. Unmittelbar vor dem Haupteingang fand über Stunden eine Kundgebung statt. Inhaltliche Schwerpunkte waren: Femizide als integrale Kriegsstrategie, Offenlegen der militärischen Zusammenarbeit mit dem faschistischen AKP-Regime, die Rolle Deutschlands und der deutschen Waffenexporte beim Krieg in Jemen und Libyen. Bis heute gehören mit der Militärdiktatur Ägyptens, Katar, VAE oder eben der Türkei fast alle Akteure dieser Kriege zu Deutschlands wichtigsten Rüstungskunden.

Nach etwa vier Stunden haben wir die friedliche und erfolgreiche Besetzungsaktion beendet. Die anschließende Spontan-

Demo, die uns zur nahegelegenen Bahnstation führte, wurde wiederholt von der Polizei mit Knüppeln und Pfefferspray angegriffen. Vollkommen eskaliert ist die Polizeigewalt, als wir in die S-Bahn steigen wollten. Hier wurde von der Polizei unter anderem ein Freund aus der S-Bahn gezogen, auf den Bahnsteig geschleudert und weiter auf ihn eingetreten, als er bereits am Boden lag. Zwei Freund:innen wurden festgenommen. Wir haben deren Freilassung gefordert und durchgesetzt, die Bahn nur mit unseren festgenommenen Freund:innen zu besteigen.

Schreibtischtäter auf die Anklagebank – oder welchen Frieden haben wir gebrochen?

Dem BAFA und dem Staat stinkt unsere Besetzung gewaltig. Mittlerweile laufen gegen über 30 von uns Ermittlungsverfahren wegen Hausfriedensbruch, Nötigung, Widerstand, Körperverletzung, Gefangenenbefreiung und Rädelsführerinnenschaft. Die ersten Anklageschriften und Strafbefehle erreichen uns. Konkret wird einem Freund am 28. April 2021 hier in Frankfurt vor dem Amtsgericht der Prozess gemacht. Bei ihm lautet der Vorwurf »schwere Körperverletzung« und »Widerstand«. Es geht also um einiges. Sehr erfreulich ist, dass unsere solidarischen Strukturen der Repression trotzen. Niemand steht mit der Repression allein. Es gibt einen regen Solikreis, an den sich Betroffene wenden; es wurde ein gemeinsames Umgehen mit den Strafbefehlen gefunden. Die Strafbefehle bewegen sich allein für den Vorwurf des Hausfriedensbruchs mit z. B. 40 Tagessätzen im gehobenen Bereich. Wir werden Widerspruch einlegen.

Wir werden die Prozesse offensiv führen, denn nicht wir – die Kriegsgegner:innen – gehören auf die Anklagebank, sondern die Kriegstreiber und ganz konkret die Schreibtischtäter des BAFA.

Den Ostermarsch 2021 in Frankfurt haben wir zum Auftakt unserer Mobilisierung zu den anstehenden Prozessen genutzt. Erstmalig startete ein Zug des Ostermarsches in Eschborn direkt vor dem BAFA. Nach einem Redebeitrag zur Rolle des BAFA, bei dem auch die erfolgreiche Besetzung in Erinnerung gerufen wurde, haben wir mit 70 Teilnehmer:innen eine Fahrraddemo zu einem weiteren Auftaktpunkt des Ostermarsches gemacht und uns diesem angeschlossen. Zwischenkundgebungen haben wir genutzt, um über die anstehenden Verfahren zu informieren. Vor einem Krankenhaus haben wir zudem unter dem Titel Healthcare not Warfare einen Redebeitrag gehalten. Die Aufwendungen für den Wehretat wurden denen im Gesundheitswesen gegenübergestellt. Tatsächlich wird von der Bundesregierung mitten in der tödlichen Pandemie doppelt so viel Geld für Aufrüstung bereitgestellt wie für das Gesundheitswesen. Statt angesichts der Pandemie das kaputtgesparte und profitorientierte Gesundheitswesen massiv zu unterstützen und die Privatisierung rückgängig zu machen, hält die Bundesregierung an ihren Aufrüstungszielen fest. Ein Staat, der solche Prioritäten setzt, trägt Verantwortung für den Kollaps des Gesundheitswesens, in dessen Folge immer mehr Menschen einen vermeidbaren Tod sterben. Auf der zentralen Abschlusskundgebung am Frankfurter Römer konnten wir erneut auf die Machenschaften des BAFA hinweisen. Unter lautem Beifall erzählten wir von der erfolgreichen Besetzungsaktion und forderten zur Solidarität mit den von Repression betroffenen Freund:innen auf.

Enden wollen wir nun mit einem kurzen Ausschnitt der von Rheinmetall-Entwaffnen-Rheinmain gehaltenen Rede:

»Die Besetzung im Februar letzten Jahres war auch im zeitlichen Zusammenhang mit der völkerrechtswidrigen Annektion von Efrîn in Nordostsyrien durch den NATO-Partner Türkei erfolgt, die seitdem unendliches Leid über die Bevölkerung gebracht hat!

Und wir haben die Bilder von den Leopard 2-Panzern made in Germany nicht vergessen, die mit dem türkischen Militär und den IS-Schergen durch die Straßen von Efrîn und anderen Städten gewütet sind!

Die Aktion war auch in tiefer internationalistischer Solidarität mit den Menschen dort, die in den vergangenen Jahren den Islamischen Staat erfolgreich bekämpft haben, und die ihr fortschrittliches Projekt Rojava aktuell gegen die türkische Regierung mit ihren reaktionären großosmanischen Zielen verteidigen müssen! Rojava steht für die Hoffnung auf eine gleichberechtigte solidarische Gesellschaft, in der vor allem Frauen ihre Freiheit erkämpfen. Das schafft eine intensive Verbindung zu unseren Kämpfen hier!

Auch deswegen hieß die Initiative beim BAFA ›rise up against war – rise up for solidarity‹.

Und nur so geht es: Es geht bei unseren Kämpfen immer um eine solidarische Welt, in der alle Friedliebenden in Frieden leben können! Es geht bei unseren Kämpfen immer um ein antagonistischen Verhältnis gegenüber Krieg, Vernichtung und Ausbeutung!

Dieser Kampf ist die Sehnsucht der Menschen – auf allen Kontinenten! Und dieser Kampf wird von uns hier verantwortlich mitgeführt!

Riseup against war – rise up for solidarity!« ♦

Erinnerungen an Ali Yavru (Xebat Siverek)

Heval Xebat, in unseren Herzen wirst du weiterleben

Olaf Meyer, Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen

Der langjährige kurdische Aktivist Ali Yavru (Xebat Siverek) ist an einer Krebserkrankung verstorben. Yavru ist 1955 in Riha-Sêwreg (tr. Urfa-Siverek) geboren und war seit 1977 in der kurdischen Befreiungsbewegung aktiv. Aufgrund seines Engagements war er viele Jahre in der Türkei im Gefängnis. Später musste er ins Exil gehen und lebte im niedersächsischen Uelzen. Auch in Deutschland war er politisch aktiv und wurde strafrechtlich verfolgt.
Olaf Meyer von Antifaschistische Aktion Lüneburg / Uelzen teilt seine Erinnerungen an ihn mit uns:

Ali Yavru durfte ich Ende der 1990er Jahre kennenlernen, nachdem er nach den Jahren der Gefangenschaft und der Flucht aus der Türkei mit seiner Familie im Landkreis Uelzen ankam. Wie es der Zufall so wollte, wurde er der neue Nachbar meiner Großeltern. Ich lernte einen freundlichen und hilfsbereiten Menschen kennen, der meinen Großeltern zur Hand ging und auch mal für sie den Schnee auf dem Gehweg wegschob.

Gemeinsam waren wir bei den Aktionen nach der Entführung von Abdullah Öcalan auf der Straße. Am Tag als Rêber Apo verschleppt wurde, rief Heval Ali an und wir fuhren gemeinsam zur spontanen Demonstration nach Hannover und protestierten dort vor dem griechischen Konsulat. In den nächsten Tagen waren wir fast ständig gemeinsam unterwegs. Für Ali war es in dieser ereignisreichen und bedrohlichen Situation aber auch ein Anliegen, die Hintergründe der Entführung von Abdullah Öcalan in der hiesigen Gesellschaft zu vermitteln. So hielt er mich an, dafür schnell eine Veranstaltungsreihe zu organisieren. So führten wir dann Informationsveranstaltungen in Lüneburg, Uelzen und dem Wendland durch. Vorher diskutierte ich mit Ali den Veranstaltungsablauf und die Inhalte. Kurz nach den Veranstaltungen kam es dann zu einer Hausdurchsuchung bei mir. Grund war das Veranstaltungsplakat, auf dem nicht nur ein Konterfei von Abdullah Öcalan zu sehen war, sondern im Hintergrund auch das Symbol der PKK. Nach der Durchsuchung war Ali einer der ersten, die zur Unterstützung bei mir vorbeikamen. Ich spüre heute noch die Solidarität und Wärme, als er mit seinem Lächeln im Gesicht vor mir stand und mir einen Anstecker mit dem Bildnis von Apo übergab. Er sagte dabei: »Wir müssen jetzt nach vorne schauen.« Anschließend besprachen wir sogleich die nächsten Aktionen. Den Anstecker habe ich noch heute. (Bild: unten)

Im Laufe der Jahre haben wir viele Veranstaltungen in der Region Uelzen organisiert und immer wieder Busfahrten zu den Großdemonstrationen oder Festivals. Unvergessen auch



Ich spüre heute noch die Solidarität und Wärme, als er mit seinem Lächeln im Gesicht vor mir stand und mir einen Anstecker mit dem Bildnis von Apo übergab. Er sagte dabei: »Wir müssen jetzt nach vorne schauen.« Foto: privat

die Momente, wo er mit den Freund*innen zu Besuch kam und oft dringend Unterschriftenlisten oder Erklärungen faxen musste. Immer gab es wichtige Aufgaben und Ereignisse. So brachte er die Anliegen Kurdistans an die Menschen und ergriff die Initiative. Wobei ihm die politischen Gefangenen in der Türkei immer ein großes Anliegen waren; für sie setzte er sich unermüdlich ein. eine für uns bis dahin ungewöhnliche Aktionsform. Mittels Erklärungen, die wir an verschiedenste Bundesminister und Verantwortliche der EU schickten, versuchten wir, eine größere Öffentlichkeit für von Abschiebung bedrohte Aktivist*innen oder politische Gefangene in der Türkei herzustellen. Seine eigenen Erfahrungen der Gefangenschaft trieben ihn an, seine Möglichkeiten im Exil für die gefangenen Freund*innen zu nutzen.



Ali Yavru (Xebat Siverek) Foto: Mehmet Zahit Ekinci

Heval Ali brachte sich überall ein und übernahm jede Arbeit, die zu erledigen war. Durch seine begeisternde Art, konnte er die Menschen motivieren und ein gemeinsames Handeln entwickeln. Immer war er zur Stelle und nahm dabei auch die anderen mit. So konnte es schon mal passieren, das er plötzlich vor der Tür stand und kurz darauf wieder unterwegs war. Die gemeinsame Arbeit fand dann immer mit großer Freude statt.

Die Liebe zum Freiheitskampf war größer als jede Repression

Gemeinsam mussten wir aber auch die Prozesse gegen ihn durchstehen. Auch er war von der Repression des deutschen Staats betroffen. 2001 stand er in Lüneburg vor Gericht. Angeklagt, weil er als Raumverantwortlicher Spenden für die Partei gesammelt haben soll. Er räumte die Vorwürfe ein und nutzte den Prozess, um auf die Jahre der Unterdrückung des kurdischen Volkes hinzuweisen und die Friedensbemühungen der PKK zu erläutern, die seitens der Türkei immer mit Massakern beantwortet wurden. Er machte deutlich, dass die Kurd*innen das friedenspolitische Projekt von Abdullah Öcalan unterstützen, auch wenn sie dafür bestraft und eingesperrt werden. Der vorsitzende Richter kritisierte in seinem Urteil das Betätigungsverbot gegen die PKK als »nicht mehr zeitgemäß« und bezeichnete die Tatmotive der Angeklagten als »verständlich, nicht als kriminell«. Dennoch wurde Heval Ali zu einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt, die auf Bewährung ausgesetzt wurde. Die Worte des Richters erfüllten Ali mit Hoffnung, der das Urteil klaglos hinnahm und sich sogleich in die anstehende Arbeit stürzte. Er trat immer selbstbewusst für die Sache ein und ließ sich nicht unterdrücken. Die Liebe zum Freiheitskampf war größer als jede Repression.

Für Menschen, die Interesse an Kurdistan, der Freiheitsbewegung und der Solidaritätsbewegung hatten, war Ali immer ein Ansprechpartner, und er zeigte selbst großes Interesse an den »komisch gekleideten« Linken aus der autonomen Antifa-Szene. Für mich war er ein wichtiger Ansprechpartner und Gespräche mit ihm immer gewinnbringend. Er konnte die aktuellen Entwicklungen der Freiheitsbewegung immer anschaulich vermitteln. Wobei er immer auch für Zweifel und Kritik ein offenes Ohr hatte.

Über die Jahre haben wir uns nicht aus den Augen verloren. Groß war die Freude, wenn wir uns bei Veranstaltungen und Demonstrationen trafen. Wobei Ali es nie vergaß, sich nach meiner Familie und den Großeltern zu erkundigen und Grüße mit auf den Weg gab.

Sein Tun war für mich Vorbild und motivierend. Ich bin dankbar für die Zeit, die ich mit ihm verbringen durfte.

Mit diesen Zeilen endet die Erinnerung an Heval Ali nicht. Nach einem Prozess in Uelzen im Jahr 2002 gegen mich, wo er mit den Freund*innen seine Solidarität zeigte, sagte er mir: »Wir haben keine Zeit uns davon aufhalten zu lassen, das Leben geht weiter.« Ja, es geht weiter, und dieses Leben wird bei mir immer mit ihm verbunden bleiben.

Ali, die Erinnerung an dich gibt mir Kraft. Für unsere gemeinsame Geschichte werde ich weiter leben. In unseren Herzen wirst du weiterleben. ♦

Der Aufbau des demokratischen Systems in Nord- und Ostsyrien

Der Demokratische Rat Syriens: Ein Vorschlag für ein demokratisches Syrien

Der Kurdistan Report stellt eine Broschüre des Rojava Information Center vor

Das Rojava Information Center (RIC) hat einen ausführlichen Bericht über das System der Demokratischen Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien veröffentlicht. Durch eine Förderung der Rosa-Luxemburg-Stiftung konnte der Bericht jetzt als gedruckte Broschüre erscheinen und bietet damit einen anschaulichen Überblick für alle Rojava-Interessierten. Die Broschüre »Jenseits der Frontlinien« ist bei der ISKU gegen Versandkosten und gerne eine Spende zu bestellen unter isku@nadir.org.

Das Rojava Information Center erklärt zu Inhalt und Ziel des Berichtes: »Dieser Bericht beschreibt die politischen und sozialen Strukturen der Region Nord- und Ostsyrien sowie den sozialen und historischen Kontext, der diese Strukturen prägt. Wir erläutern die Entwicklung der Institutionen seit der Entwicklung der Selbstverwaltung im Jahr 2012 sowie den Ausbau und die Anpassung dieser Institutionen nach der Befreiung der ehemals unter IS-Kontrolle stehenden Regionen von 2016 bis 2019. Obwohl wir Lücken zwischen Theorie und Praxis aufzeigen, ist es nicht das Ziel dieses Berichts, zu bewerten, ob das politische Projekt in Nord- und Ostsyrien ein ›Erfolg‹ war, sondern die Situation zu beschreiben, wie sie ist und was sie sein soll.«

Im Folgenden veröffentlichen wir, redaktionell leicht überarbeitet, einen Abschnitt der Broschüre, in dem der Demokratische Rat Syriens vorgestellt wird:

Vision und Zweck

Der Syrische Demokratische Rat (SDC)[1] ist eine politische Versammlung, die politische Parteien und Organisationen in Nord- und Ostsyrien vertritt. Der SDC schafft einen politischen Rahmen für die Regierungsführung in Syrien nach einem dezentralisierten, föderalen Modell. Er ist das politische Gremium, an das die SDF [*die Demokratischen Kräfte Syriens (ku. QSD); militärische Verbände der Demokratischen Selbstverwaltung*] berichten. Er ist auch das politische Gegenstück zur Selbstverwaltung, die mehr administrative und exekutive Funktionen übernimmt. Die Verhandlungen mit der syrischen Regierung sowie die diplomatischen Beziehungen mit den internationalen Mächten werden in der Regel über den SDC geführt. Der SDC wurde 2015 gegründet. 103 hochrangige Einzelmitglieder und Vertreter*innen syrischer politischer Parteien und Organisationen waren auf dem Kongress, der den SDC gegründet hat, anwesend. In seiner Gründungserklärung hat sich der Rat die Aufgabe gestellt, »die revolutionär-demokratische Bewegung Syriens auf den richtigen Weg zu führen und die gegenwärtige Zersplitterung, das Blutvergießen und die Dunkelheit, durch die das Land gezogen wird, zu beenden«. Die Teilnehmer*innen des Gründungskongresses des SDC kamen aus verschiedenen politischen Bereichen und verhandelten über Schlüsselfragen und Prinzipien, die der Gründung dieses neuen politischen Organs zugrunde liegen. Ein Diskussionspunkt, der interne Kontroversen auslöste, war die fortgesetzte Verwendung des Begriffs »Syrische Arabische Republik«, der von vielen als Teil des Erbes des unterdrückerischen Baath-Regimes angesehen wurde. Der Kongress erzielte schließlich einen Konsens über den Begriff »Demokratische Syrische Republik« und einigte sich auf eine Strategie, die auf ein föderales Modell für Syrien hinarbeitet, statt auf das zentralistische Top-Down-Modell des Assad-Regimes. Der SDC unterstützte die Entwicklung der demokratischen Verwaltung von Minbic, Tabqa, Raqqa und Deir ez-Zor, nachdem sie durch die SDF vom IS befreit worden waren. Auf einem Kongress des SDC im Juli 2018 wurde der Beschluss gefasst, eine Selbstverwaltung zu schaffen, die die Arbeit zur Gründung von Kommunen, Räten und Konföderalismus in jeder Region übernehmen soll. Dies ermöglichte es dem SDC, sich auf seine Rolle als politisches und nicht als administratives Organ zu konzentrieren.

1 Auch »Demokratischer Syrienrat«, auf kurdisch MSD abgekürzt.

Wie der SDC organisiert ist



Die Broschüre »Jenseits der Frontlinien« Foto: anf

Der SDC besteht aus drei Hauptorganen: dem Exekutivrat, dem Politischen Rat und der Generalkonferenz. Der Exekutivrat hat in vielerlei Hinsicht eine Leitungsfunktion, weil er am kleinsten ist und am häufigsten zusammentritt. So leitete beispielsweise die Ko-Vorsitzende des Exekutivrats, Ilham Ahmed, eine Delegation zum Kongress der Vereinigten Staaten, um die türkische Invasion im Oktober 2019 zu diskutieren. Sowohl der Politische Rat als auch die Generalkonferenz sind jedoch größer und repräsentativer und werden daher als höhere Organe betrachtet. Die Generalkonferenz tritt nur einmal im Jahr zusammen und fungiert als direktere Form der demokratischen Mitwirkung, jedoch ohne viel Exekutivgewalt. Der Politische Rat tritt monatlich zusammen. Der SDC organisiert seine Arbeit durch mehrere Büros: Organisationsbüro, Frauenbüro, Büro für Außenbeziehungen, Medienbüro, Jugendbüro, Finanzbüro und Archivbüro.

Der SDC besteht aus einer Mischung von politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einzelpersonen. Die Mitglieder des SDC repräsentieren alle Komponenten der Gesellschaft in Nord- und Ostsyrien: Araber*innen, Kurd*innen, Syrisch-Assyrer*innen, Armenier*innen, Tscherkess*innen, Tschetschen*innen und Turkmen*innen. Personen, die dem SDC als Einzelpersonen beitreten wollen, müssen eine schriftliche Erklärung abgeben, in der sie ihr Ziel für den Beitritt zur Versammlung darlegen, und die zuständige Gruppe innerhalb des SDC recherchiert, ob sie für eine Mitgliedschaft geeignet sind. Um für eine Mitgliedschaft in Frage zu kommen, muss die Person die Grundsätze des SDC, wie z.B. das Ko-Vorsitzenden-System, akzeptieren, sich ernsthaft um eine Lösung der syrischen Krise bemühen und die syrische Staatsbürgerschaft besitzen. Die Person muss keinen Wohnsitz in Syrien haben, da sie über eine digitale Plattform an den Sitzungen teilnehmen kann.

Die Generalkonferenz (Konferansa Giştî)

Die Generalkonferenz (auch als »Generalrat« bezeichnet) ist das höchste Organ des SDC. Sie wird einmal jährlich einberufen und wird aus Repräsentant*innen der beteiligten politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Institutionen sowie von einzelnen SDC-Mitgliedern gebildet. Die Generalkonferenz beschließt die breiteren politischen Linien des politischen Systems, spielt aber in Bezug auf die legislative oder exekutive Gewalt eine geringere Rolle. Riad Dirar (Araber) und Amina Omar (Kurdin) sind derzeit die Ko-Vorsitzenden der Generalkonferenz.

Der Politische Rat (Meclîsa Siyasî)

Der Politische Rat (auch als »Politisches Organ« bezeichnet) besteht aus Vertreter*innen aller in der Generalkonferenz vertretenen Komponenten des SDC. Die Ko-Vorsitzenden der Generalkonferenz, Amina Omar und Riad Dirar, sind auch Ko-Vorsitzende des Politischen Rates, und der gesamte Rat besteht aus 80–90 Personen. Er wird sowohl in der Legislative als auch in der Exekutive tätig und tritt monatlich zusammen. Zu den Mitgliedern gehören je ein*e Vertreter*in jeder politischen Partei, die Ko-Vorsitzenden des Exekutivrates, Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und einzelne Mitglieder. Um die 40-prozentige Frauenquote zu erreichen, kann eine Partei eine zweite Vertreterin entsenden, wenn sie zunächst nur durch einen Mann vertreten ist.

Der Exekutivrat (Meclîsa Cîbicîkar)

Der Exekutivrat (auch als Präsidialrat oder Präsidialorgan bezeichnet) besteht aus 13–15 Mitgliedern: den Ko-Vorsitzenden jedes Büros, den beiden Ko-Vorsitzenden des Politischen Rates und der Ko-Vorsitzenden, derzeit Ilham Ahmed. Er tagt alle 15 Tage oder bei Bedarf auch öfter und dient als exekutives Führungsgremium des SDC. Er verfolgt die Umsetzung der Beschlüsse der Generalkonferenz und des Politischen Rates und überwacht die Arbeit der Büros und Komitees des SDC. Die Mitglieder des Exekutivrats werden vom Politischen Rat für ein Jahr gewählt und sind dem Politischen Rat und der Generalkonferenz des SDC gegenüber rechenschaftspflichtig.

Der SDC hatte seinen Sitz zunächst in Dirbêsiyê, wurde dann aber nach der Befreiung der Stadt vom IS nach Ain Issa verlegt. Dieser Umzug wurde vorgenommen, um den Sitz des SDC an einem zentraleren und leichter zugänglichen Ort zu errichten und um den Sitz des demokratisch-konföderalistischen Projekts klar außerhalb der traditionell kurdischen Gebiete zu platzieren. Seit Oktober 2019 ist Ain Issa jedoch zu einer der Frontlinien der türkischen Invasion geworden. Daher wurden die meisten Büros des SDC und der Selbstverwaltung nach Raqqa verlegt. Der SDC verfügt zudem über weitere Zentren in verschiedenen Städten Nord- und Ostsyriens, die jeweils von zwei Ko-Vorsitzenden, einem/einer vom Büro für Organisationsfragen und vom Frauenbüro, geleitet werden. Die Zentren befinden sich in Qamişlo, Dirbêsiyê, Hesekê, Ain Issa, Aleppo, Şehba und Tirbespiyê. Es gibt internationale Büros in Washington, Wien, Silêmanî (Südkurdistan) und Ägypten, und die Arbeit wird auch von Mitgliedern mit Sitz in Damaskus sowie in ganz Europa und im Nahen Osten geleistet. Riad Dirar, Ko-Vorsitzender des SDC, ist ein Araber aus Deir ez-Zor und wohnt in Wien, und die stellvertretende Ko-Vorsitzende Majdolin Hassan arbeitet ebenfalls von Europa aus.

Rollen und Verantwortlichkeiten

Ziel des SDC ist es, durch Gespräche, Konsensbildung und Diplomatie auf ein demokratisches, konföderales Syrien hinzuarbeiten. Der SDC stellt sich als Alternative zum Syrischen Nationalrat dar, der kritisiert wurde, weil er unter dem Einfluss von Islamisten wie der Muslimbruderschaft sowie der Regierung der Türkei, wo er seinen Sitz hat, steht. Wie der Syrische Nationalrat steht der SDC in Opposition zum Assad-Regime. Der SDC erklärt als sein Ziel, eine Koalition demokratischer Kräfte innerhalb Syriens zusammenzubringen, um die Bewegung für eine demokratische politische Lösung des Landes aufzubauen. Der Rat setzt den Schwerpunkt auf den »syrisch-syrischen Dialog«, um sich eine Zukunft für Syrien vorzustellen, wobei er den dominierenden Rahmen internationaler Mächte wie Russland, der Türkei oder den USA, die das Schicksal der Region bestimmen, ablehnt. Im Rahmen dieses Prozesses wurden bereits drei Konferenzen abgehalten.

Dieser »syrisch-syrische Dialog« umfasst auch Treffen mit Oppositionsparteien und Persönlichkeiten, die sich nicht im SDC-System engagieren, sowohl innerhalb Syriens als auch in der Diaspora. Durch diese Treffen, so die Ratsmitglieder, wollen sie die Kritik und Vorbehalte derjenigen verstehen, die sich nicht am System beteiligen, und Verständnis und Einheit schaffen. Es wurden auch Treffen innerhalb Syriens mit Vertreter*innen aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft organisiert. So wurde beispielsweise im Mai 2019 in Ain Issa ein Treffen organisiert, an dem Mitglieder des SDC und 5.000 arabische Stammesführer teilnahmen. Der Rat plant eine Massenkonferenz mit dem Ziel, 2.000 Intellektuelle zusammenzubringen, um Ideen und Lösungen für die Herausforderungen zu entwickeln, denen Syrien gegenübersteht. Der SDC will auch Organisationen in einer »Nationalkonferenz von Syrien« zusammenbringen, um eine einheitliche politische Vision für Syrien zu entwickeln, die Bewegung für ein demokratisches, föderales Syrien zu stärken und die Teilnahme an den Genfer Gesprächen zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung für Syrien zu fördern. Der offizielle Prozess zur Ausarbeitung einer neuen syrischen Verfassung hat jedoch vor kurzem begonnen, ohne dass die konföderalen Strukturen Nord- und Ostsyriens vertreten sind und die kurdische Minderheit durch den ENKS [*Kurdischer Nationalrat in Syrien*] nur nominell einbezogen wird. Es gibt auch keine Einbeziehung von Frauenorganisationen aus Nord- und Ostsyrien.

Die diplomatische Rolle des SDC

Der Rat spielt sowohl innerhalb Syriens als auch international eine diplomatische Rolle. Im Oktober 2019 reiste nach der türkischen Invasion eine Delegation unter der Leitung von Ilham Ahmed, der Ko-Vorsitzenden des Exekutivrates, in die USA. Die Delegation traf am 22. Oktober mit Mitgliedern des US-Kongresses zusammen, um die Zukunft Nord- und Ostsyriens zu erörtern. Die Delegation des SDC traf auch mit Regierungsvertreter*innen aus ganz Europa zusammen, und die Mitglieder des Rates nahmen an Treffen in Ländern in der ganzen Welt teil, darunter Australien, Libanon und Tunesien. Der SDC ist die politische Instanz, die mit dem syrischen Regime über die Zukunft der Beziehungen Nord- und Ostsyriens zur syrischen Regierung verhandelt. Der Rat hat bisher den Standpunkt vertreten, dass sie in den syrischen Staat integriert werden wollen, jedoch in ein föderales System mit einer gewissen Autonomie und mit Garantien für die Achtung aller in Syrien lebenden ethnischen und religiösen Gruppen. Die Eingliederung der SDF in die syrische Armee war in der Diskussion über eine mögliche Integration der politischen Systeme ein umstrittenes Thema zwischen dem SDC und der syrischen Regierung. Lange Zeit wurde die Beibehaltung der SDF als eigenständige militärische Kraft vom SDC als nicht verhandelbar dargestellt, denn »wie sollen wir ohne Verteidigungskräfte unsere Bevölkerung und unsere politische Vision schützen können?« (Dschihad Omar, Ko-Präsident des Büros für Auswärtige Beziehungen des SDC). Obwohl der SDC durch die türkische Invasion einen beträchtlichen Teil seiner Verhandlungsmacht verloren hat, bekräftigt er weiterhin, dass »die Autonomie der SDF in der von ihnen geschützten Region« (Generalkommandantur der SDF, 30. Oktober 2019) gewahrt werden müsse, auch wenn er die Möglichkeit eines gewissen Maßes an Integration einräumt. ♦

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Istanbul: Protest der Frauen gegen den Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention | Foto: Zeynep Kuray / anf

Rückseite:
Erinnerung an Sinan Dersim (Dalokay Şanlı), der bei einem türkischen Luftangriff ums Leben kam.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Tee aus dem Heilkräutergartenprojekt »Hevrin Khalaf«



Das **Heilkräutergartenprojekt »Hevrin Khalaf«** in Berlin-Neukölln wurde 2019 von Flamingo e.V. – ein Zusammenschluss von Frauen* aus unterschiedlichen Bereichen der Unterstützungsarbeit für geflüchtete Frauen* – gegründet und ist ein Partnerinnenprojekt mit dem Frauendorf Jinwar in Nordsyrien (Rojava).

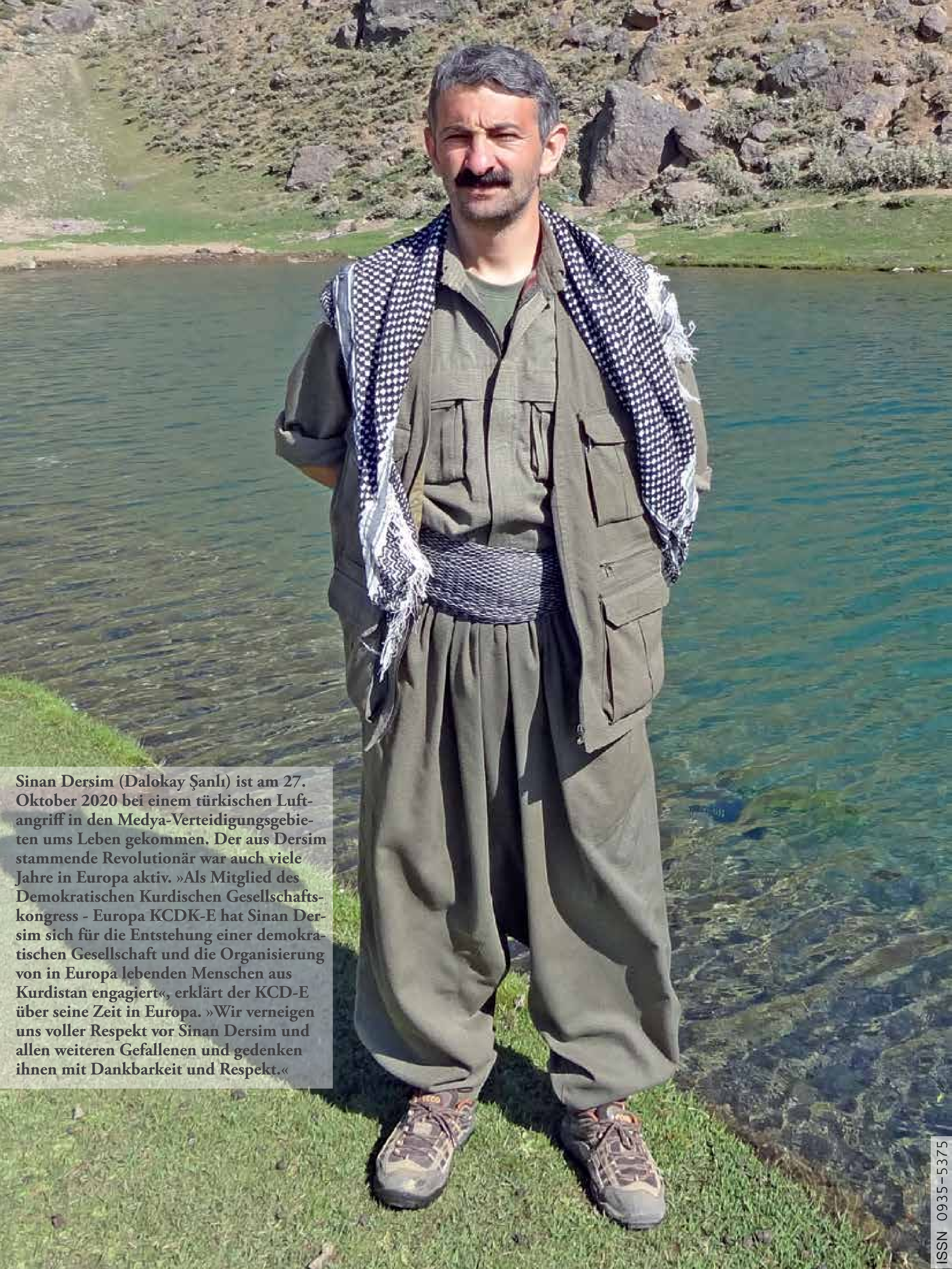
Innerhalb des Projektes wird der Aufbau des Gesundheitszentrums *Sîfa Jin* für Frauen und Kinder in dem Frauendorf Jinwar mit dem Verkauf der Produkte aus dem Heilkräutergarten unterstützt.

Die Kräutertees – Salbei, Minze, Thymian oder Rosmarin –, jeweils 10 g, in einer Geschenkdose kosten 8,00 € oder in einer Teeverpackung 4,50 €, plus Versandkosten und Verpackung: 5,00 €.

Bestellung unter:
mail@flamingo-berlin.org

Mehr Informationen zu den Projekten von Flamingo e.V. und dem Heilkräutergarten »Hevrin Khalaf« findet ihr unter folgender Adresse:
www.flamingo-berlin.org/





Sinan Dersim (Dalokay Şanlı) ist am 27. Oktober 2020 bei einem türkischen Luftangriff in den Medya-Verteidigungsgebieten ums Leben gekommen. Der aus Dersim stammende Revolutionär war auch viele Jahre in Europa aktiv. »Als Mitglied des Demokratischen Kurdischen Gesellschaftskongress - Europa KCDK-E hat Sinan Dersim sich für die Entstehung einer demokratischen Gesellschaft und die Organisierung von in Europa lebenden Menschen aus Kurdistan engagiert«, erklärt der KCD-E über seine Zeit in Europa. »Wir verneigen uns voller Respekt vor Sinan Dersim und allen weiteren Gefallenen und gedenken ihnen mit Dankbarkeit und Respekt.«

ISSN 0935-5375